

Im Blickpunkt

FRAUEN IN DEUTSCHLAND 2006



Im Blickpunkt

FRAUEN IN DEUTSCHLAND 2006

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Texte: Jeannette Nagel

Redaktion: Silvia Krings
Tel.: +49 (0) 611 / 75 22 25
Fax: +49 (0) 611 / 72 40 00
silvia.krings@destatis.de

Fachliche Informationen

zu dieser Publikation erhalten
Sie von den Ansprechpartnern
auf Seite 79.

Allgemeine Informationen

zum Datenangebot:

Informationsservice,

Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05

Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30

www.destatis.de/kontakt

Veröffentlichungskalender

der Pressestelle:

www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm

Erschienen im März 2006

Bestellnummer: 1021211-05900-4

Fotorechte:

Titelbild: 541030/©digitalvision

Kapitel 1: 21863/©One to X

Kapitel 2: AA039554/©gettyimages.de

Kapitel 3: 20222/©One to X

Kapitel 4: 55740/©One to X

Kapitel 5: b_0262/©irisblende.de

Kapitel 6: p_0075/©irisblende.de

Kapitel 7: BON-436-ARG-GER/©Bongarts

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Tel.:+49 (0) 70 71 / 93 53 50
Fax:+49 (0) 70 71 / 93 53 35
destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/shop

In Deutschland sind Frauen in wichtigen gesellschaftlichen Lebensbereichen noch immer nicht entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vertreten. Frauen haben oft eine andere Lebensplanung als Männer. Sie wählen vielfach andere Berufe und Studienfächer als ihre männlichen Altersgenossen. Sind Kinder zu betreuen, schränken insbesondere Mütter ihre Erwerbstätigkeit ein, um Familie und Beruf vereinbaren zu können.

In der Vergangenheit haben Staat und Gesellschaft – über die Verbürgung der Gleichberechtigung im Grundgesetz hinaus – vieles unternommen, um eine Gleichstellung von Mädchen und Frauen zu erreichen. Dazu gehört die Erweiterung des Artikels 3 Absatz 2 unseres Grundgesetzes im Jahr 1994 um die Verpflichtung des Staates, die tatsächliche Gleichstellung zu fördern und Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts zu beseitigen. Im Jahr 2001 wurden die gesetzlichen Regelungen für eine berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern (mit dem Gleichstellungsgesetz für die Bundesverwaltung) und für eine Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit (insbesondere mit dem Gesetz zur Elternzeit) verbessert.

Zu Beginn der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages hat eine intensive Diskussion begonnen, wie unsere Gesellschaft familienfreundlicher zu gestalten und wie mit einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Beitrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern zu leisten wäre.

Der Anfang 2006 aktualisierte Blickpunktband "Frauen in Deutschland" meines Hauses soll einen umfassenden Überblick über die Situation von Mädchen und Frauen in Deutschland bieten und ist sowohl für Experten und Entscheidungsträger in Politik und Wissenschaft als auch für die interessierte Öffentlichkeit geschrieben. Die Veröffentlichung stellt im Text mit übersichtlichen Grafiken und Tabellen die Situation der weiblichen Bevölkerung aus demographischer Sicht dar und geht auf den Bildungs- und Ausbildungsstand von Mädchen und Frauen ein. Formen der Erwerbstätigkeit von Frauen werden ebenso dargestellt wie ihre Lebensumstände und es wird deren finanzielle Situation beleuchtet. Weiterhin wird die gesundheitliche Situation von Frauen betrachtet und ihre Beteiligung am öffentlichen Leben vorgestellt.

Allen, die an der Aktualisierung dieser Publikation mitgewirkt haben, danke ich ganz herzlich und wünsche der Neuauflage wieder eine große Verbreitung.



Johann Hahlen

Präsident des Statistischen Bundesamtes

Vorwort	3
Vorbemerkung	5
Zusammenfassung	6
1 Mädchen und Frauen in der Bevölkerung	9
Anteil an der Gesamtbevölkerung — Geburtenhäufigkeit — Lebenserwartung — Wanderungen — Altersstruktur — Geburten und Sterbefälle	
2 Bildung und Ausbildung	15
Generelles Bildungsniveau — Allgemeine Schulausbildung — Berufliche Bildung — Hochschulausbildung	
3 Frauen im Erwerbsleben	25
Erwerbsbeteiligung — Erwerbstätigkeit — Frauen in Führungspositionen — Frauen im öffentlichen Dienst — Arbeitslosigkeit	
4 Wie Frauen leben	35
Familienstand — Ehepaare, nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemein- schaften — Allein erziehende Mütter — Allein lebende Frauen — Mutterschaft und Kinder- betreuung — Zeitverwendung	
5 Finanzielle Situation von Frauen	47
Lebensunterhalt — Löhne und Gehälter — Sozialhilfe — Arbeitslosengeld und -hilfe — Krankenversicherung — Renten	
6 Frauen und Gesundheit	61
Gesundheitszustand — Krankenhausaufenthalte — Entbindungen — Schwangerschafts- abbrüche — Schwerbehinderte — Übergewicht — Rauchgewohnheiten — Verkehrsunfälle — Häufigste Todesursachen — AIDS	
7 Frauen im öffentlichen Leben	73
Wahlbeteiligung — Gewählte Abgeordnete — Frauen in Gewerkschaften — Frauen in Vereinen	
Ansprechpartner	79

Gebietsstand

Deutschland: Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Früheres Bundesgebiet: Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990 einschließlich Berlin-West.

Neue Länder und Berlin-Ost: Angaben für die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie für Berlin-Ost.

Abkürzungen

Maßeinheiten

Mill.	=	Millionen
%	=	Prozent

Sonstige Abkürzungen

ABM	=	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
BA	=	Bundesagentur für Arbeit
BMI	=	Body-Mass-Index
CGB	=	Christlicher Gewerkschaftsbund
DBB	=	Deutscher Beamtenbund
DGB	=	Deutscher Gewerkschaftsbund
EU	=	Europäische Union
IT	=	Informationstechnik
IuK	=	Telekommunikation, Informationstechnik und Medien
ver.di	=	Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft
WHO	=	Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen

Zeichenerklärung

.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
–	=	nichts vorhanden
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Die vorliegende Veröffentlichung informiert über die aktuelle Situation von Mädchen und Frauen in Deutschland. Sie zeichnet anhand von statistischen Daten aus verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft ein umfassendes Bild, wie Mädchen und Frauen derzeit in Deutschland leben. Dabei wird anhand von Texten mit übersichtlichen Grafiken und Tabellen verdeutlicht, in welchen Bereichen unserer Gesellschaft Frauen gegenüber Männern über- bzw. unterrepräsentiert sind und in welchen Lebensbereichen sich Frauen anders verhalten als Männer. Darüber hinaus wird Veränderungen der Lebenssituation von Mädchen und Frauen seit Anfang der 1990er-Jahre nachgegangen und Unterschiede zwischen den Lebensumständen der Frauen im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern und Berlin-Ost werden dargestellt.

Eine Einführung in das Thema gibt das erste Kapitel, welches die Situation der Mädchen und Frauen aus demographischer Sicht vorstellt. Gegenwärtig liegt der Anteil der weiblichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Deutschlands bei 51 %. Die Lebenserwartung von Frauen, ihr Wanderungsverhalten und mit welcher Häufigkeit sie Nachwuchs bekommen, sind die Themen des ersten Kapitels. Die Auswirkungen dieser Aspekte auf die Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands heute und in Zukunft werden ebenfalls beleuchtet. Frauen bekommen durchschnittlich 1,4 Kinder im Laufe ihres Lebens und haben eine höhere Lebenserwartung als Männer. Ab einem Alter von 57 Jahren sind Frauen in unserer Gesellschaft z. T. deutlich zahlreicher vertreten als Männer. In Zukunft werden ältere Frauen einen noch größeren Teil der Bevölkerung Deutschlands ausmachen, der Anteil jüngerer Frauen wird dagegen weiter schrumpfen.

Im zweiten Kapitel werden die schulischen und beruflichen Qualifikationen von Frauen betrachtet. Das Kapitel geht darauf ein, in welchen Schultypen Frauen stärker als Männer vertreten sind und es zeigt, dass Mädchen und Frauen andere Berufe bzw. Studienfächer als Jungen bzw. Männer wählen. Darüber hinaus

informiert das Kapitel, zu welchem Anteil Frauen in verschiedenen Positionen der akademischen Laufbahn vertreten sind. Während Frauen in allgemein bildenden Schulen vor allem in Realschulen und Gymnasien die Mehrheit stellen und auch unter den studienberechtigten Schulabgängerinnen und Schulabgängern zu 53 % vertreten sind, sind sie in allen Stadien der akademischen Laufbahn in der Minderheit.

Immer mehr Frauen versuchen, Berufsleben und Familie miteinander zu vereinbaren. Die nächsten beiden Kapitel sind deshalb diesen Themen gewidmet. Das dritte Kapitel informiert zu Beginn über die generelle Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben. Im Jahr 2004 waren 45 % der Erwerbstätigen weiblich, von ihnen waren über die Hälfte im Wirtschaftsbereich „Sonstige Dienstleistungen“ beschäftigt. Teilzeitbeschäftigt waren 42 % aller abhängig erwerbstätigen Frauen, im öffentlichen Dienst lag der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen geringfügig höher (46 %). Darüber hinaus stellt das dritte Kapitel dar, auf welche Weise eine Familiengründung die Erwerbstätigkeit von Frauen beeinflusst. 61 % der Mütter waren im Jahr 2004 aktiv erwerbstätig (also nicht wegen Elternzeit beurlaubt), aber ein deutlich größerer Anteil der Väter ging aktiv einer Erwerbstätigkeit nach (85 %). Inwiefern Frauen gegenwärtig von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wird im weiteren Verlauf des Kapitels deutlich: Insgesamt waren weniger als die Hälfte der arbeitslos gemeldeten Personen im Jahr 2004 weiblich.

Das vierte Kapitel beschreibt, auf welche Art und Weise Mädchen und Frauen in Deutschland leben und wohnen. Dabei werden neben den traditionellen auch neuere Formen des Zusammenlebens angesprochen. Die Angaben für das Jahr 2004 zeigen, dass weniger als ein Drittel (29 %) der weiblichen Bevölkerung Deutschlands als Ehegattin, Lebenspartnerin oder alleinerziehende Mutter in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft lebte. Außerdem informiert das Kapitel anhand von Daten aus der Zeitbudgeterhebung, wie und für welche Tätigkeiten Frauen ihre Zeit verwenden, um u. U. Anforderungen einer Erwerbsarbeit und in der Familie gerecht

zu werden. Der Text macht deutlich, dass insbesondere Mütter ihre Erwerbstätigkeit zeitlich einschränken, um Familie und Beruf vereinbaren zu können.

Das fünfte Kapitel informiert über die finanzielle Situation von Frauen. Zunächst wird darauf eingegangen, auf welche Weise Frauen ihren Lebensunterhalt decken. Die Angaben zeigen, dass die weibliche Bevölkerung stärker als die männliche vor allen von Unterhaltsleistungen Angehöriger abhängig ist. Inwiefern sich die Verdienste zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern sowie zwischen weiblichen und männlichen Angestellten unterscheiden und worin die Gründe dafür liegen, werden hier ebenfalls genauer unter die Lupe genommen. Dabei zeigt sich, dass der geschlechtsspezifische Verdienstabstand bei Arbeiterinnen und Arbeitern geringer als zwischen weiblichen und männlichen Angestellten ist und dass dieser geschlechtsspezifische Verdienstabstand z. T. anhand von Unterschieden in den Arbeitszeiten, durch differierende berufliche Qualifikationen und über Unterschiede in den ausgeführten Tätigkeiten erklärt werden kann. Inwieweit Mädchen und Frauen von Mitteln aus der Sozial- und Arbeitslosenversicherung abhängig sind und welche Rentenansprüche Frauen im Unterschied zu Männern besitzen, wird im weiteren Verlauf des Kapitels verdeutlicht.

Im sechsten Kapitel steht die gesundheitliche Situation von Mädchen und Frauen im Mittelpunkt. Angesprochen wird u. a., aus welchen Gründen Frauen ein Krankenhaus aufsuchen, wie hoch ihr Anteil an den Schwerbehinderten ist, ob Frauen häufiger übergewichtiger als Männer sind und wie hoch das Risiko für Frauen ist, bei einem Verkehrsunfall zu Schaden zu kommen. Die Daten zeigen, dass Frauen häufiger krank sind als Männer aber ein geringeres Risiko als Männer haben, im Straßenverkehr bei einem Unfall zu Schaden zu kommen. Die häufigsten Gründe für einen stationären Krankenhausaufenthalt sind bei Frauen eine Entbindung oder die Diagnose Brustkrebs.

Am Schluss des Bandes wird die Beteiligung von Mädchen und Frauen in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens vorgestellt. Dabei wird nicht nur das Wahlverhalten der weiblichen Bevölkerung Deutschlands analysiert, sondern auch ihre Partizipation in Gewerkschaften, in Sportverbänden und im Deutschen Sängerbund. Frauen beteiligten sich mit 78 % ähnlich stark an der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag, wie Männer (79 %).

1 Mädchen und Frauen in der Bevölkerung

1 Mädchen und Frauen in der Bevölkerung

Der größte Teil der Bevölkerung unseres Landes ist weiblich. 51 % (42,1 Mill.) der insgesamt 82,5 Mill. Menschen in Deutschland waren Ende 2004 Mädchen und Frauen. Das Geschlechterverhältnis hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr angeglichen. Während 1961 z. T. nachkriegsbedingt 1 000 Männern noch 1 127 Frauen gegenüberstanden, waren es Ende 2004 nur noch 1 044 Frauen. Bei der ausländischen Bevölkerung hat sich im gleichen Zeitraum der Anteil der Mädchen und Frauen mehr als verdoppelt: 1961 standen 1 000 Ausländern 451 Ausländerinnen gegenüber, Ende 2004 waren es bereits 925 Ausländerinnen

3,5 Mill. Ausländerinnen lebten Ende 2004 in Deutschland, das waren 48 % der rund 7,3 Mill. Einwohner Deutschlands mit einem ausländischen Pass. In Deutschland lebende Staatsbürger aus Thailand, den Philippinen, Brasilien, Mauritius, Paraguay und der Dominikanischen Republik sind Ende 2004 überwiegend Mädchen und Frauen, obwohl der größere Teil aller in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen Jungen und Männer (52 %) sind.

1,4 Kinder pro Frau

Die Geburtenhäufigkeit wird – über die absoluten Zahlen hinaus – vorrangig mit der „zusammengefassten Geburtenziffer“ beschrieben. Diese gibt die durchschnittliche Kinderzahl an, die eine Frau im Laufe ihres Lebens geboren hätte, wenn die Verhältnisse des betrachteten Jahres von ihrem 15. bis zu ihrem 49. Lebensjahr gelten würden.

Gegenwärtig liegt die zusammengefasste Geburtenziffer für das frühere Bundesgebiet bei rund 1,4 Kindern pro Frau. In den neuen Ländern und Berlin-Ost liegt die Geburtenhäufigkeit zurzeit auf einem niedrigeren Niveau (1,3 Kinder pro Frau). In der 10. koordinierten

Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird jedoch angenommen, dass diese sich bis 2010 an die Geburtenhäufigkeit im früheren Bundesgebiet angleichen wird. Somit dürfte sich die zusammengefasste Geburtenziffer für ganz Deutschland langfristig auf einem Niveau von 1,4 Kindern pro Frau stabilisieren.

Eine zusammengefasste Geburtenziffer von 1,4 Kindern pro Frau bedeutet, dass jede Elterngeneration nur zu etwa zwei Dritteln durch Kinder ersetzt wird. Um die gegenwärtige Bevölkerungszahl zu erhalten, müssten im Durchschnitt pro Elternpaar jedoch etwas mehr als zwei Kinder geboren werden (zusammengefasste Geburtenziffer von 2,1 pro Frau), die, wenn sie erwachsen sind, selbst wieder mindestens zwei Kinder bekommen und so die vorangegangenen Generationen ersetzen. Die seit Jahren zu beobachtende niedrige Geburtenhäufigkeit führt zu einer sinkenden und alternden Bevölkerung.

Frauen leben länger

Insgesamt leben die Menschen in Deutschland heute wesentlich länger als vor hundert Jahren. Ein heute

Tab. 1.1: Lebenserwartung

Vollendetes Alter in Jahren	Sterbetafel				
	1891/1900	1932/1934	1960/1962	1986/1988	2001/2003
	Männer				
0	40,6	59,9	66,9	72,2	75,6
1	51,9	64,4	68,3	71,9	74,9
20	41,2	48,2	50,3	53,4	56,3
40	25,9	30,8	31,9	34,5	37,1
60	12,8	15,1	15,5	17,6	19,8
80	4,2	4,8	5,2	6,1	7,1
	Frauen				
0	44,0	62,8	72,4	78,7	81,3
1	53,8	66,4	73,5	78,2	80,7
20	43,4	49,8	55,2	59,6	61,9
40	28,1	32,3	36,1	40,1	42,3
60	13,6	16,1	18,5	22,0	23,9
80	4,5	5,2	5,9	7,6	8,6

Mädchen und Frauen in der Bevölkerung

Tab. 1.2: Lebenserwartung neugeborener Mädchen im Jahr 2003

Land	Alter
Japan	84,3
Spanien	83,6
Frankreich	82,9
Italien	82,5
Schweden	82,5
Finnland	81,8
Belgien	81,7
Österreich	81,6
Deutschland	81,4
Griechenland	81,3
Luxemburg	81,0
Niederlande	80,9
Irland	80,7
Vereinigtes Königreich	80,7
Portugal	80,5
Vereinigte Staaten	80,0
Dänemark	79,9

Quelle: Eurostat.

(2001-2003) geborenes Mädchen hat eine Lebenserwartung von 81 Jahren, ein vor hundert Jahren neugeborenes Mädchen hatte dagegen nur eine Lebenserwartung von 44 Jahren. Die höhere Lebenserwartung von Neugeborenen ist zum einen auf die stark gesunkene Säuglingssterblichkeit zurückzuführen, zum anderen auf Fortschritte im Gesundheitswesen, der Hygiene, der Ernährung, der Wohnsituation, der Arbeitsbedingungen sowie auf den gestiegenen materiellen Wohlstand der Bevölkerung.

Auch die Lebenserwartung der Älteren in Deutschland ist gestiegen. Eine 60-jährige Frau hatte vor hundert Jahren eine Lebenserwartung von knapp 14 weiteren Jahren, heute liegt diese rund zehn Jahre höher. Tabelle 1.1 zeigt die Entwicklung der Lebenserwartung für verschiedene Altersjahre für Frauen und Männer während des letzten Jahrhunderts.

Wie die Daten in Tabelle 1.1 veranschaulichen, ist die Lebenserwartung von Frauen höher als die von Männern. Für ein im Zeitraum von 2001 bis 2003 neugeborenes Mädchen liegt die durchschnittliche Lebenserwartung fünf Jahre höher als für einen im gleichen Zeitraum geborenen Jungen. Parallel dazu hat eine 60-

jährige Frau eine um vier Jahre höhere Lebenserwartung als ein gleich alter Mann.

Zudem hat sich die Lebenserwartung von Frauen seit Anfang des 20. Jahrhunderts deutlicher verbessert als die von Männern. Vor allem die Lebenserwartung von Frauen höherer Altersgruppen ist stärker gestiegen als die Lebenserwartung von Männern.

Trotz aller positiven Entwicklungen der letzten Jahrzehnte liegt die Lebenserwartung von neugeborenen Mädchen in Deutschland im internationalen Vergleich nicht an der Spitze. Tabelle 1.2 enthält eine ganze Reihe von Staaten, in denen Mädchen bei Geburt eine höhere Lebenserwartung als in Deutschland geborene Mädchen aufweisen. Allen voran ist die Lebenserwartung von neugeborenen Mädchen in Japan mit 84 Jahren sowie in Spanien, Frankreich, Italien und Schweden mit etwa 83 Jahren am höchsten.

Der Anstieg der Lebenserwartung der älteren Menschen hat erhebliche Auswirkungen auf die Altersversorgung. Die ältere Generation ist zahlenmäßig größer als frühere, es gibt potenziell mehr Rentenbezieherinnen und Rentenbezieher und der Ruhestand dauert länger. Demzufolge verlängert sich die Zeit, in der Renten bezogen werden.

Frauen wandern weniger aus

Bei der Außenwanderung überwiegen sowohl bei Zu- als auch bei Fortzügen die Männer. Im Jahr 2004 wanderten rund 780 000 Personen nach Deutschland zu, 42 % von ihnen waren Frauen (325 000). Dagegen zogen 698 000 Personen aus Deutschland fort, 37 % von ihnen waren Frauen und Mädchen (261 000). Der Wanderungssaldo betrug 83 000 Personen, darunter 63 000 Frauen und Mädchen. Das bedeutet: Frauen wandern zwar weniger häufig zu bzw. aus, verbleiben aber längere Zeit in Deutschland.

Mädchen und Frauen in der Bevölkerung

Innerhalb Deutschlands zogen im Jahr 2004 rund 3,7 Mill. Menschen um, von ihnen waren knapp 50 % Frauen (1,9 Mill.).

Jeder siebte Einwohner Deutschlands ist weiblich und 60 Jahre oder älter

Die Altersstruktur einer Bevölkerungsgruppe lässt sich grafisch durch eine Alterspyramide darstellen. In dieser Grafik spiegeln sich die Geburtenhäufigkeit, die Lebenserwartung sowie das Wanderungsverhalten der jeweiligen Bevölkerungsgruppe. Die Alterspyramide visualisiert die Anzahl der Personen, die innerhalb einer Bevölkerungsgruppe ein bestimmtes Altersjahr erreicht haben.

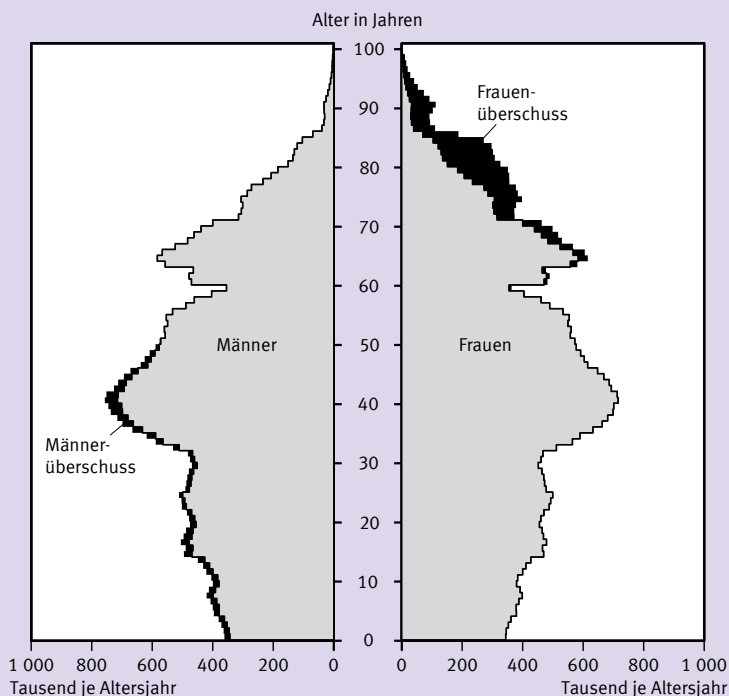
Idealerweise steht eine Alterspyramide auf einer breiten Basis, denn die stärksten Jahrgänge stellen die Kinder. Die Besetzungszahlen der späteren Jahrgänge verringern sich allmählich als Folge der Sterblichkeit und lassen so die dreieckige Form der Alterspyramide entstehen. Einen solchen Altersaufbau hatte noch das Deutsche Reich im Jahr 1910. Die aktuelle Bevölkerungsstruktur weicht jedoch schon lange von der idealen Pyramidenform ab: Heute gleicht der Altersaufbau Deutschlands eher einer zerzausten Wettertanne. Die stärksten Jahrgänge stellen nicht mehr die Kinder, sondern Personen im mittleren Alter und die gehäuften Sterbefälle während Kriegszeiten haben zahlreiche Einschnitte in

der Alterspyramide hinterlassen. Abbildung 1.1 veranschaulicht die Alterspyramide für die Bevölkerung Deutschlands am 31. Dezember 2004.

Die Alterspyramide für das Jahr 2004 zeigt einen Männerüberschuss in der Bevölkerung Deutschlands bis zum Alter von 50 Jahren (Geburtsjahrgang 1954). Dieser Männerüberschuss in den jüngeren Jahrgängen entsteht, weil generell mehr Jungen als Mädchen geboren werden: auf 1 000 neugeborene Mädchen kommen im Durchschnitt 1 056 Jungen zur Welt. Zudem ist die Sterblichkeit im Säuglings- und Kinderalter stark zurückgegangen.

Ab dem 51. Lebensjahr ist der Anteil der weiblichen Bevölkerung größer als der der männlichen. Dieser Frauenüberschuss steigt bei älteren Geburtsjahrgängen

Abb. 1.1: Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands am 31.12.2004



Statistisches Bundesamt 2005 - 02 - 1101

gen an und führt zu einer beträchtlichen Frauenmehrheit an der Spitze der Alterspyramide. Sie entsteht durch die höhere Lebenserwartung von Mädchen und Frauen sowie die stärkeren Verluste in der älteren männlichen Bevölkerung aufgrund des zweiten Weltkriegs zwischen 1939 bis 1945.

Im Jahr 2004 waren rund 15,4 Mill. Menschen in Deutschland 65 Jahre oder älter, von ihnen waren über 59 % Frauen (9,1 Mill.). Rund 5,2 Mill. Menschen waren zwischen 60 und 65 Jahre alt, darunter 2,6 Mill. Frauen (51 %). Gleichzeitig waren rund 16,7 Mill. Personen unter 20 Jahre alt, von ihnen 8,1 Mill. Frauen (49 %). Bereits heute leben somit mehr 60-Jährige und Ältere als 20-Jährige und Jüngere in Deutschland. Betrachtet man die Geschlechter getrennt voneinander, trifft diese Aussage vor allem auf die Frauen zu: Auf 8,1 Mill. Frauen unter 20 Jahre kommen 11,7 Mill. Frauen über 60 Jahre. Demgegenüber kommen auf 8,6 Mill. Männer unter 20 Jahre nur 8,8 Mill. Männer über 60. Ende 2004 war jeder siebte Einwohner Deutschlands weiblich und 60 Jahre oder älter, dagegen war nur jeder zehnte Einwohner männlich und über 60.

In Zukunft werden die Älteren einen noch größeren Teil der Gesamtbevölkerung Deutschlands ausmachen und andererseits wird sich der Anteil der jüngeren Jahrgänge in Zukunft weiter verringern. Im Jahr 2050 werden Menschen im Alter von 60 bis 64 Jahren zu den am stärksten besetzten Jahrgängen gehören. In diesen Jahrgängen werden Frauen stärker vertreten sein als die Männer. Der in der Alterspyramide für Ende 2004 ausgewiesene Frauenüberschuss wird sich nach der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2050 zwar abschwächen, aber weiter bestehen. Dies zeigt eine interaktive Alterspyramide im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de. Heute sind die stärksten Altersklassen die 40- bis 45-Jährigen, wobei die männliche Bevölkerung etwas überwiegt.

Jährlich sterben mehr Frauen als geboren werden

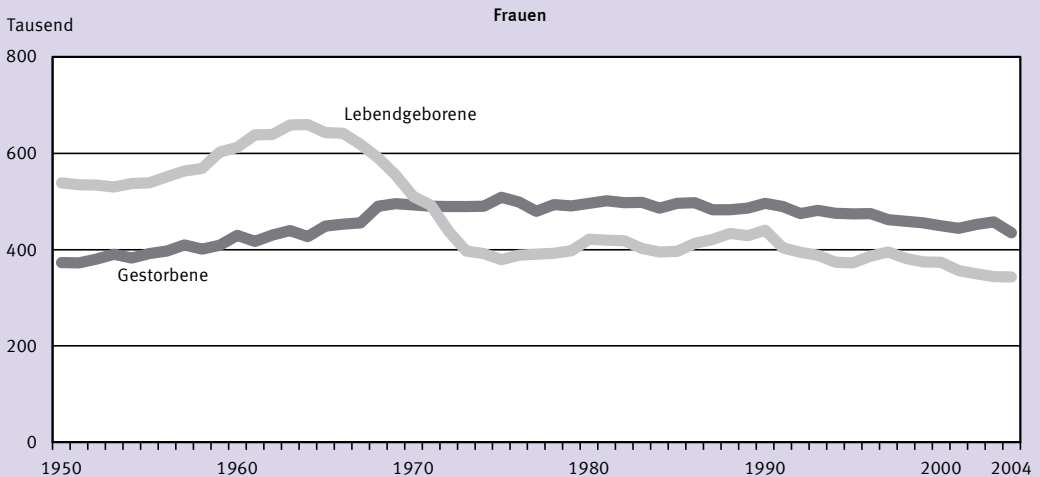
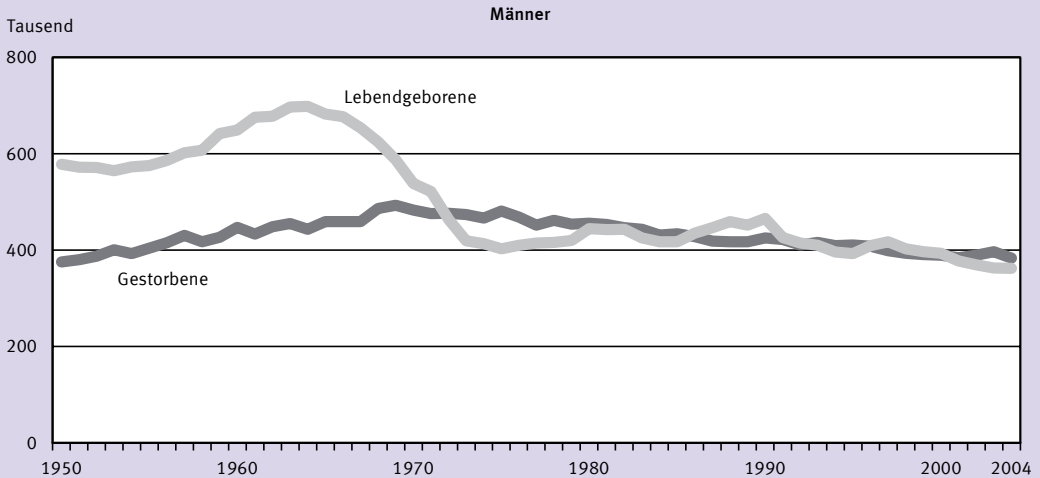
Aufgrund der allgemein höheren Lebenserwartung und eines zahlenmäßigen Überschusses der älteren Frauen liegt die Anzahl der jährlich gestorbenen Frauen höher als die der Männer. So starben im Jahr 2004 in Deutschland 435 000 Frauen, das sind 52 000 mehr als Männer. Die meisten verstorbenen Frauen waren verwitwet (61 %), dagegen war die Mehrheit der gestorbenen Männer verheiratet (62 %).

Seit 1972 sterben in Deutschland jedes Jahr mehr Menschen, als Kinder geboren werden. Im Jahr 2004 z. B. wurden 344 000 Mädchen und 362 000 Jungen geboren, dagegen starben 435 000 Frauen und 383 000 Männer. Da stets weniger Mädchen als Jungen geboren werden und zurzeit mehr Frauen als Männer sterben, ist das Verhältnis zwischen Geburten und Sterbefällen bei Frauen und Männern unterschiedlich: Bei der weiblichen Bevölkerung besteht das Geburtendefizit bereits seit Jahrzehnten, bei der männlichen Bevölkerung dagegen überwogen in den vergangenen Jahrzehnten einmal die Sterbefälle und einmal die Geburten. Diese Entwicklungen veranschaulicht Abbildung 1.2 (auf der nächsten Seite).

Die Differenz zwischen der Zahl der Neugeborenen und der Gestorbenen wird sich auch in Zukunft deutlich vergrößern, denn generell ist die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland gekennzeichnet durch eine dauerhaft niedrige Geburtenhäufigkeit und eine ansteigende Personenzahl im höheren Alter. Jede neue Generation potenzieller Mütter wird kleiner sein als die vorherige. So dürfte z. B. die Anzahl Frauen im gebärfähigen Alter (von 15 bis 50 Jahren) von derzeit 19,7 Mill. auf etwa 14,2 Mill. im Jahr 2050 sinken. Auf der anderen Seite rücken die starken Jahrgänge der 35- bis 40-Jährigen in höhere Altersgruppen vor und führen zukünftig somit zum Anstieg der Sterbefälle. Es ist also mit einer sukzessive weiter aufgehenden Schere zwischen den Geburten und den Sterbefällen zu rechnen. Nach der 10. koordinierten Bevöl-

Mädchen und Frauen in der Bevölkerung

Abb. 1.2: Lebendgeborene und Gestorbene¹⁾



1) Gestorbene ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

Statistisches Bundesamt 2005 - 02 - 1102

kerungsvorausberechnung wird die Zahl der Gestorbenen im Jahr 2050 mehr als doppelt so groß sein wie die der Neugeborenen. Wegen des unterschiedlichen Altersaufbaus der beiden Geschlechter wird sich das steigende Geburtendefizit zunächst vor allem bei der weiblichen Bevölkerung auswirken. Zunehmende Geburtendefizite führen langfristig zu einem Rückgang der Bevölkerungszahl, wenn sie nicht durch Wande-

rungsüberschüsse ausgeglichen werden. Nach der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung würde die Bevölkerungszahl im Jahr 2050 bei einer konstant bleibenden Geburtenhäufigkeit selbst bei maximal angenommener Lebenserwartungszunahme und Wanderungssalden (von jährlich 200 000 bis 300 000 Personen) mit etwa 81 Mill. unter dem aktuellen Niveau liegen (Variante 9).

2 Bildung und Ausbildung

2 Bildung und Ausbildung

Hinsichtlich der Bildungsabschlüsse zwischen Frauen und Männern bestehen immer noch Unterschiede, diese sind aber geringer als noch 1996. Dies zeigen die Daten des Mikrozensus vom April 2004, der jährlich Angaben zum Bildungsstand von Personen über 15 Jahren erfasst. Alle folgenden Zahlen beziehen sich auf Befragte, die im Rahmen des Mikrozensus Angaben zu ihrem Bildungsstand gemacht haben. So besitzen 21 % der Frauen einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss, bei den Männern sind es nur 17 %. Dagegen haben 19 % der Frauen, aber 24 % der Männer die Fachhochschul- oder Hochschulreife erworben.

Mit 9 % ist der Anteil der Frauen mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss an den Frauen insgesamt auch noch 2004 weit niedriger als derjenige der Männer (15 %). Dagegen liegt der Anteil der Frauen mit abgeschlossener Lehrausbildung mit 50 % nur knapp unter dem der Männer (51 %). Insgesamt haben 66 % der Frauen gegenüber 77 % der Männer eine berufliche Ausbildung abgeschlossen.

Jüngere Frauen haben gleiches Bildungsniveau wie jüngere Männer

Die teilweise erheblichen Unterschiede im Bildungsstand von Frauen und Männern in der Gesamtbevölkerung sind vor allem durch die Verhältnisse in den höheren Altersgruppen bedingt. Die Angebote des allgemeinen Bildungssystems werden heute von Frauen und Männern in gleicher Weise wahrgenommen, so dass bei der jüngeren Generation hinsichtlich des Bildungsniveaus zwischen beiden Geschlechtern kaum noch nennenswerte Unterschiede existieren. Zudem weisen die jüngeren Jahrgänge einen höheren formalen Bildungsstand auf. 2004 besitzen in der Altersgruppe der 25- bis 35-Jährigen jeweils 35 % der Frauen und der Männer eine Fachhochschul- oder Hochschulreife. Demgegenüber können im gleichen Jahr von den über 65-Jährigen nur 6 % der weiblichen

und 16 % der männlichen Bevölkerung das Abitur vorweisen.

Was die beruflichen Bildungsabschlüsse angeht, so existieren bei den 25- bis 35-jährigen mit abgeschlossener Lehre nur noch geringfügige Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Der Anteil sowohl der jüngeren Frauen als auch derjenige der jüngeren Männer mit einem Lehrabschluss ist gegenüber 1996 zurückgegangen. Im April 2004 haben 55 % der 25- bis 35-jährigen Frauen eine Lehre abgeschlossen (1996: 62 %), bei den 65-jährigen und älteren Frauen sind es dagegen nur 43 % (1996: 39 %). Bei den Männern der bei-

Tab. 2.1: Anteil der Schülerinnen an allgemein bildenden Schulen

Schulart	1992	1997	2004
	%		
Grundschulen (Klassen 1-4)	49,0	48,9	49,1
Hauptschulen	44,7	44,0	43,7
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	44,4	46,4	46,3
Realschulen	51,4	51,0	50,3
Gymnasien	53,7	54,4	53,9
Integrierte Gesamtschulen	47,2	47,8	49,1
Sonderschulen	36,8	36,4	36,8
Abendschulen und Kollegs	52,6	51,8	49,7
Insgesamt . . .	49,0	49,1	49,2

den Altersgruppen sind die Anteile mittlerweile fast gleich groß. Sie betragen für 2004 für die 25- bis 35-jährigen Männer 56 % (1996: 60 %) bzw. 57 % für die 65-jährigen und älteren Männer (1996: 56 %).

Bei den Personen mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss bestehen bei den 25- bis 35-jährigen ebenfalls nur relativ geringe Unterschiede zwischen Frauen und Männern. 15 % der Frauen gegenüber 16 % der Männer sind Hochschul- oder Fachhochschulabsolventen. Bei den über 65-jährigen ist der Anteil bei den Frauen mit 3 % deutlich geringer als bei den Männern (13 %).

Mädchen stellen in Gymnasien und Realschulen die Mehrheit

Hat ein Kind am 30. Juni eines Jahres das 6. Lebensjahr vollendet, beginnt für das Mädchen oder den Jungen die Schulpflicht. Sie beträgt in der Regel zwölf Jahre, davon neun bzw. zehn Vollzeitschuljahre und drei Teilzeitschuljahre.

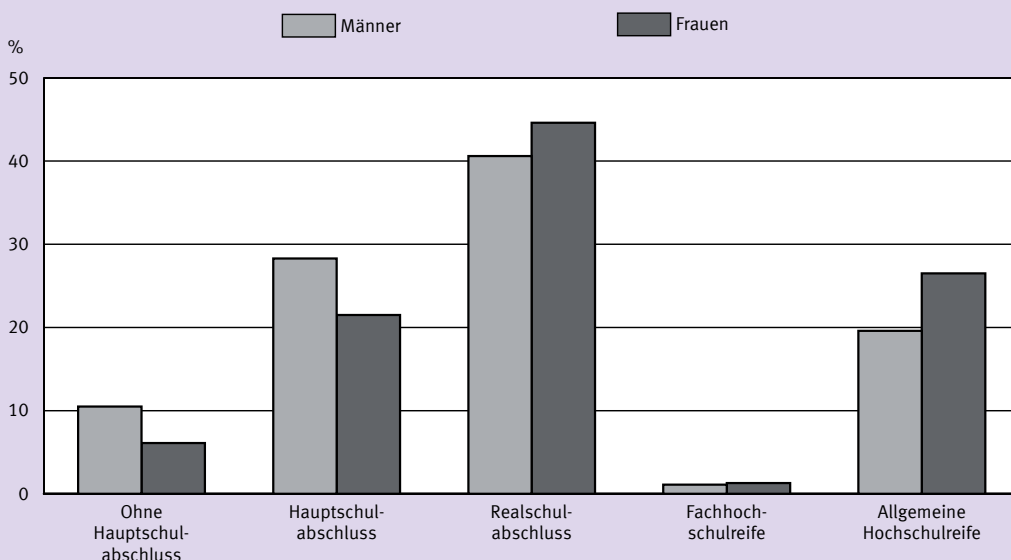
Nahezu alle Kinder werden in Grundschulen eingeschult, und zwar in der Regel in ihrem Wohnbereich. Als Folge davon liegt der Anteil der Mädchen in dieser Schulart genauso hoch wie in der gleichaltrigen Bevölkerungsgruppe.

Nach Beendigung des 4. Schuljahres ergibt sich für Schülerinnen und Schüler erstmals die Möglichkeit, die weiterführende Schule bzw. Schulart auszuwählen. Neben den drei traditionellen Bildungsgängen Hauptschule, Realschule und Gymnasium, die auf die jeweilige Abschlussart ausgerichtet sind, gibt es

Schularten, die diese Entscheidung noch offen lassen. Dazu gehören die Schulartunabhängige Orientierungsstufe, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Integrierte Gesamtschulen und Freie Waldorfschulen. Unter dem Begriff „Schularten mit mehreren Bildungsgängen“ sind in den einzelnen Bundesländern namentlich unterschiedliche Schularten zusammengefasst. Ihnen ist gemeinsam, dass sie sowohl zu einem Hauptschul- als auch zu einem Realschulabschluss führen.

Im Schuljahr 2004/2005 besuchten knapp 10 Mill. Schülerinnen und Schüler allgemein bildende Schulen, darunter 3,1 Mill. eine Grundschule, 1,1 Mill. eine Hauptschule, 1,4 Mill. eine Realschule und 2,4 Mill. ein Gymnasium. An Integrierten Gesamtschulen (einschl. Freie Waldorfschulen) lernten im selben Jahr 613 000, an Schularten mit mehreren Bildungsgängen 379 000 Schülerinnen und Schüler. Die Sonderschulen hatten 424 000 Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2004/2005. Schulen des zweiten Bildungs-

Abb. 2.1: Absolventen/Abgänger der allgemein bildenden Schulen am Ende des Schuljahres 2003/2004



Statistisches Bundesamt 2005 - 02 - 1103

wegs (Abendschulen und Kollegs) wurden von mehr als 60 000 Erwachsenen besucht.

Die Anteile von Mädchen und Jungen bei den einzelnen Schularten wichen 2004 deutlich voneinander ab (siehe Tabelle 2.1). Der Anteil der Mädchen lag an Hauptschulen bei nur 44 %. Auch an den Schularten mit mehreren Bildungsgängen und den Integrierten Gesamtschulen waren die Mädchen mit 46 % bzw. 49 % unterrepräsentiert. Dagegen stellen sie an Gymnasien mit (54 %) die Mehrheit. Während der Anteil der Mädchen an Hauptschulen und Realschulen in den letzten Jahren abgenommen hat, ist er vor allem an Integrierten Gesamtschulen gestiegen.

Sonderschulen werden von Mädchen weitaus seltener besucht als von Jungen. Im Jahr 2004 lag der Anteil der Schülerinnen bei 37 %. Bei den Erwachsenen, die im Rahmen des zweiten Bildungswegs (Abendschulen, Kollegs) einen höheren Abschluss anstreben, waren Frauen 2004 mit 50 % gleich stark vertreten wie Männer.

Entsprechend dem unterschiedlichen Besuch der einzelnen Schularten differieren auch die erreichten Abschlüsse zwischen Frauen und Männern. So blieb am Ende des Schuljahrs 2003/2004 nur etwa jede 16. Schülerin ohne Hauptschulabschluss gegenüber etwa jedem 10. Schüler. Abbildung 2.1 veranschaulicht diese Unterschiede im Detail.

Auch nach Abschluss der allgemein bildenden Schule können allgemein bildende Abschlüsse noch an beruflichen Schulen erworben werden, wovon Männer häufiger Gebrauch machen als Frauen.

Frauen wählen andere Berufe als Männer

Nach dem Verlassen der allgemein bildenden Schulen beginnt der größte Teil der Jugendlichen eine Berufsausbildung im dualen System von Berufsschule und Betrieb. Daneben wird die Berufsschule z. T. auch von

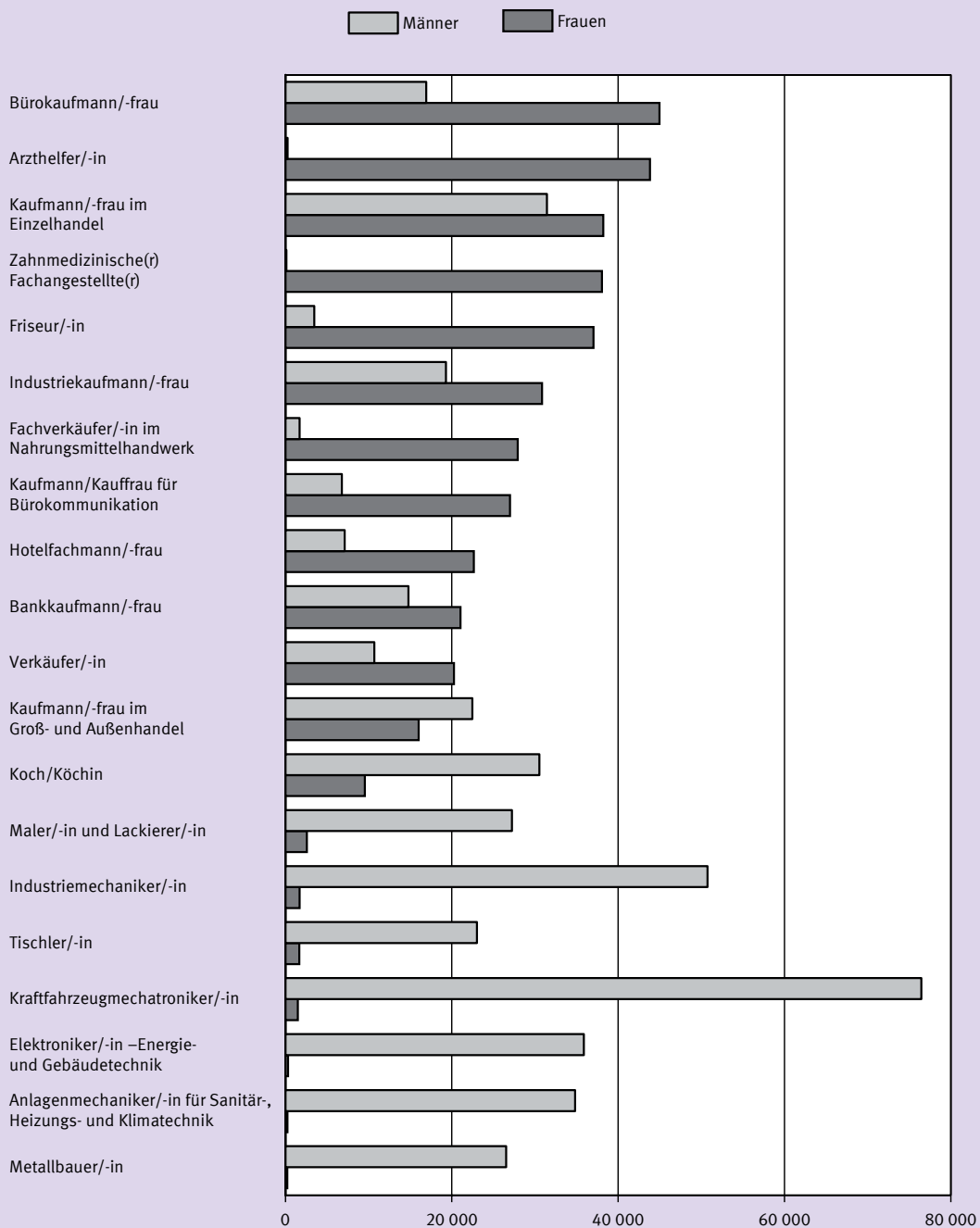
Jugendlichen unter 18 Jahren besucht, die ihre Vollzeitschulpflicht erfüllen müssen, ohne einen Ausbildungsvertrag zu haben. Im Schuljahr 2004/2005 lernten 1,7 Mill. Schülerinnen und Schüler in Berufsschulen im dualen System, 40 % von Ihnen waren Frauen. Rund 5 % dieser Schülerinnen und Schüler befanden sich nicht in einer Berufsausbildung. Dieser Anteil war bei Frauen und Männern etwa gleich groß.

Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, versuchen meist durch den Besuch berufsvorbereitender Schulen (wie z. B. Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschulen) und das Erreichen höherer allgemein bildender Schulabschlüsse ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz im folgenden Jahr zu verbessern. 45 % der rund 403 000 Schülerinnen und Schüler in diesen berufsvorbereitenden Schulen waren im Jahr 2004 Frauen. In den beruflichen Schulen, die zum Erwerb der Hochschul- bzw. Fachhochschulreife führen, (Fachgymnasien bzw. Fachoberschulen) lag der Frauenanteil bei den 239 000 Schülerinnen und Schülern bei 50 %.

Die Berufswahl erfolgte auch im Jahr 2004 noch weitgehend geschlechtsspezifisch, obwohl Frauen nahezu alle Berufe offen stehen (Ausnahmen bilden nur die Berufe Bergmechaniker sowie Berg- und Maschinenmann). Während Frauen in zahlreichen Dienstleistungsberufen die überwiegende Mehrheit stellten, dominierten Männer in den Fertigungsberufen. Die meisten kaufmännischen Berufe scheinen dagegen für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv zu sein.

Sowohl bei den Schülerinnen als auch bei den Schülern ist immer noch eine Konzentration auf wenige Ausbildungsberufe zu beobachten. Von den weiblichen Auszubildenden konzentrierte sich ein Drittel auf die Berufe Bürokauffrau, Arzthelferin, Kauffrau im Einzelhandel, Zahnmedizinische Fachangestellte sowie Friseurin. Mit einem Frauenanteil von jeweils mehr als 90 % im Jahr 2004 können die Berufe Zahn-

Abb. 2.2: Die häufigsten Berufe der Auszubildenden 2004



Statistisches Bundesamt 2005 - 02 - 1104

medizinische Fachangestellte, Arzthelferin, Fachverkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk und Friseurin als nahezu reine Frauenberufe angesehen werden. Fast ein Viertel aller männlichen Auszubildenden erlernte dagegen im Jahr 2004 die Berufe Kraftfahrzeugmechatroniker, Industriemechaniker, Elektroniker für Energie- und Gebäudetechnik, Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik sowie Kaufmann im Einzelhandel. Bis auf den Beruf des Kaufmanns/der Kauffrau im Einzelhandel sind die genannten Berufe mit einem Frauenanteil von oft weit unter 10 % weitgehend Männerberufe. Abbildung 2.2 veranschaulicht die am häufigsten gewählten Ausbildungsberufe im Jahr 2004.

Es gibt außerdem Berufe, deren Ausbildung außerhalb des dualen Systems in einem Teil der Berufsfachschulen bzw. in Schulen des Gesundheitswesens erfolgt. Im Schuljahr 2004/2005 wurden insgesamt 387 000 Schülerinnen und Schüler in diesen Berufen ausgebildet, die deutliche Mehrheit von ihnen waren Frauen (71 %). Insbesondere handelt es sich dabei um die nichtakademischen Gesundheitsdienstberufe, Pflegeberufe, Assistenzberufe im medizinischen und kaufmännischen Bereich sowie fremdsprachliche Berufe.

Tab. 2.2: Studierende und Studienanfänger¹⁾

Wintersemester	Insgesamt	Frauen
Studierende		
1998/1999	1 801 233	801 282
1999/2000	1 773 956	803 794
2000/2001	1 799 338	829 201
2001/2002	1 868 666	873 230
2002/2003	1 939 811	918 624
2003/2004	2 019 831	958 129
2004/2005	1 963 598	937 182
Studienanfänger ¹⁾		
1998/1999	230 670	112 050
1999/2000	246 782	121 601
2000/2001	267 486	130 943
2001/2002	292 653	143 135
2002/2003	299 649	151 569
2003/2004	316 765	151 580
2004/2005	300 956	146 222

1) Studierende im 1. Hochschulsemester.

Von den 2004 rund 180 000 Schülerinnen und Schülern in Schulen der beruflichen Fortbildung besuchte der weitaus überwiegende Teil (86 %) Fachschulen. Der Anteil der Schülerinnen an Fachschulen lag im Schuljahr 2004/2005 bei 51 % und hat sich damit gegenüber 1996 (53 %) leicht verringert. Auch bei der beruflichen Fortbildung sind zwischen Frauen und Männern deutliche Unterschiede nach den angestrebten Berufen festzustellen. Während mehr als drei Viertel aller Schülerinnen der Fachschulen in sozialen oder pflegerischen Berufen unterrichtet wurde, lag der Schwerpunkt der Schüler (mehr als die Hälfte) bei technischen Berufen.

Fast drei Viertel der Lehramtsabsolventinnen und -absolventen sind Frauen

48 % der im Wintersemester 2004/2005 an den Hochschulen in Deutschland eingeschriebenen 2,0 Mill. Studierenden waren Frauen. Knapp die Hälfte der Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit waren Frauen (50 %). Insgesamt hatten 13 % aller Studierenden keinen deutschen Pass.

Im Wintersemester 2004/2005 nahmen insgesamt 301 000 Frauen und Männer erstmalig ein Studium auf. Gegenwärtig sind etwa die Hälfte aller Studienanfängerinnen und -anfänger weiblich (Wintersemester 2004/2005: 49 %). Der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger beträgt etwa ein Sechstel aller an Hochschulen in Deutschland immatrikulierten Studentinnen und Studenten.

Die Zahl der Studierenden an den Hochschulen in Deutschland lag mit 2,0 Mill. im Wintersemester 2004/2005 höher als noch vor sechs Jahren (1998/1999: 1,8 Mill.). Auch die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger hat im gleichen Zeitraum weiter zugenommen, und zwar um 70 000. Dabei hat sich der Anteil der weiblichen Studierenden seit 1998/1999 an den Studierenden insgesamt (um 3,2 Prozentpunkte) erhöht. Tabelle 2.2 veran-

schaulich die beschriebene Entwicklung der Studierenden- und Studienanfängerzahlen in den letzten sieben Jahren.

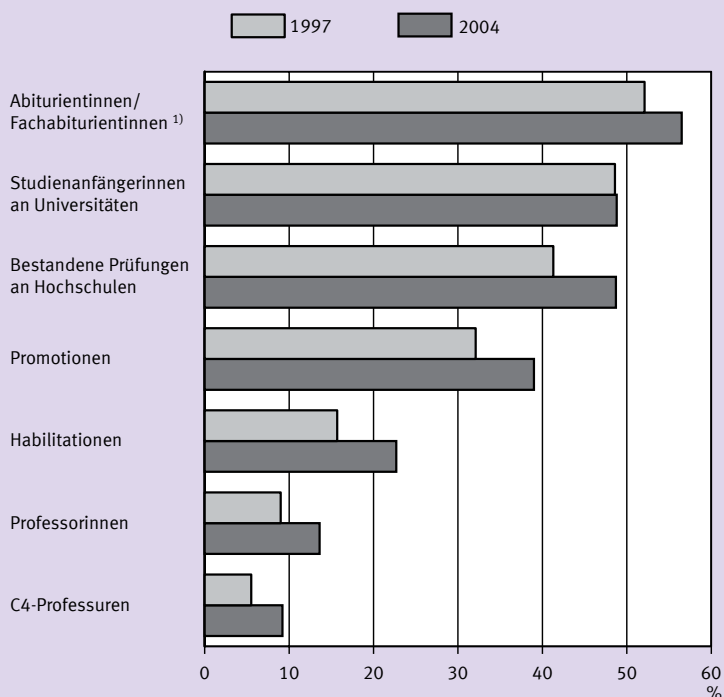
Bei der Diskussion um die berufliche Gleichstellung von Frauen sind die Hochschulen in besonderem Maße tangiert, da häufig nur eine abgeschlossene Hochschulausbildung den Aufstieg in höhere Positionen ermöglicht. Bei den studienberechtigten Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit Fachhochschul- oder Hochschulreife lagen im Jahr 2004 die Frauen noch mit einem Anteil von 53 % vorn, in der akademischen Laufbahn sind sie fast in allen Bereichen in der Minderheit. Der Anteil an Frauen in den verschiedenen Bereichen der akademischen Ausbildung hat jedoch in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen, auch in den höheren Stadien der akademischen Laufbahn. Abbildung 2.3 veranschaulicht diese Entwicklung.

Trotz des gestiegenen Anteils an Frauen in allen Stadien der akademischen Laufbahn existieren noch gravierende Unterschiede im Bildungsverhalten zwischen den Geschlechtern. Diese zeigen sich vor allem in der Studienfachwahl. Die meisten Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Hochschulsemester haben sich im Wintersemester 2004/2005 in einem rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studienfach eingeschrieben (93 000 bzw. 31 % aller Studienanfängerinnen und -anfänger).

Darunter waren mehr als die Hälfte Frauen (51 %). Weitere sehr beliebte Fächergruppen waren Ingenieurwissenschaften (20 %), Sprach- und Kulturwissenschaften (20 %), sowie Mathematik und Naturwissenschaften (18 %).

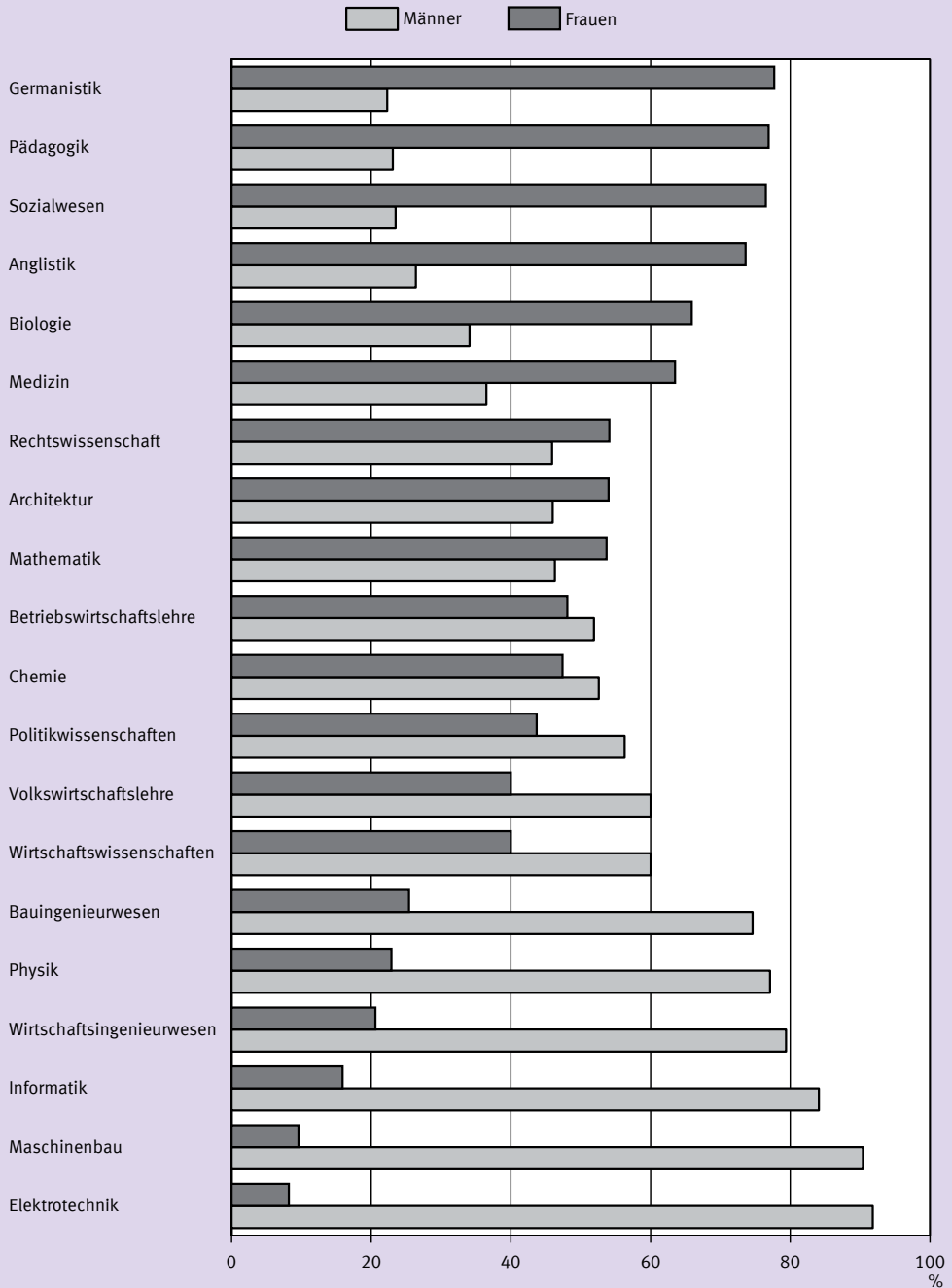
Bei der Fächerwahl der Studienanfänger im 1. Fachsemester lassen sich eindeutige geschlechtsspezifische Präferenzen nachweisen. Die Fächergruppen „Veterinärmedizin“ mit 85,3 % oder „Sprach- und Kulturwissenschaften“ mit 71 % Frauenanteil stellen beispielsweise eine Domäne der Frauen dar, die Fächergruppe „Ingenieurwissenschaften“ mit einem Frauenanteil von 21 % dagegen eine Domäne der Männer. In einzelnen Studienfächern dieser Fächergruppen sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Während z. B. das Studi-

Abb. 2.3: Anteil der Frauen in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn



1) Studienberechtigte Schulabgängerinnen mit allgemeiner Hochschul- oder Fachhochschulreife.

Abb. 2.4: Die häufigsten Studienfächer der Studienanfänger ¹⁾ im Wintersemester 2004/2005



1) Studierende im 1. Fachsemester.

einfach „Germanistik/Deutsch“ von Frauen dominiert ist, studieren die Fächer „Elektrotechnik/Elektronik“ und „Maschinenbau/-wesen“ überwiegend Männer. Abbildung 2.4 veranschaulicht die häufigsten Studienfächer der Studienanfänger im Wintersemester 2004/2005, die im 1. Fachsemester studieren.

Im Jahr 2004 wurden 49 % der über 231 000 erfolgreich abgelegten Abschlussprüfungen an Hochschulen in Deutschland von Frauen bestanden. 42 % der Prüfungsabsolventinnen und -absolventen des Jahrgangs 2004 hatten einen Universitäts- oder entsprechenden Abschluss, 10 % eine Promotion, 10 % einen Lehramtsabschluss und 33 % einen Fachhochschulabschluss erworben, jedoch nur 3 % aller Prüfungsabsolventinnen und -absolventen des selben Prüfungsjahrganges einen Bachelorabschluss und 2 % einen Masterabschluss. Den höchsten Frauenanteil (74 %) wiesen die Lehramtsabschlüsse auf, was den „Lehrerberuf“ als einen typischen Frauenberuf charakterisiert. Der Frauenanteil lag 2004 beim Universitäts- oder entsprechenden Diplomabschluss bei 50 %. Bei allen anderen Abschlussarten waren die Frauen in der Minderheit. Beim Fachhochschulabschluss lag er bei 44 %, bei den Promotionen bei 39 % sowie beim Masterabschluss bei 36 %.

Rund 2 300 Personen schlossen im Jahr 2004 ein Habilitationsverfahren erfolgreich ab. Sie erbrachten damit den Nachweis zu einer wissenschaftlichen Lehrbefähigung. 23 % dieser hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchskräfte waren Frauen. Dieser Anteilswert ist im Vergleich zu ihrem Anteil an den Studierenden und Absolventen relativ niedrig. Gegenüber 1992 (13 %) hat er sich jedoch fast verdoppelt. Auch bei den Habilitierten in den Fächergruppen, die eine Domäne der Frauen darstellen, waren die Frauen in der Minderheit. So waren 2004 nur 35 % der in der Fächergruppe „Sprach- und Kulturwissenschaften“ Habilitierten weiblichen Geschlechts. Der Frauenanteil bei den Absolventen dieser Fächergruppe lag aber im selben Jahr noch bei 74 %. Bei der Suche nach den Gründen für den niedrigen Frauenanteil unter den Habili-

tierten in dieser Fächergruppe ist jedoch zu bedenken, dass zwischen dem Studienbeginn und dem Erwerb einer wissenschaftlichen Lehrbefähigung in Deutschland durchschnittlich fast zwei Jahrzehnte vergehen. Steigende Frauenanteile bei den Studienanfängern wirken sich erst mit einer entsprechenden Zeitverzögerung bei der Zahl der Habilitierten aus.

3 Frauen im Erwerbsleben

3 Frauen im Erwerbsleben

Knapp die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands ist aktiv oder passiv am Erwerbsleben beteiligt. Zu den Erwerbspersonen mit Wohnsitz im Bundesgebiet zählen sowohl Erwerbstätige, die unabhängig vom zeitlichen Umfang eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, als auch Erwerbslose, die sich gemäß ILO-Konzept in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d.h. innerhalb von zwei Wochen, für eine Aufnahme einer solchen Tätigkeit zur Verfügung stehen. Erwerbstätige können Selbstständige, mithelfende Familienangehörige oder abhängig Erwerbstätige sein. Dabei wird nicht berücksichtigt, welche Bedeutung diese Tätigkeit für den Lebensunterhalt der Person besitzt. Unerheblich ist außerdem, welche Arbeitszeit tatsächlich geleistet wurde oder vertraglich zu leisten war

Insgesamt gab es nach den Ergebnissen der ILO-Arbeitsmarktstatistik im Jahresdurchschnitt 2004 20,1 Mill. weibliche Erwerbspersonen. Das waren rund 47 % der 42,7 Mill. Erwerbspersonen insgesamt. Die so genannte Erwerbsquote, die den Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 Jahre und älter) angibt, lag im Jahr 2004 bei den Frauen bei 55,5 %. In den letzten zehn Jahren ist die Erwerbsquote der Frauen danach um 3,3 Prozentpunkte gestiegen. Die Erwerbsquote der Männer lag 2004 bei 66,3 %.

Innerhalb dieses Gesamtrahmens liefert der Mikrozensus für eine Berichtswoche im März 2004 tiefer gehende Strukturinformationen, allerdings auf niedrigerem Niveau. Dabei führt nicht zuletzt der Bezug auf eine eng abgegrenzte Berichtswoche im Frühjahr des Jahres insbesondere zu einer Untererfassung marginaler, stundenweise an bestimmten

Tagen, im regelmäßigen oder unregelmäßigen Wochenrhythmus ausgeübten Beschäftigungen. Dazu zählen u. a. geringfügige Beschäftigungen (Minijobs), die in der Mehrzahl von Frauen ausgeübt werden. Dies ist bei der Interpretation der nachfolgenden Strukturdaten des Mikrozensus zur Erwerbsbeteiligung von Frauen zu berücksichtigen.

Generell liegt die Erwerbsquote der Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren in den neuen Ländern und Berlin-Ost wesentlich höher als im früheren Bundesgebiet. 2004 lag sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 72 %, im früheren Bundesgebiet dagegen nur bei 64 %. Während sie zwischen 1992 und 2004 in den neuen Ländern und Berlin-Ost konstant blieb (gegenüber 1991 jedoch um 2,8 Prozentpunkte sank), stieg sie im früheren Bundesgebiet im gleichen Zeitraum an (um 5,3 Prozentpunkte; gegenüber 1991 um 6,4 Prozentpunkte).

Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen gestiegen

Erwerbstätige sind alle Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die in der Berichtswoche des Mikrozensus zumindest eine Stunde gegen Entgelt oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen.

In Deutschland gab es im März 2004 rund 35,7 Mill. Erwerbstätige, 45 % von ihnen waren Frauen (16,0 Mill.). In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag der Frauenanteil an den Erwerbstätigen mit 47 % etwas höher

Tab. 3.1: Erwerbstätige

Berichtswoche lag im ...	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	insgesamt	Frauen	insgesamt	Frauen	insgesamt	Frauen
	1 000					
April 1992	36 940	15 317	30 094	12 249	6 846	3 068
März 2004	35 659	15 978	29 438	13 073	6 221	2 905

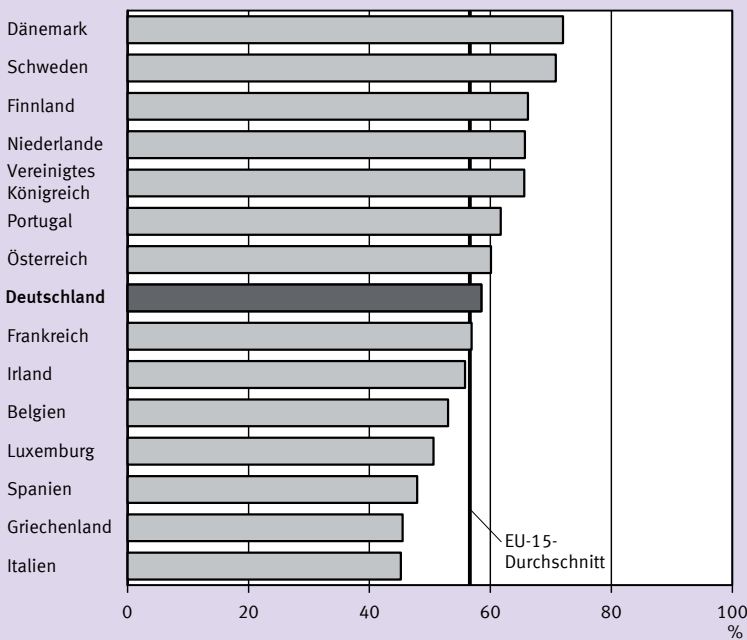
als im früheren Bundesgebiet (44 %). Der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen insgesamt ist gegenüber 1992 leicht gestiegen, damals lag er für ganz Deutschland bei 41 %. Jedoch vollzog sich die Entwicklung in Ost und West unterschiedlich. Gegenüber 1992 ist der Frauenanteil an allen Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet um 3,7 Prozentpunkte sowie in den neuen Ländern und Berlin-Ost im gleichen Zeitraum um 1,9 Prozentpunkte gestiegen. Absolute An-

teilungsquote herangezogen. Im Unterschied zur Erwerbsquote gibt sie den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in privaten Haushalten an. Ausgehend von einem erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren nimmt die Beschäftigungsquote der Frauen in Deutschland mit 59 % im Jahr 2004 innerhalb der EU eine Mittelstellung ein. An der Spitze aller EU-Länder standen Dänemark und Schweden mit einer Beschäftigungsquote der Frauen von knapp 72 % bzw. 71 %. Schlusslichter waren Italien und Griechenland, wo 2004 nur knapp 45 % der 15- bis 64-jährigen Frauen erwerbstätig waren (siehe Abbildung 3.1). Die Angaben berücksichtigen jedoch nicht den Beschäftigungsumfang – also die Arbeitszeit – von Frauen.

Hinsichtlich der Stellung im Beruf gibt es deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Im Jahr 2004 übten fast zwei Drittel der weiblichen Erwerbstätigen Angestelltenberufe aus (65 %). Dagegen waren nur 39 % der Männer als Angestellte beschäftigt. Bei den Frauen ist der Anteil der Selbstständigen dagegen knapp halb so hoch (7 %) wie bei den Männern (14 %). Ebenso sind der Anteil der

Beamtinnen (5 %) und der Anteil der Arbeiterinnen (22 %) unter den Frauen deutlich niedriger als bei den Männern (7 % bzw. 39 %). Von den erwerbstätigen Frauen waren 1,9 % als mithelfende Familienangehörige beschäftigt, bei den Männern waren es im Jahr 2004 nur 0,5 %.

Abb. 3.1: Beschäftigungsquote¹⁾ der Frauen in ausgewählten EU-Ländern 2004



1) Anteil der Erwerbstätigen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

Quelle: Eurostat.

Statistisches Bundesamt 2005 - 02 - 1107

gaben zu den weiblichen Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost enthält Tabelle 3.1.

Für internationale Vergleiche wird die auf der Basis der Arbeitskräftestichprobe der EU ermittelte Beschäf-

Ein Drittel aller Führungskräfte ist weiblich

Im März 2004 arbeiteten in Deutschland 12 % abhängig beschäftigte Frauen (2000: 11 %), die Angaben zu ihrer Stellung im Betrieb gemacht hatten, als Führungskraft, davon 11 % als höhere Angestellte und 1 % als Beamtin im höheren Dienst. Knapp ein Drittel aller Führungskräfte in der Industrie, im Dienstleistungsbereich oder in der öffentlichen Verwaltung war damit weiblich (1,7 Mill.), mehr als zwei Drittel (3,3 Mill.) männlich. Im März 2004 waren 20 % (2000: 21 %) aller abhängig Erwerbstätigen Männer, die Angaben zu ihrer Stellung im Betrieb gemacht hatten, als höhere Angestellte (knapp 19 %) bzw. als Beamte im höheren Dienst (knapp 2 %) beschäftigt. Insgesamt stufte sich jeder sechste Arbeitnehmer (16 %) als Führungskraft oder Beschäftigter mit herausgehobener Tätigkeit ein.

Nur in der Altersgruppe der unter 30-Jährigen waren Frauen und Männer mit anteilig 7 % – bezogen auf alle abhängig erwerbstätigen Frauen bzw. Männer in dieser Altersgruppe, die Angaben zu ihrer Stellung im Betrieb gemacht hatten – als Führungskräfte gleich stark vertreten. Frauen in der Altersklasse von 30 bis unter 45 Jahren waren mit einem Anteil von 14 % am häufigsten als höhere Angestellte und Beamtinnen im

höheren Dienst anzutreffen. Bei 45- bis 60-jährigen Frauen nahmen knapp 12 % Führungsaufgaben wahr – familiär bedingte Unterbrechungen dürften ein wichtiger Grund für den zurückgehenden Anteil bei Führungspositionen sein.

1 Mill. Frauen sind Selbstständige

Selbstständige sind Personen, die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte als Eigentümer, Miteigentümer, Pächter oder selbstständige Handwerker leiten, sowie alle freiberuflich Tätigen. Im März 2004 waren 29 % der 3,9 Mill. Selbstständigen in Deutschland Frauen (1,1 Mill.). Der Anteil der selbstständigen Frauen an den Selbstständigen insgesamt ist seit 1992 um 3,3 Prozentpunkte gestiegen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag der Frauenanteil an den Selbstständigen insgesamt im März 2004 etwas höher (31 %) als im früheren Bundesgebiet (28 %).

Mehr als die Hälfte der Frauen im Dienstleistungsbereich beschäftigt

Während heute in der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei 2 % der Erwerbstätigen Beschäftigung finden und der sekundäre Sektor u. a. infolge technischer Fortschritte und steigender Produktivität immer weniger Arbeitskräfte benötigt, gewinnt

der tertiäre Sektor zunehmend an Bedeutung. Der Dienstleistungsbereich spielt gerade für die Beschäftigung von Frauen eine wichtige und weiter zunehmende Rolle. Von den 16,0 Mill. erwerbstätigen Frauen waren im März 2004 rund 9,1 Mill. (57 %) im Wirtschaftsbereich „Sonstige Dienstleistungen“ beschäftigt. Das waren fast 2,6 Mill. mehr Frauen als Männer.

Tab. 3.2: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen im März 2004

Wirtschaftsbereich	Insgesamt	Männer	Frauen
		1 000	
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	832	558	274
Produzierendes Gewerbe	10 986	8 312	2 674
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	8 188	4 267	3 921
Sonstige Dienstleistungen	15 653	6 545	9 108
Zusammen	35 659	19 681	15 978
		%	
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	2,3	2,8	1,7
Produzierendes Gewerbe	30,8	42,2	16,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	23,0	21,7	24,6
Sonstige Dienstleistungen	43,9	33,3	57,0
Zusammen	100	100	100

Gegenüber April 1995 (7,7 Mill.) ist diese Zahl um 1,4 Mill. gestiegen. Zum Wirtschaftsbereich „Sonstige Dienstleistungen“ zählen z. B. die Unterkategorien Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie die öffentliche Verwaltung. Im Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ stellten die Frauen mit 4,0 Mill. etwa die Hälfte der Erwerbstätigen. Im Produzierenden Gewerbe sind die Frauen dagegen mit 2,7 Mill. gegenüber 8,3 Mill. Männern traditionell schwach vertreten. Tabelle 3.2 zeigt den Anteil der weiblichen Erwerbstätigen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen.

Anzahl der Frauen in IuK-Berufen wächst

Von den 1,6 Mill. im März 2004 nachgewiesenen Erwerbstätigen in IuK-Berufen – d. h. Berufe der Bereiche Telekommunikation, Informationstechnik (IT) und Medien – waren 26 % Frauen (424 000). Männer waren damit deutlich überrepräsentiert. Im Zeitraum 1997 bis 2004 betrug der Beschäftigungszuwachs von Frauen in den IuK-Berufen allerdings mehr als 16 %. Die Bedeutung dieser Entwicklung wird daran deutlich, dass der entsprechende Vergleichswert auf gesamtwirtschaftlicher Ebene mit 5 % erheblich niedriger ausfiel.

Innerhalb der einzelnen IuK-Berufe verlief die Entwicklung zwischen 1997 und 2004 unterschiedlich. Bei den Telekommunikationsberufen konnten die Frauen einen Beschäftigungszuwachs von 31 % erzielen und erreichten damit im Jahr 2004 fast die Hälfte (45 %) der Beschäftigtenzahl in diesem Bereich (76 000 weibliche Beschäftigte). In den Medienberufen fiel die Zuwachsrate der erwerbstätigen Frauen mit 22 % seit 1997 ebenfalls überdurchschnittlich aus. Damit waren im März 2004 zwei Fünftel (42 %) aller in Medienberufen tätigen Personen weiblich (208 000). Beim zahlenmäßig größten Bereich, den IT-Berufen (u. a. Elektroingenieure/Elektroingenieurinnen und Elektrotechniker/-innen, Informatiker/-innen sowie Softwareentwickler/-innen), lag die Zu-

nahme der Zahl der weiblichen Beschäftigten nur auf durchschnittlichem Niveau (4 %). Demzufolge war der Frauenanteil in diesem Berufsfeld mit 14 % erheblich niedriger als in den Bereichen Telekommunikation und Medien (140 000 weibliche Beschäftigte). 1997 hatte der Frauenanteil in den IT-Berufen noch bei 18 % gelegen.

Zwei von fünf erwerbstätigen Frauen sind teilzeitbeschäftigt

Im Rahmen des Mikrozensus werden zum Thema Arbeitszeit zwei Sachverhalte gefragt: die normalerweise je Woche geleistete Arbeitszeit und die tatsächlich geleistete Arbeitszeit in der Berichtswoche. Darüber hinaus können sich die Befragten selbst als Teilzeit- bzw. Vollzeitbeschäftigte einstufen. Die folgenden Angaben beruhen auf dieser Selbsteinschätzung der Befragten.

42 % der abhängig erwerbstätigen Frauen, aber nur 6 % der abhängig erwerbstätigen Männer waren im Jahr 2004 teilzeitbeschäftigt. Damit hat sich der Anteil sowohl der Frauen als auch der Männer, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, gegenüber 1997 erhöht. Damals waren 35 % der Frauen, und 4 % der Männer teilzeitbeschäftigt. In den neuen Ländern und Berlin-Ost war die Teilzeitbeschäftigung im Jahr 2004 bei abhängig erwerbstätigen Frauen weniger verbreitet als im früheren Bundesgebiet: nur 28 % der Frauen gingen dort einer Teilzeitbeschäftigung nach, gegenüber 45 % der Frauen im früheren Bundesgebiet.

46 % der im öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen sind teilzeitbeschäftigt

Im Jahr 2004 waren im öffentlichen Dienst 4,7 Mill. Personen beschäftigt, von ihnen waren 52 % Frauen (2,4 Mill.). Zum öffentlichen Dienst zählen die Ämter, Behörden, Gerichte sowie die rechtlich unselbstständigen Einrichtungen des Bundes, der Länder und der Gemeinden sowie Gemeindeverbände. Außerdem ge-

hören die Zweckverbände, das Bundeseisenbahnvermögen, die Bundesagentur für Arbeit, die Deutsche Bundesbank, die Sozialversicherungsträger und die ausgegliederten öffentlich-rechtlichen Einrichtungen zum öffentlichen Dienst.

46 % der im Jahr 2004 im öffentlichen Dienst erwerbstätigen Frauen waren teilzeitbeschäftigt (1,1 Mill.). Bei den im öffentlichen Dienst erwerbstätigen Männern waren es lediglich 11 % (0,2 Mill.). Die Teilzeitquote im öffentlichen Dienst liegt damit sowohl bei Frauen als auch bei Männern höher als die der abhängig Erwerbstätigen in Deutschland insgesamt.

Innerhalb der verschiedenen Laufbahngruppen des öffentlichen Dienstes schwankt der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen nur leicht. 38 % der im höheren Dienst beschäftigten Frauen waren teilzeitbeschäftigt (98 000). Mit jeweils 43 % bzw. 45 % lag der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen im gehobenen (341 000) und im mittleren Dienst (497 000) etwas höher. Unter den im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiterinnen lag der Teilzeitanteil bei 71 % (138 000).

Zwei Drittel der Mütter sind erwerbstätig

Im März 2004 gab es in Deutschland rund 11,6 Mill. Frauen und 9,9 Mill. Männer im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), die mit mindestens einem leiblichen, Stief- oder Adoptivkind in einem gemeinsamen Haushalt lebten. 7,4 Mill. dieser Mütter und 8,5 Mill. dieser Väter waren erwerbstätig. Von ihnen waren 7,1 Mill. Mütter und 8,4 Mill. Väter aktiv erwerbstätig, d. h. sie übten den Beruf zum Zeitpunkt der Befragung tatsächlich aus und waren nicht – z. B. wegen Elternzeit – vorübergehend vom Arbeitsplatz abwesend. Damit betrug die Erwerbstätigenquote der aktiv erwerbstätigen Mütter – d. h. der prozentuale Anteil der aktiv Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe – 61 % im März 2004, während sie für Väter mit 85 % deutlich höher lag.

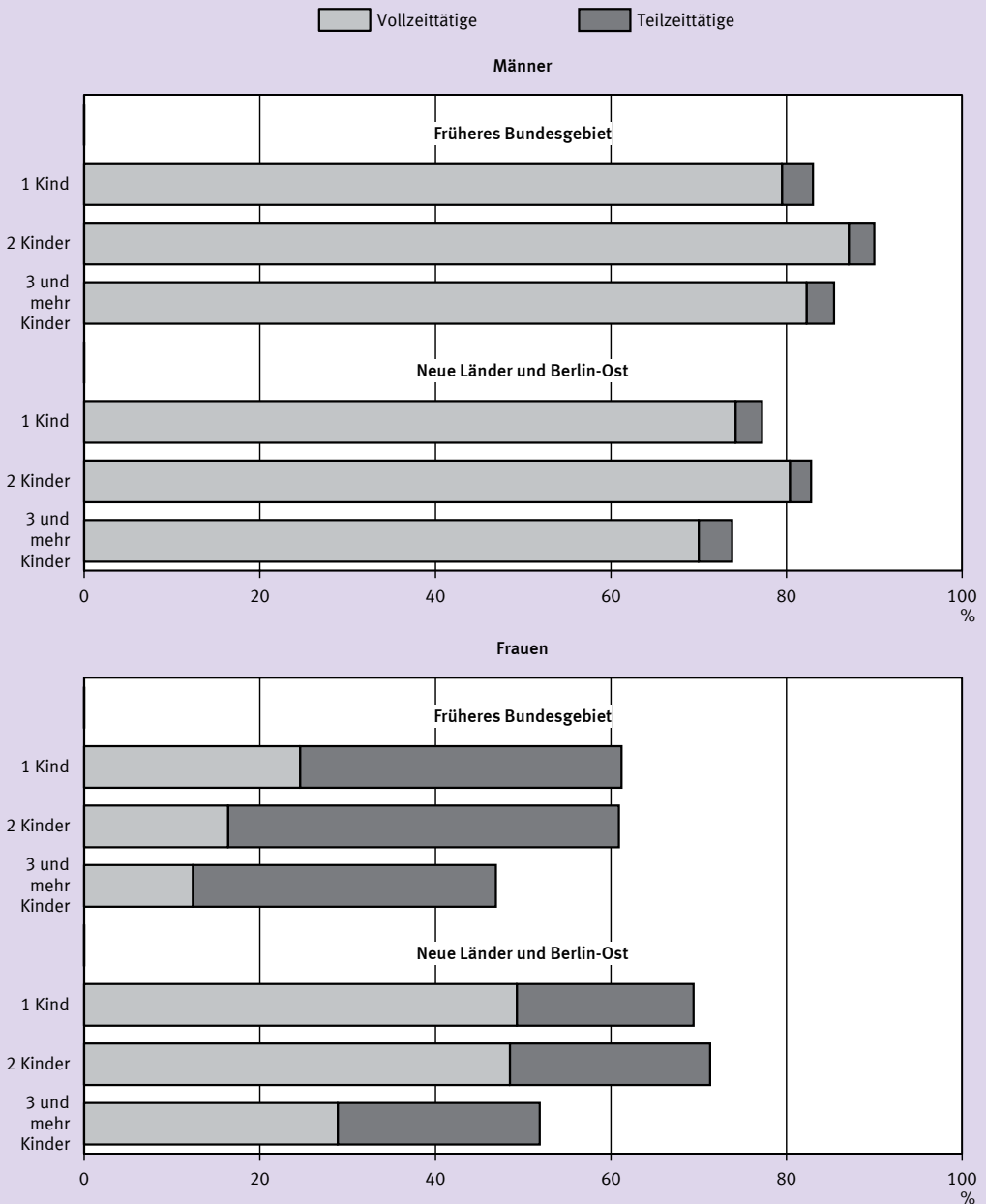
Deutliche Unterschiede in der aktiven Erwerbsbeteiligung zeigt ein Vergleich der Erwerbstätigenquoten von Frauen ohne und mit Kindern im Haushalt nach dem Alter der Frau. Frauen mit Kindern im Haushalt schränken ihre Berufstätigkeit bis zum Alter von 40 Jahren merklich ein. Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede bei 21- bis 30-jährigen Frauen ohne und mit Kindern im Haushalt: Hier erreichte die Differenz der Erwerbstätigenquoten der Frauen ohne und mit Kindern im Haushalt 42 % im März 2004.

Sind Kinder zu betreuen, so schränken insbesondere Mütter im früheren Bundesgebiet die Erwerbstätigkeit zeitlich ein. Gemeinsam ist in beiden Teilen Deutschlands ein Rückgang des Anteils vollzeittätiger zugunsten teilzeittätiger Mütter. So betrug die Teilzeitquote – also der Anteil der sich bei der Befragung selbst als aktiv in Teilzeit erwerbstätig einstuftenden Mütter an allen Müttern – im März 2004 im früheren Bundesgebiet rund 39 %, in den neuen Ländern und Berlin-Ost war sie mit 21 % rund halb so groß. Gleichzeitig lag die Vollzeitquote der Mütter im früheren Bundesgebiet mit 20 % deutlich niedriger als die von Müttern in den neuen Ländern und Berlin-Ost (48 %).

Trotz eines leichten Anstiegs bei den Vätern ist die Teilzeitbeschäftigung nach wie vor eine Domäne der Frauen, speziell der (westdeutschen) Mütter. Während in Deutschland die Vollzeitquote der aktiv erwerbstätigen Väter mit 82 % im März 2004 vergleichsweise hoch war, lag deren Teilzeitquote nur bei 3 %. Im Gegensatz zu Müttern variiert die Erwerbsbeteiligung von Vätern – ob als Teil- oder als Vollzeittätigkeit ausgeübt – nur moderat mit der Kinderzahl.

Die aktive Erwerbsbeteiligung von Müttern – ob als Teil- oder als Vollzeittätigkeit ausgeübt – variiert dagegen deutlich mit der Kinderzahl. Je mehr Kinder zu betreuen sind, umso seltener sind Mütter aktiv erwerbstätig. Spätestens mit dem dritten Kind im Haushalt gibt ein beträchtlicher Teil der Mütter den Beruf (zumindest vorübergehend) auf. Während die Vollzeittätigkeit der Mütter im früheren Bundesgebiet schritt-

Abb. 3.2: Erwerbstätigenquoten¹⁾ von Männern und Frauen mit Kindern im März 2004²⁾



1) Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahren). – 2) Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung (Konzept der Lebensformen). Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit). Kinder: In einer Eltern-Kind-Gemeinschaft lebende ledige Kinder.

weise mit jedem weiteren Kind abnimmt, geht sie bei Müttern in den neuen Ländern und Berlin-Ost erst mit dem dritten Kind deutlich zurück (siehe Abbildung 3.2). Dennoch sind Mütter in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit drei und mehr Kindern mit 29 % mehr als doppelt so häufig vollzeittätig als Mütter im früheren Bundesgebiet (12 %).

Abbildung 3.2 veranschaulicht die Erwerbstätigenquoten jeweils von Frauen und Männern mit Kindern in Abhängigkeit von der Kinderzahl.

Arbeitslosenquote der Frauen niedriger als die der Männer

Im Durchschnitt des Jahres 2004 waren 1,9 Mill. Frauen bei den Arbeitsämtern als Arbeitslose gemeldet, insgesamt waren es 4,38 Mill. Personen. Frauen stellen damit etwas weniger als die Hälfte (44 %) aller Arbeitslosen.

Zu den Arbeitslosen zählen nach den Definitionen des Sozialgesetzbuches alle Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine kurzzeitige Beschäftigung ausüben. Weitere Kriterien sind die Verfügbarkeit und die persönliche Meldung (Registrierung) bei der zuständigen Arbeitsagentur. Darüber hinaus werden arbeitsunfähig Erkrankte und Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, nicht zu den Arbeitslosen gezählt. Die Daten über registrierte Arbeitslose ermöglichen Untersuchungen für die nationale Arbeitsmarktbeobachtung, sind aber wegen der unterschiedlichen Definitionen der Arbeitslosigkeit auf Grund der jeweiligen Gesetz-

gebungen und Verwaltungspraktiken in den Ländern in ihrer Aussagekraft für internationale Niveauvergleiche stark eingeschränkt. Aus diesem Grund werden für internationale Vergleiche die Erwerbslosen nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO-Konzept) verwendet. Die Begriffe „Arbeitslose“ und „Erwerbslose“ sind nicht miteinander vergleichbar. Im Unterschied zu den registrierten Arbeitslosen gelten nach den internationalen Richtlinien auch Arbeit Suchende als Erwerbslose, die bei den Arbeitsagenturen nicht registriert sind, wie z.B. Personen, die ohne Einschaltung der Arbeitsagentur eine Beschäftigung suchen, Arbeit Suchende über 64 Jahre, Arbeit suchende Schüler/Studenten sowie Personen, die eine selbstständige Tätigkeit suchen. Andererseits werden registrierte Arbeitslose, die im erlaubten Umfang eine geringfügige Tätigkeit ausüben (weniger als 15 Wochenstunden), nach den ILO-Definitionen nicht als Erwerbslose sondern als Erwerbstätige eingestuft. Im Ergebnis gleichen sich die definitorischen Unterschiede teilweise aus.

Tab. 3.3: Arbeitslosenquote ¹⁾

Jahr	Deutschland		Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)		Neue Länder (einschl. Berlin)	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1995	8,5	10,6	8,0	8,3	10,4	17,8
1997	10,8	12,2	9,7	9,6	15,1	20,6
2000	9,2	10,0	7,4	7,5	15,9	18,2
2002	9,9	9,5	8,0	7,2	17,5	17,9
2004	11,0	10,1	9,0	7,8	18,5	18,4

¹⁾ Anteil der Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen (zivile Erwerbstätige plus Arbeitslose). Zu den zivilen Erwerbstätigen zählen alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschließlich Auszubildender), alle geringfügig entlohnten Beschäftigten (Minijobs), alle Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen sowie alle Beamten (ohne Soldaten).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Arbeitslosenquoten zeigen die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots an, indem sie die registrierten Arbeitslosen zu den zivilen Erwerbspersonen (zivile Erwerbstätige und Arbeitslose) in Beziehung setzen. Zu den zivilen Erwerbstätigen zählen sozial-

versicherungspflichtig Beschäftigte (einschl. Auszubildender), geringfügig entlohnte Beschäftigte, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige sowie Beamte (ohne Soldaten). Im Jahresdurchschnitt 2004 lag die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote der Frauen bei 10,1 %. Die vergleichbare Arbeitslosenquote der Männer lag dagegen mit 11 % deutlich höher.

In beiden Teilgebieten Deutschlands lagen die jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten 2004 der

der Frauen wurde im gleichen Zeitraum in Polen (19,8 %) nachgewiesen.

Frauen im Osten sind am längsten arbeitslos

Zu den aktiven Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit zur Verringerung der Arbeitslosenzahlen gehören u. a. die Förderung der beruflichen Weiterbildung und Beschäftigung schaffende Maßnahmen (z. B. Ar-

beitsbeschaffungsmaßnahmen). Frauen sollen an diesen Maßnahmen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen teilhaben.

Bei der Förderung der beruflichen Weiterbildung ist diese Maßgabe inzwischen überschritten worden. Im Durchschnitt des Jahres 2004 nahmen in Deutschland insgesamt

184 000 Personen an einer Maßnahme der beruflichen Weiterbildung teil. Etwas mehr als die Hälfte aller Teilnehmer und Teilnehmerinnen war weiblich (52 %).

In Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) fanden im Durchschnitt des Jahres 2004 insgesamt 85 700 Personen mit ungünstigen Arbeitsmarktaussichten eine zeitlich befristete Beschäftigung. 42 % dieser ABM-Arbeitsstellen in Deutschland waren mit Frauen besetzt. Im Verlauf der letzten Jahre ist dieser Anteil zurückgegangen, im Jahr 2000 lag der Frauenanteil noch bei 51 %.

Dass die Beschäftigungsaussichten für Frauen geringer sind als für Männer, zeigen die Angaben zur Dauer der Arbeitslosigkeit. Frauen waren im Jahr 2004 durchschnittlich knapp 41 Wochen arbeitslos, Männer hingegen 36 Wochen. Hinsichtlich der Dauer der Arbeits-

Tab. 3.4: Dauer der Arbeitslosigkeit

Jahr	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	Wochen					
1999	30,1	37,9	31,8	35,2	26,4	43,2
2002	30,5	38,7	30,2	34,5	31,1	48,0
2004	36,0	41,4	34,9	36,3	38,4	51,9

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Frauen unter den der Männer. Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote für Frauen 7,8 %, für Männer 9 %. In den neuen Ländern (einschl. Berlin) lag die Arbeitslosenquote der Frauen bis 2002 erheblich höher als die der Männer. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2004 zeigt jedoch, dass diese Entwicklung rückläufig ist: So lag die Arbeitslosenquote der Frauen im Jahresdurchschnitt 2004 bei 18,4 % und die der Männer bei 18,5 %. Tabelle 3.3 veranschaulicht die Arbeitslosenquoten für Frauen und Männer im Detail.

Die für den europäischen Vergleich harmonisierte Arbeitslosenquote für Frauen in Deutschland liegt für das Jahr 2004 bei 10,5 % und damit knapp über dem EU-Durchschnitt (10,2 %). Auf die niedrigste Arbeitslosenquote der Frauen kann Irland blicken, sie liegt im Jahr 2004 bei 4 %. Die höchste Arbeitslosenquote

Frauen im Erwerbsleben

losigkeit sind besonders die Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost erheblich: Frauen im früheren Bundesgebiet waren durchschnittlich 36 Wochen arbeitslos, ihre Kolleginnen in den neuen Ländern und Berlin-Ost dagegen 52 Wochen. Zwischen 1999 und 2004 hat die Dauer der Arbeitslosigkeit in beiden Teilgebieten Deutschlands sowohl bei Frauen als auch bei Männern zugenommen. Tabelle 3.4 zeigt die genannten Unterschiede.

4 Wie Frauen leben

4 Wie Frauen leben

Für die Lebensqualität eines Menschen sind die häuslichen Umstände und das Wohnumfeld meist entscheidend. Um Aussagen über die Wohnverhältnisse der Bevölkerung in Deutschland treffen zu können, werden sowohl Hauptwohnsitz als auch, sofern vorhanden, die Nebenwohnung betrachtet. Im März 2004 wurden in Deutschland 82,5 Mill. Menschen am Ort ihres Hauptwohnsitzes gezählt. 81,8 Mill. lebten nach Ergebnissen des Mikrozensus in Privathaushalten am Ort ihrer Hauptwohnung in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft, einer Paargemeinschaft ohne Kinder, allein in einem Einpersonenhaushalt oder in einer sonstigen Lebensform.

28 % dieser 81,8 Mill. Menschen in Privathaushalten waren Eltern, die minder- und volljährige Kinder versorgten (22,5 Mill.). 25 % der Bevölkerung in Privathaushalten waren Kinder (20,7 Mill.), d. h. ledige Personen ohne Altersbegrenzung, die gemeinsam mit ihren leiblichen, Stief- oder Adoptiveltern

aber keine Kinder. Zu diesen Paaren gehören sowohl Paare, die (noch) keine Kinder haben, als auch jene, deren Kinder das Elternhaus bereits verlassen haben. 17 % der Bevölkerung lebten allein in einem Einpersonenhaushalt (14 Mill. Personen). Weitere 2 % der Bevölkerung wohnten ohne eigene Kinder und ohne Lebenspartnerin oder Lebenspartner in einem Mehrpersonenhaushalt (1,5 Mill. Personen).

51 % der 81,8 Mill. Personen, die im März 2004 in Deutschland in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung lebten, waren weiblich (42,1 Mill.). 29 % von ihnen waren Ehegattin, Lebenspartnerin oder allein erziehende Mutter in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft (12,1 Mill.), während 23 % als lediges Kind in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft (9,5 Mill.) lebten. Die übrigen 48 % lebten ohne ledige Kinder (20,5 Mill.).

Weniger ledige Frauen

Generell gibt der Familienstand Auskunft über das Heirats- und Scheidungsverhalten der Bevölkerung.

Die amtliche Statistik unterscheidet zwischen Ledigen, Verheirateten (die zusammen oder getrennt leben), Geschiedenen und Verwitweten. In Deutschland waren Ende 2004 41 % der Einwohner ledig, 45 % waren verheiratet, 7 % waren verwitwet und 7 % geschieden. Der Anteil lediger Frauen an den Frauen insgesamt ist deutlich niedriger als

der lediger Männer an den Männern insgesamt, dagegen ist der Anteil verwitweter Frauen deutlich höher als der verwitweter Männer. 12 % der Frauen gegenüber 3 % der Männer sind verwitwet. Außerdem sind anteilig an der jeweiligen Geschlechtergruppe etwas mehr Frauen als Männer geschieden. Tabelle 4.1 veranschaulicht diese Angaben im Detail.

Tab. 4.1: Bevölkerung nach Familienstand 2004

Geschlecht	Insgesamt	Davon			
		ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden
1 000					
Männlich	40 354	18 262	18 458	1 100	2 533
Weiblich	42 147	15 585	18 533	4 979	3 050
Insgesamt . . .	82 501	33 847	36 991	6 079	5 584
%					
Männlich	100	45,3	45,7	2,7	6,3
Weiblich	100	37,0	44,0	11,8	7,2
Insgesamt . . .	100	41,0	44,8	7,4	6,8

in einem Haushalt wohnten. Damit lebte über die Hälfte (53 %) der Menschen in Deutschland in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft. Mit 23 Mill. Menschen lebte gut ein weiteres Viertel (28 %) der Bevölkerung in einer Paargemeinschaft (Ehepaar, nichteheliche oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft) in einem gemeinsamen Haushalt zusammen, versorgte

Neun von zehn Paaren sind Ehepaare

Obwohl das unverheiratete Zusammenleben zunimmt, überwiegen unter den Paaren immer noch die Ehepaare. Fast neun von zehn (89 %) der 21,6 Mill. Paare in Deutschland lebten im März 2004 als Ehepaar in ihrem gemeinsamen Haushalt (19,1 Mill.). Im Vergleich zu 1996 nahm der Anteil der Ehepaare an allen Paaren in Deutschland um 2 Prozentpunkte ab.

Die Zahl der Ehepaare ohne ledige Kinder im Haushalt ist in Deutschland seit 1991 um 17 % auf 9,8 Mill. Ehepaare gestiegen. Damit lebte die Hälfte der 19,1 Mill. Ehepaare im März 2004 ohne Kinder.

Im Jahr 2004 heirateten 396 000 Paare. Das waren 4,8 Eheschließungen je 1 000 Einwohner Deutschlands. Die Zahl der Eheschließungen ist damit seit 1950 um fast die Hälfte zurückgegangen, denn damals gingen noch 750 000 Paare zur standesamtlichen Trauung (11,0 Eheschließungen je 1 000 Einwohner).

Tab. 4.2: Durchschnittliches Heiratsalter lediger Frauen und Männer

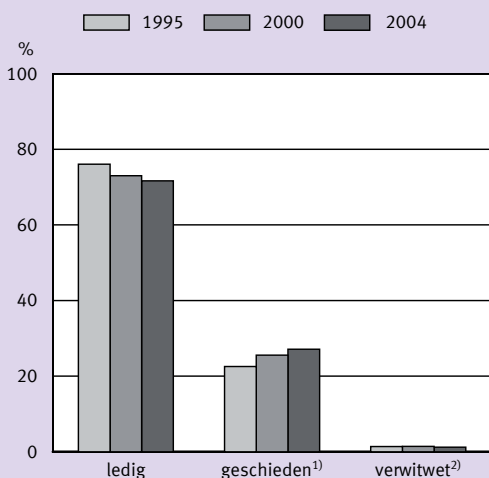
Jahr	Männer	Frauen
1994	29,4	27,1
1995	29,7	27,3
1996	30,0	27,6
1997	30,3	27,8
1998	30,6	28,0
1999	31,0	28,3
2000	31,2	28,4
2001	31,6	28,8
2002	31,8	28,8
2003	32,0	29,0
2004	32,4	29,4

Von den Frauen, die im Jahr 2004 heirateten, waren die meisten zuvor ledig (72 %). 27 % der heiratenden Frauen waren geschieden und 1 % verwitwet. Seit 1992 ist der Anteil der Frauen gesunken, die als Ledige eine Ehe eingingen (1992: 77 %). Dagegen erhöhte sich im gleichen Zeitraum der Anteil der wieder heiratenden geschiedenen Frauen (1992: 21 %). Der Anteil der verwitweten Frauen, die erneut den Bund der Ehe eingingen, blieb im gleichen Zeitraum nahezu konstant (1992: 1,5 %). Abbildung 4.1 veranschaulicht diese Entwicklung.

Das durchschnittliche Heiratsalter lediger Frauen ist in den vergangenen Jahren angestiegen. Im Jahr 2004 lag es bei 29,4 Jahren, zehn Jahre zuvor bei 27,1 Jahren (siehe Tabelle 4.2). Nach wie vor ist es deutlich niedriger als das durchschnittliche Alter der Männer bei der ersten Eheschließung (2004: 32,4 Jahre). 19 % der Frauen, die 2004 heirateten, hatten bereits vor der Eheschließung gemeinsame Kinder mit ihrem zukünftigen Ehemann.

Vor dem Hintergrund, dass über sieben Millionen Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland leben, sind auch die Staatsangehörigkeiten der Ehegatten von besonderem Interesse. Von den insgesamt 396 000 Eheschließungen im Jahr 2004 wurden 84 % zwischen zwei deutschen Staatsangehörigen geschlossen. Der Anteil der deutsch-ausländischen bzw. ausländisch-ausländischen Ehen betrug dagegen 16 %. Dieser An-

Abb. 4.1: Bisheriger Familienstand der heiratenden Frauen



1) Einschl. "frühere Ehe aufgehoben". – 2) Einschl. der Fälle, in denen der bisherige Ehepartner für tot erklärt worden ist.

Wie Frauen leben

teil an allen in Deutschland geschlossenen Ehen ist seit 1992 um 4 Prozentpunkte auf 65 500 Ehen angestiegen. Bei diesen Eheschließungen war in 50 % der Fälle die Frau Ausländerin und der Mann Deutscher, bei 36 % der Paare war dagegen die Frau Deutsche und der Mann Ausländer und 14 % waren ausländisch-ausländische Ehepaare.

Deutsche Frauen heirateten 2004 am häufigsten Staatsangehörige der Türkei (15 % der Eheschließungen mit Ausländern) und Italiens (5 %). Dem gegenüber stammten Ehefrauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die einen Deutschen heirateten, am häufigsten aus Polen (12 %), Thailand (5 %) und Russland (5 %).

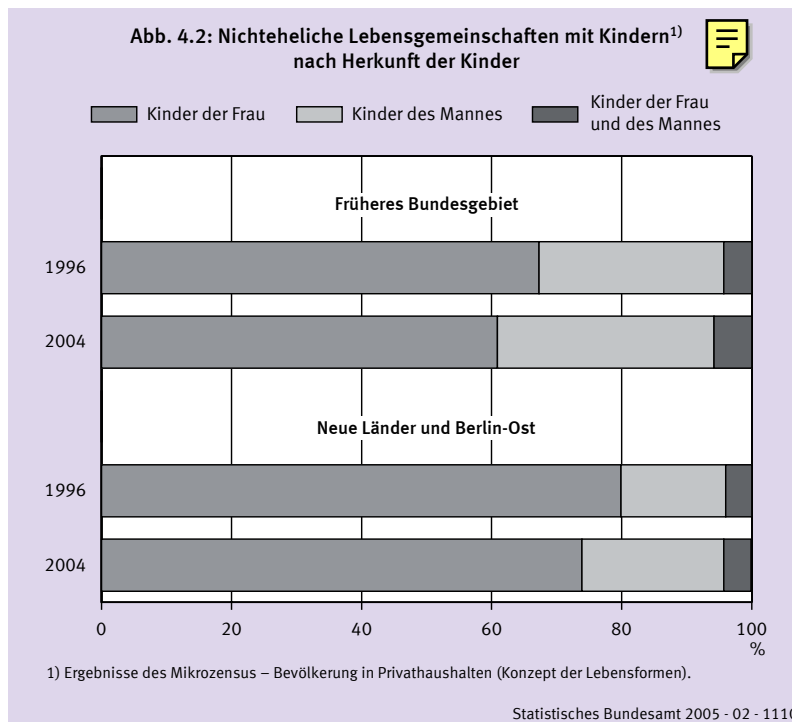
träge wurden von Frauen eingereicht, 36 % von Männern und 7 % von beiden Ehepartnern.

Je 1 000 Scheidungen im Jahr 2004 waren 790 minderjährige Kinder betroffen. Die Hälfte (50 %) der geschiedenen Ehepaare hatte keine Kinder. Dagegen hatten 27 % der 2004 geschiedenen Ehepaare ein, 18 % zwei und 5 % drei und mehr Kinder.

Immer mehr nichteheliche Lebensgemeinschaften

In Deutschland ist die Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften seit 1996 um rund ein Drittel (34 %) auf 2,4 Mill. im Jahr 2004 gestiegen. Bei 765 000 dieser Lebensgemeinschaften lebten im März 2004 ledige Kinder (32 %).

Nach wie vor sind es überwiegend die Frauen, die Kinder in eine nichteheliche Lebensgemeinschaft mitbringen. In 66 % der 765 000 nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit ledigen Kindern wuchsen im März 2004 ausschließlich Kinder der Frau auf. In weiteren 29 % dieser Lebensgemeinschaften wuchsen ausschließlich Kinder des Mannes auf. In 5 % aller nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern lebten Kinder der Frau und des Mannes. Allerdings lässt der Mikrozensus als



Im Jahr 2004 wurden fast 214 000 Ehen geschieden. Der Antrag auf Ehescheidung wurde dabei von Frauen häufiger gestellt als von Männern: 57 % aller An-

Quelle keine Rückschlüsse zu, ob es sich hierbei um gemeinsame Kinder der nichtehelichen Lebenspartner handelt. Abbildung 4.2 veranschaulicht die hier ge-

schilderten Zusammenhänge für das frühere Bundesgebiet sowie für die neuen Länder und Berlin-Ost.

Fast die Hälfte der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften von Frauen geführt

Seit 1996 wird im Mikrozensus allen nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandten Haushaltsmitgliedern die freiwillig zu beantwortende Frage gestellt: „Sind Sie Lebenspartner(in) der ersten Person?“. Diese Frage ermöglicht neben nichtehelichen Lebensgemeinschaften (Paare unterschiedlichen Geschlechts) auch gleichgeschlechtlichen Paaren anzugeben, ob eine Lebensgemeinschaft vorliegt. Voraussetzung für die Einstufung als gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft ist die gemeinsame Haushaltsführung.

Auf der Grundlage dieser Frage zur Lebenspartnerschaft weist der Mikrozensus für das Jahr 2004 rund 56 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften aus. Auf Grund der geringen Fallzahlen und der Freiwilligkeit der Auskünfte sind die Ergebnisse dieser Frage zur Lebenspartnerschaft jedoch mit Vorsicht zu interpretieren. Sie dürften eher eine untere Grenze für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften in Deutschland angeben. Fast die Hälfte (46 %) der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften wurden im März 2004 von Frauen geführt (26 000).

Mehr als vier Fünftel der allein Erziehenden sind Frauen

Zu den allein Erziehenden gehören Väter oder Mütter, die ohne Lebenspartnerin oder Lebenspartner mit ihren Kindern in einem Haushalt zusammen leben.

Im März 2004 lebten in Deutschland 2,5 Mill. allein Erziehende mit Kindern. Jede fünfte (20 %) aller 12,5 Mill. Eltern-Kind-Gemeinschaften in Deutschland bestand damit aus einer/einem allein Erziehenden

und ihren bzw. seinen Kindern. 1996 lebten noch 2,2 Mill. allein Erziehende mit Kindern in Deutschland, das waren 12 % weniger als heute.

Unter den allein Erziehenden überwiegen in Deutschland nach wie vor deutlich die Mütter, mit einem Anteil von 85 % im März 2004.

24 % der allein erziehenden Mütter waren ledig, im Gegensatz dazu waren aber nur 11 % der allein erziehenden Väter ledig. Zu den verwitweten allein Erziehenden zählten im März 2004 etwa jede vierte Mutter (22 %) und etwa jeder dritte Vater (29 %). 15 % der allein erziehenden Mütter und 18 % der allein erziehenden Väter waren verheiratet, aber getrennt lebend. Auf nahezu gleichem Niveau liegen bei den allein erziehenden Müttern und Vätern die Anteile der Geschiedenen (39 % bzw. 42 %). Somit waren die geschiedenen allein Erziehenden unter beiden Geschlechtern am häufigsten vertreten.

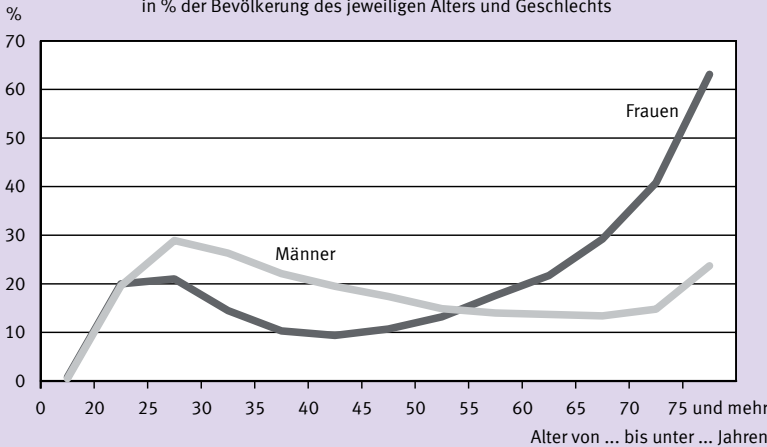
Über 63 % der allein Erziehenden zogen im März 2004 in Deutschland minderjährige Kinder groß, 1996 waren es 58 %.

Jede fünfte Frau lebt allein

Zu den allein lebenden Personen zählen im Mikrozensus alle Personen am Hauptwohnsitz, die allein wohnen und wirtschaften. Im März 2004 traf dies auf 17 % der 81,8 Mill. am Hauptwohnsitz lebenden Menschen zu (14 Mill.). 57 % aller allein Lebenden waren Frauen (8 Mill.). Für Frauen lag der prozentuale Anteil der allein Lebenden an der Bevölkerung (Alleinlebendenquote) mit 19 % über der Alleinlebendenquote für Männer (15 %). D. h. jede fünfte Frau, dagegen nur jeder siebte Mann, lebte allein.

Während im März 2004 in Deutschland Frauen jüngeren und mittleren Alters (25 bis 54 Jahre) seltener allein lebten als Männer gleichen Alters, lebten ältere Frauen (ab 55 Jahren) wesentlich häufiger allein als ältere Männer. Bei älteren Frauen steigt die Alleinle-

Abb. 4.3: Anteil der allein Lebenden im März 2004¹⁾
in % der Bevölkerung des jeweiligen Alters und Geschlechts



1) Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Privathaushalten (Konzept der Lebensformen). – Ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Personen, die nicht - mehr - bei den Eltern wohnen, keine ledigen Kinder - mehr - im Haushalt haben und allein (in Einpersonenhaushalten) leben.

Statistisches Bundesamt 2005 - 02 - 1111

bendenquote mit zunehmendem Alter rasch und stark an. Für Männer bleibt sie bis zum 75. Lebensjahr relativ konstant und nimmt erst dann deutlich zu (siehe Abbildung 4.3).

Besonders stark waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den 75-Jährigen und Älteren. Für Frauen im Alter von 75 Jahren und mehr erreichte die Alleinlebendenquote mit 63 % das 2,6-fache Niveau des entsprechenden Vergleichswertes für Männer dieses Alters (24 %). Ausschlaggebend für das starke Auseinanderdriften der weiblichen und männlichen Alleinlebendenquoten im höheren Alter ist u. a. die deutlich höhere Lebenserwartung von Frauen im Vergleich zu der von Männern.

Verheiratete Frauen bekommen ihr erstes Kind mit 30 Jahren

12,1 Mill. Frauen versorgten im März 2004 in Deutschland als Ehegattin, Lebenspartnerin oder allein erzie-

hende Mutter einer Eltern-Kind-Gemeinschaft ledige Kinder im Haushalt.

Im Jahr 2004 bekamen verheiratete Frauen in Deutschland ihr erstes Kind mit durchschnittlich 29,6 Jahren. Das zweite Kind bekamen Mütter mit 31,3 Jahren und das dritte mit 32,8 Jahren. Verheiratete Frauen im früheren Bundesgebiet bekamen ihr erstes und zweites Kind später als verheiratete Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Das dritte und weitere Kinder bekamen verhei-

ratete Frauen im früheren Bundesgebiet etwas früher als verheiratete Frauen in den neuen Ländern.

Frauen bekommen heute ihre Kinder später als noch vor 10 Jahren. Die meisten Kinder wurden im Jahr 2004 von 30- bis 34-jährigen Müttern geboren (31 %), 1991 waren es noch die 25- bis 29-jährigen Mütter. Sie gebaren damals 39 % aller Kinder. Heute liegt der Anteil der Kinder, die von 25- bis 29-jährigen Müttern geboren werden, mit 28 % immer noch sehr hoch. Die Zahlen von 2004 zeigen ferner, dass gegenüber 1991 ebenso der Anteil der Kinder gesunken ist, die

Tab. 4.3: Lebendgeborene nach dem Alter der Mutter

Alter der Mutter von ... bis ... Jahren	1994	2004	1994	2004
	Anzahl		%	
unter 20	20 663	19 981	2,7	2,8
20 - 24	133 825	110 106	17,4	15,6
25 - 29	288 016	195 504	37,4	27,7
30 - 34	237 956	220 142	30,9	31,2
35 - 39	76 203	133 695	9,9	18,9
40 - 44	12 337	25 197	1,6	3,6
45 - 49	553	973	0,1	0,1
50 und älter	42	24	0,0	0,0

von 20- bis 24-jährigen Müttern geboren werden. Andererseits ist der Anteil der Kinder gestiegen, die von 35- bis 39-jährigen Müttern geboren werden (19 % gegenüber 8 % im Jahr 1991). Tabelle 4.3 veranschaulicht diese Entwicklungen im Detail.

Die Hälfte aller Kinder unter 8 Jahren besuchten eine Tageseinrichtung

Tageseinrichtungen für Kinder, insbesondere Kindergärten, haben sich in den vergangenen Jahrzehnten zu unverzichtbaren Einrichtungen entwickelt. Vor allem aufgrund der Berufstätigkeit von Frauen und wegen veränderter Familienstrukturen besteht ein hoher Bedarf an Betreuungsformen für Kinder außerhalb der Familie. Im März 2004 lag die Erwerbstätigenquote der Frauen mit minderjährigen Kindern bei 63 %, jede fünfte Eltern-Kind-Gemeinschaft war im März 2004 allein erziehend (20 %) und in knapp zwei Drittel dieser allein erziehenden Eltern-Kind-Gemeinschaften lebten minderjährige Kinder (63 %).

Gut die Hälfte (51 %) der Kinder unter 8 Jahren, die noch keine Schüler waren, besuchten im März 2004 in Deutschland eine Kinderkrippe, einen Kindergarten oder einen Kinderhort. Dabei besuchten Kinder im Alter von 5 Jahren weitaus häufiger eine dieser Einrichtungen (90 %), als Kinder unter 3 Jahren (11 %).

In den neuen Ländern und Berlin-Ost besuchten weitaus mehr Kinder unter 8 Jahren, die noch nicht zur Schule gingen, eine

Kinderkrippe, -garten oder -hort (65 %) als im früheren Bundesgebiet (49 %).

Vor allem bei den jüngeren Kindern gibt es gravierende Unterschiede in der außerfamiliären Betreuung zwischen Kindern im früheren Bundesgebiet und denen in den neuen Ländern und Berlin-Ost (siehe Tabelle 4.4). Während im März 2004 im früheren Bundesgebiet 7 % der Kinder unter 3 Jahren eine Kinderkrippe oder einen Kindergarten besuchten, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost 37 %. In diesem Zusammenhang steht auch die höhere Erwerbstätigenquote der Mütter in den neuen Ländern und Berlin-Ost bis zur Geburt des dritten Kindes gegenüber den Müttern im früheren Bundesgebiet. Im Unterschied zu den unter 3-jährigen besuchten sowohl im März 2004 im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost 90 % der 5- bis unter 6-jährigen Kinder einen Kindergarten oder Kinderhort.

Tab. 4.4: Kinder in Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorten im März 2004¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
		1 000	
Kinder unter 8 Jahren insgesamt ²⁾	4 912	4 219	694
darunter in Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorten:	2 513	2 065	448
davon:			
unter 3 Jahren	226	113	114
3 Jahre	469	380	89
4 Jahre	647	554	93
5 Jahre	679	594	85
6 bis unter 8 Jahren	492	424	68
		% ³⁾	
Kinder unter 8 Jahren insgesamt ²⁾	100	100	100
darunter in Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorten:	51,2	48,9	64,6
davon:			
unter 3 Jahren	11,0	6,5	37,1
3 Jahre	61,1	57,8	81,7
4 Jahre	83,6	83,1	86,9
5 Jahre	89,7	89,6	89,5
6 bis unter 8 Jahren	88,2	88,0	89,5

1) Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung am Familienwohnsitz. – 2) Ohne Kinder, die bereits die Schule besuchen. – 3) Bezogen auf jeweils 100 Kinder der gleichen Altersgruppe, ohne Kinder, die bereits die Schule besuchen.

Unbezahlte Arbeit nach wie vor Frauensache

In den folgenden Abschnitten dieses Kapitels werden Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes vorgestellt. Diese in den Jahren 2001/2002 zum zweiten Mal durchgeführte Stichprobenerhebung diente dazu, Informationen über ihre Zeitverwendung in verschiedenen Lebensbereichen zu gewinnen. Hierfür wurden mehr als 12 000 Personen in rund 5 400 Haushalten befragt. Die ausgewählten Personen mussten älter als 10 Jahre sein. Das erste Mal wurde die Zeitbudgeterhebung in den Jahren 1991/1992 durchgeführt.

Die bezahlten Arbeitsstunden, welche die Bevölkerung in Deutschland erbringt, fließen in jedem Quartal in die Größe des Bruttoinlandsprodukts ein. Frauen verbringen pro Woche durchschnittlich 12 Stunden mit bezahlter Arbeit, zu der in der Zeitbudgeterhebung auch Arbeitsuche und Wegezeiten gezählt werden. Sie verbringen damit deutlich weniger Zeit mit Erwerbsarbeit als Männer (22 ½ Stunden).

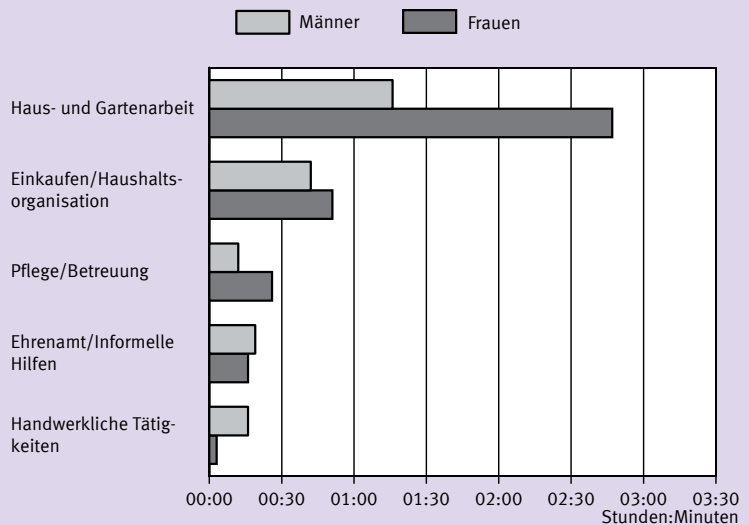
Doch gearbeitet wird nicht nur gegen Bezahlung. Unbezahlte Arbeit wird in beträchtlichen Umfang in den privaten Haushalten von und für Familienmitglieder erbracht. Frauen leisten mit knapp 31 Stunden pro Woche deutlich mehr unbezahlte Arbeit als Männer (19 ½ Stunden). Dabei werden zur unbezahlten Arbeit im Rahmen der Zeitbudgeterhebung Haus- und Gartenarbeit, handwerkliche Tätigkeiten, Einkaufen, Haushaltsplanung, Pflege und Betreuung von

Personen, ehrenamtliche Tätigkeiten sowie unentgeltliche soziale und informelle Hilfeleistungen gerechnet.

Unter dem Strich zeigt sich, dass Frauen und Männer zusammen mehr Zeit für unbezahlte Tätigkeiten in Haushalt und Familie aufbringen als für bezahlte Arbeiten. In Zahlen bedeutet das, dass über die ganze Woche verteilt alle Personen ab 10 Jahren durchschnittlich gut 25 Stunden unbezahlt, aber 17 Stunden gegen Bezahlung arbeiten. Frauen verbringen mit durchschnittlich 43 Stunden pro Woche etwa eine Stunde länger mit unbezahlter und bezahlter Arbeit als Männer.

Betrachtet man die einzelnen Tätigkeiten, die zur unbezahlten Arbeit gerechnet werden, ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Den weitaus größten Teil der Zeit für unbezahlte Arbeit nimmt die „Haus- und Gartenarbeit“ in Anspruch. 63 % ihrer unbezahlten Arbeitszeit widmen Frauen diesen Tätigkeiten (2 ¾ Stunden täglich), Männer lediglich 46 % (1 ¼ Stunden). Zur „Haus- und Gar-

Abb. 4.4: Unbezahlte Arbeit von Frauen und Männern 2001/2002



Statistisches Bundesamt 2005 - 02 - 1112

tenarbeit“ zählen Kochen, Spülen, Reinigen von Haus bzw. Wohnung, Wäschepflege, Tier- und Pflanzenpflege. Frauen sind mit Wäschepflege z. B. täglich über eine halbe Stunde beschäftigt, Männer dagegen nur 2 Minuten. Auch das Einkaufen und die Haushaltsorganisation nehmen viel Zeit in Anspruch: Bei den Frauen 20 % (51 Minuten), bei den Männern 26 % ihrer Zeit für unbezahlte Arbeit (42 Minuten). Frauen wenden 10 % ihrer unbezahlten Arbeit für die Betreuung und Pflege von Kindern und erwachsenen Haushaltsmitgliedern auf (26 Minuten). Männer verbringen mit dieser Tätigkeit 7 % ihrer Zeit für unbezahlte Arbeit (12 Minuten). Dagegen investieren Frauen weniger Zeit in handwerkliche Tätigkeiten und in Ehrenämter bzw. unentgeltliche soziale und informelle Hilfeleistungen als Männer (19 Minuten gegenüber 35 Minuten der Männer). Abbildung 4.4 veranschaulicht die unterschiedlichen Schwerpunkte von Frauen und Männern bei unbezahlten Tätigkeiten im Jahr 2001/2002.

Frauen mit Kindern reduzieren ihre Erwerbstätigkeit und freie Zeit

Erwerbstätige Frauen mit Kindern (unter 18 Jahren), die in Paarhaushalten leben, haben im Vergleich zu erwerbstätigen Frauen ohne Kinder geringere Erwerbszeiten, da sie in größerem Maße eine Teilzeitbeschäftigung bzw. eine geringfügige Beschäftigung ausüben. Sie wenden im Durchschnitt aller Wochentage mit gut 3 Stunden pro Tag rund 1 ¼ Stunden weniger Zeit für Erwerbstätigkeit auf. Um Familie und Beruf vereinbaren zu können, verwenden erwerbstätige Mütter weniger Zeit für bezahlte Arbeit.

Neben ihrer Erwerbstätigkeit leisten erwerbstätige Frauen mit Kindern täglich gut 5 ¼ Stunden unbezahlte Arbeit, wovon auf die Kinderbetreuung 1 ¼ Stunden entfallen. Den höheren Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit und Familie – verglichen mit erwerbstätigen Frauen in Paarhaushalten ohne Kinder – gleichen erwerbstätige Mütter durch weniger Freizeitaktivitäten

Tab. 4.5: Zeitverwendung von Frauen und Männern in Paarhaushalten 2001/2002

Arbeitsbereich	Mit Kindern unter 18 Jahren				Ohne Kinder	
	beide erwerbstätig		Mann erwerbstätig		beide erwerbstätig	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	Stunden : Minuten					
Erwerbstätigkeit	5:51	3:06	5:33	0:09	5:25	4:28
Unbezahlte Arbeit	2:48	5:22	3:11	7:33	2:33	3:26
darunter:						
Haus- und Gartenarbeit	1:03	2:58	1:01	3:52	1:09	2:14
Einkaufen/Haushaltsorganisation	0:34	0:53	0:32	1:03	0:42	0:51
Kinderbetreuung	0:34	1:13	0:49	2:20	0:01	0:01
Handwerkliche Tätigkeiten	0:22	0:04	0:32	0:03	0:20	0:04
Ehrenamt/Informelle Hilfen	0:15	0:13	0:15	0:14	0:19	0:14
Soziales Leben und Unterhaltung	1:31	1:48	1:33	1:49	1:53	2:01
Sonstige Freizeitaktivitäten	3:15	2:42	3:10	2:58	3:24	2:52
Physiologische Regeneration	10:22	10:46	10:21	11:12	10:32	11:00
darunter:						
Schlafen	7:55	8:08	7:50	8:25	7:51	8:12
Essen	1:35	1:42	1:39	1:50	1:41	1:40
Körperpflege	0:49	0:54	0:49	0:54	0:57	1:03

und soziale Kontakte aus, aber auch für sich selbst (Schlafen, Essen, Körperpflege) nehmen sie sich weniger Zeit: Insgesamt haben sie jeden Tag gut eine halbe Stunde weniger Zeit für diese Bereiche als erwerbstätige Frauen ohne Kinder.

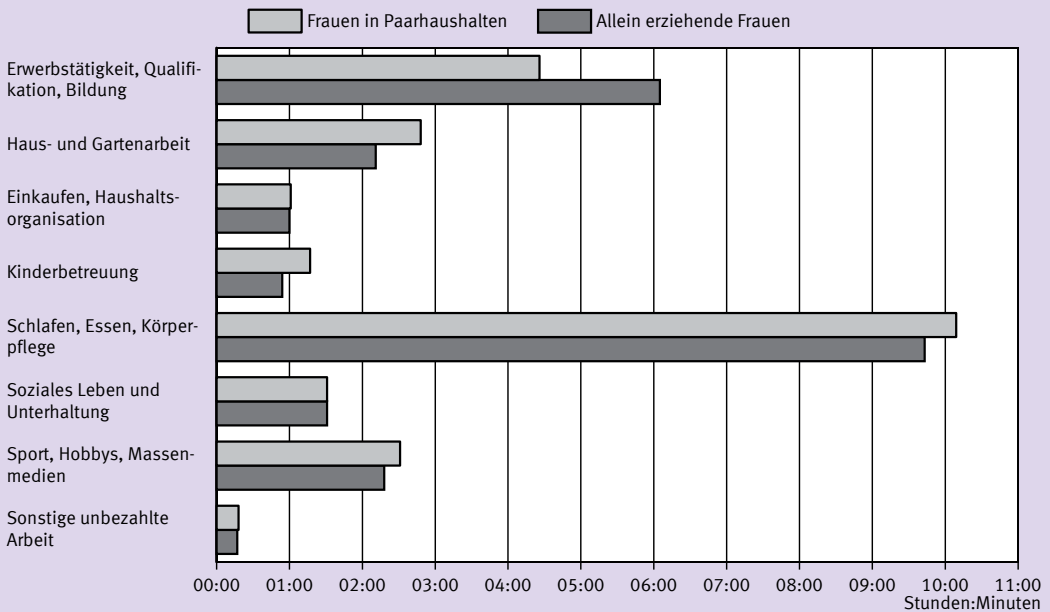
Während (in Paarhaushalten lebenden) erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 18 Jahren durchschnittlich täglich 4 ½ Stunden für typische Freizeitaktivitäten – Hobbys, Sport oder die Nutzung von Medien (allem voran das Fernsehen) – und Geselligkeit bleiben, kommen ihre männlichen Partner auf 4 ¾ Stunden pro Tag. Für erwerbstätige Mütter, die Erwerbs- und Familientätigkeit vereinbaren, führt somit – verglichen mit kinderlosen erwerbstätigen Frauen und auch mit den erwerbstätigen Vätern in Paarhaushalten – ihre umfangreichere unbezahlte Arbeit in

Haushalt und für die Familie zu geringeren Erwerbszeiten und weniger Freizeitaktivitäten.

Erwerbstätige Väter in Paarhaushalten stehen dagegen kinderlosen Männern hinsichtlich ihrer Zeit für

Sind Mütter in Paarhaushalten nicht erwerbstätig, so steigt ihre Arbeitszeit im Haushalt im Vergleich zu der erwerbstätiger Frauen ohne Kinder um 4 auf gut 7 ½ Stunden. Verglichen mit erwerbstätigen Müttern leisten sie knapp 2 ¼ Stunden mehr unbezahlte Ar-

Abb. 4.5: Zeitverwendung erwerbstätiger Frauen mit Kindern unter 18 Jahren 2001/2002



Statistisches Bundesamt 2005 - 02 - 1113

Erwerbstätigkeit in nichts nach. Sie verringern ihre Arbeitszeit, wenn minderjährige Kinder zu versorgen sind, im allgemeinen nicht (siehe Tabelle 4.5). Erwerbstätige Männer mit Kindern leisten dagegen mehr unbezahlte Arbeit als erwerbstätige Männer ohne Kinder. Bei der Haus- und Gartenarbeit unterscheidet sich der Einsatz von Männern mit und ohne Kinder dabei kaum voneinander: Rund 1 bis 1 ¼ Stunden täglich werden von ihnen geleistet. Die längere unbezahlte Arbeit ergibt sich insbesondere durch eine halbe bis Dreiviertelstunde Kinderbetreuung am Tag. Männern mit Kindern bleibt daher vor allem aufgrund von Kinderbetreuung rund eine halbe Stunde weniger für Freizeitaktivitäten und Geselligkeit.

beit. Sie verbringen allein mit Kinderbetreuung am Tag durchschnittlich 1 Stunde mehr als erwerbstätige Mütter in Paarhaushalten. Nichterwerbstätige Mütter haben eine Viertelstunde mehr Zeit für Freizeitaktivitäten und Geselligkeit als erwerbstätige Mütter, aber auch eine halbe Stunde mehr Zeit für Schlafen, Essen und Körperpflege.

Allein Erziehende täglich länger erwerbstätig als Mütter in Paarhaushalten

Der Alltag allein erziehender Frauen mit Kindern unter 18 Jahren unterscheidet sich deutlich vom Tagesab-

lauf derjenigen erwerbstätigen Mütter, die sich Beruf und Familie mit einem Partner teilen. Die allein erziehenden Frauen sind knapp $1\frac{3}{4}$ Stunden täglich länger erwerbstätig als Frauen in Paarhaushalten. Allein erziehende Frauen arbeiten dafür eine knappe Dreiviertelstunde weniger im Haushalt. Sich selbst gönnen sie noch rund eine halbe Stunde weniger für Schlafen, Essen und Körperpflege als erwerbstätige Mütter in Paarhaushalten. Auch für die Kinder bleibt weniger Zeit. Ihr Nachwuchs muss im Vergleich zu Kindern in Paarhaushalten, in denen Mütter erwerbstätig sind, auf gut eine Viertelstunde der mütterlichen Zeit verzichten und anders als Kindern in Paarhaushalten steht diesen Kindern kein Vater als zweite Bezugsperson im Familienalltag zur Verfügung (siehe Abbildung 4.5).

Mehr Zeit für kleine Kinder

Vor allem das Alter der Kinder ist entscheidend für den Betreuungsaufwand, den Eltern mit ihren Kindern haben. Bei Paaren mit Kindern unter 6 Jahren beansprucht die Kinderbetreuung über ein Drittel der gesamten unbezahlten Arbeit. Bei allein Erziehenden Frauen nimmt sie sogar 43 % ein. Bei Paaren widmen Frauen den Kindern pro Tag $2\frac{3}{4}$ Stunden ihre Hauptaufmerksamkeit, Männer knapp $1\frac{1}{4}$ Stunden. Allein erziehende Frauen geben ihren Kindern – sind sie unter 6 Jahre – insgesamt 3 Stunden täglich ihre hauptsächliche Aufmerksamkeit und damit noch gut eine Viertelstunde mehr als Mütter in Paarhaushalten, obwohl sie durch Ernährerinnenrolle und Familienaufgabe doppelt belastet sind.

Bei der Kinderbetreuung erfolgt jedoch auch vieles parallel, beispielsweise das Einkaufen mit den Kindern. Werden diese gleichzeitigen Aktivitäten berücksichtigt, steigt der Betreuungsaufwand bei den Frauen in Paarhaushalten nochmals um $1\frac{1}{4}$ Stunden, bei den Männern nur um eine knappe halbe Stunde am Tag. Dass bei allein erziehenden Frauen viele Arbeiten gleichzeitig zur Kinderbetreuung durchgeführt werden, zeigt der Umfang der Kinderbetreuung als gleich-

zeitige Aktivität: Bei den allein erziehenden Müttern liegt er mit $1\frac{1}{2}$ Stunden täglich fast 10 Minuten höher als bei den Frauen in Paarhaushalten.

Seit Beginn der 1990er-Jahre haben die Kinderbetreuungszeiten von Müttern mit Kindern unter 6 Jahren in den neuen Ländern und Berlin-Ost um fast $1\frac{1}{4}$ Stunden am Tag auf $7\frac{1}{4}$ Stunden deutlich zugenommen. Diese Entwicklung ist vor allem auf den Rückgang der außerfamiliären Betreuung von Kindern im Krippenalter und die gegenüber Anfang der 1990er-Jahre deutlich niedrigere Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern unter 6 Jahren zurückzuführen. Auch im früheren Bundesgebiet hat die Kinderbetreuungszeit von Müttern mit Kindern unter 6 Jahren um eine Dreiviertelstunde zugenommen, auf insgesamt $8\frac{3}{4}$ Stunden. Damit sind Mütter im früheren Bundesgebiet immer noch $1\frac{1}{2}$ Stunden länger mit ihren Kindern zusammen als Mütter in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

In welcher Weise sich Frauen und Männer die Kinderbetreuung teilen, hängt stark von der Erwerbstätigkeit der Partnerin bzw. des Partners ab. Erwerbstätige Frauen mit Kindern unter 6 Jahren wenden für die Betreuung ihres Nachwuchses mit $2\frac{1}{4}$ Stunden doppelt so viel Zeit auf wie erwerbstätige Männer, nicht erwerbstätige Frauen mit $3\frac{1}{4}$ Stunden sogar etwa das Dreifache. Mit steigendem Alter der Kinder reduziert sich die Betreuungszeit spürbar.

5 Finanzielle Situation von Frauen

5 Finanzielle Situation von Frauen

Personen können ihren Lebensunterhalt auf ganz unterschiedliche Weise abdecken: durch Erwerbstätigkeit, mittels Unterstützung von Angehörigen, mit Hilfe von Renten und Pensionen, Arbeitslosengeld oder -hilfe sowie aus sonstigen finanziellen Leistungen (u. a. Vermietung, Sozialhilfe, BAföG). Auffallend sind dabei die deutlichen Unterschiede zwischen Frauen und Männern: Mit einem Anteil von fast 36 % war die Abhängigkeit der weiblichen Bevölkerung von Leistungen durch Angehörige im März 2004 wesentlich größer als bei den männlichen Personen, von denen nur ein knappes Viertel (22 %) vorwiegend auf diese Unterhaltsquelle angewiesen war. Der überwiegende Lebensunterhalt ist definiert als die Unterhaltsquelle, aus der der Befragte hauptsächlich die Mittel zur Bestreitung seiner Ausgaben bezieht. Bei mehreren Unterhaltsquellen wird nur die wesentlichste Quel-

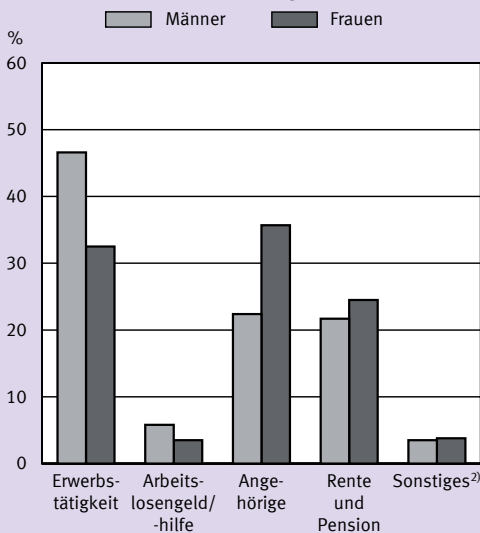
le erfasst. Abbildung 5.1 veranschaulicht die Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts für die Bevölkerung Deutschlands.

Jede siebte erwerbstätige Frau kann ihren überwiegenden Lebensunterhalt nicht aus ihrer Erwerbstätigkeit bestreiten

Eine Betrachtung der erwerbstätigen Bevölkerung zeigt, dass Frauen seltener als Männer ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbseinkommen decken. Auch bei erwerbstätigen Frauen ist die Abhängigkeit von der Unterstützung durch Angehörige wesentlich größer als bei männlichen Personen. Von den insgesamt 16,0 Mill. erwerbstätigen Frauen in Deutschland bestritten im März 2004 86 % ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbstätigkeit, bei den erwerbstätigen Männern waren es mit 95 % deutlich mehr. Entsprechend waren knapp 11 % der erwerbstätigen Frauen (1,7 Mill.) und nur 2 % der Männer auf eine Unterstützung durch Angehörige angewiesen. Der Anteil derjenigen, die zwar eine Erwerbstätigkeit ausübten, aber ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Arbeitslosengeld bzw. -hilfe oder Rente bzw. Pension und sonstigen Einkünften (z. B. eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Sozialhilfe, Leistungen aus einer Pflegeversicherung und sonstige Unterstützung wie z. B. Stipendium) bezogen, war bei beiden Geschlechtern relativ gering (Frauen 3,7 %, Männer 2,8 %).

Bei den Erwerbslosen, die sich gemäß ILO-Konzept in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d.h. innerhalb von zwei Wochen, für eine Aufnahme einer solchen Tätigkeit zur Verfügung stehen, sehen die Unterschiede in der Deckung des Lebensunterhalts zwischen Frauen und Männern ähnlich aus. 65 % der insgesamt 1,8 Mill. erwerbslosen Frauen im März 2004 konnten ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Arbeitslosengeld bzw. -hilfe decken. Bei den Männern waren es mit 79 % deutlich mehr. Auf Unterstützung durch Angehörige waren dagegen 24 % der erwerbslosen Frau-

Abb. 5.1: Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts der Bevölkerung im März 2004¹⁾



1) Ergebnisse des Mikrozensus. – 2) Eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Altenteil; Sozialhilfe; Leistungen aus einer Pflegeversicherung und sonstige Unterstützung (z.B. BAföG, Vorruhestandsgeld, Stipendium).

en, aber nur 11 % der erwerbslosen Männer angewiesen. Knapp drei Viertel (72 %) der hauptsächlich von Leistungen Angehöriger lebenden erwerbslosen Frauen in Deutschland waren verheiratet, das heißt in diesen Fällen dürfte den Unterhaltsleistungen des Ehemannes größte Bedeutung zukommen. Der Anteil derjenigen Erwerbslosen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Rente und Pension bestritten, lag bei Frauen und Männern ähnlich niedrig (2 % bzw. 1 %). 9,5 % der erwerbslosen Frauen als auch der erwerbslosen Männer deckten ihren Lebensunterhalt durch sonstige finanzielle Einkünfte.

Im früheren Bundesgebiet war der Anteil der erwerbslosen Frauen, für die Arbeitslosengeld oder -hilfe die wichtigste Quelle ihres Lebensunterhalts ist, geringer als in den neuen Ländern und Berlin-Ost. 57 % der erwerbslosen Frauen im früheren Bundesgebiet, aber 77 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost bewerteten Arbeitslosengeld bzw. -hilfe als wichtigste Quelle ihres Lebensunterhalts. Bei den Männern gab es mit 76 % bzw. 86 % deutlich geringere West-Ost-Unterschiede.

Dagegen finanzierten 31 % der erwerbslosen Frauen im früheren Bundesgebiet ihre Lebenshaltung zum größten Teil aus Unterhaltsleistungen Angehöriger; in dieser Situation befanden sich jedoch nur 14 % der als erwerbslos eingestuften Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Bei den Nichterwerbspersonen (hierzu gehören gemäß ILO-Konzept auch die nicht sofort verfügbaren Arbeit suchenden Nichterwerbstätigen) im früheren Bundesgebiet lag der Anteil der Frauen, die durch Angehörige unterstützt wurden, mit 57 % über dem Anteil der Männer (48 %). In den neuen Ländern und Berlin-Ost hingegen erhielten 32 % der weiblichen und 40 % der männlichen Nichterwerbspersonen Leistungen ihrer Angehörigen zur Bestreitung ihres überwiegenden Lebensunterhalts.

Arbeiterinnen verdienen 26 % weniger als Arbeiter

Als Lohn oder Gehalt werden in der amtlichen Statistik alle Bruttobezüge (einschließlich Leistungs-, Sozial- und sonstige Zulagen sowie Zuschläge) der Arbeiter und Angestellten angesehen.

Im Jahr 2004 verdienten Arbeiterinnen im Produzierenden Gewerbe monatlich 1 925 Euro brutto, Arbeiter dagegen 2 596 Euro. Damit erhielten Arbeiterinnen 26 % weniger Lohn als Arbeiter im Produzierenden Gewerbe. Gegenüber 1996, als Arbeiterinnen 27 % weniger verdienten als ihre männlichen Kollegen, hat sich der Verdienstabstand zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern nur geringfügig verringert.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist der Verdienstabstand zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern geringer als im früheren Bundesgebiet. Im Jahr 2004 verdienten Arbeiterinnen im Produzierenden Gewerbe in den neuen Ländern und Berlin-Ost 22 % weniger als Arbeiter, im früheren Bundesgebiet waren es dagegen 26 % weniger.

Zur Erklärung des geschlechtsspezifischen Verdienstabstandes tragen Unterschiede in der Arbeitszeit sowie in der Ausbildung und folglich auch in den ausgeübten Tätigkeiten zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern bei. Während die Arbeiterinnen im Produzierenden Gewerbe 37,2 Wochenstunden arbeiteten, waren die Männer mit 38,0 Wochenstunden etwas länger beschäftigt.

Unterschiede in der Ausbildung sind eine weitere Ursache für den geschlechtsspezifischen Verdienstabstand. Arbeiterinnen konnten 2001 seltener einen Berufsausbildungsabschluss nachweisen als ihre männlichen Kollegen (die Angaben beziehen sich auf die Wirtschaftsbereiche Produzierendes Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister).

Finanzielle Situation von Frauen

Dies trifft insbesondere auf das frühere Bundesgebiet zu, wo nur 38 % der Arbeiterinnen, aber 69 % der Arbeiter eine Berufsausbildung abgeschlossen haben. In den neuen Ländern und Berlin-Ost besitzen dagegen 75 % der Arbeiterinnen und 84 % der Arbeiter einen Ausbildungsabschluss.

Ferner unterscheidet die Verdienststatistik bestimmte Leistungsgruppen, die Arbeiter- und Angestelltentätigkeiten nach der für die Tätigkeit notwendigen Qualifikation einteilt. Unterschiede in der Ausbildung zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern schlagen sich in dieser Eingruppierung nach Leistungsgruppen nieder. Bei den Arbeitern werden drei Leistungsgruppen unterschieden:

- Leistungsgruppe 1 umfasst Arbeiterinnen und Arbeiter, die eine Facharbeiterqualifikation besitzen (generell bezeichnet als Facharbeiter).
- Leistungsgruppe 2 umfasst solche Personen, die Tätigkeiten mit einer Anlernzeit von mindestens drei Monaten ausüben (im Folgenden als angelernte Arbeiter bezeichnet).
- Leistungsgruppe 3 gruppiert diejenigen Arbeiterinnen und Arbeiter, die Tätigkeiten mit einer Anlernzeit von weniger als drei Monaten ausführen (so genannte Hilfsarbeiter).

Arbeiterinnen im früheren Bundesgebiet sind überwiegend als Hilfsarbeiterinnen und in den neuen Ländern und Berlin-Ost überwiegend als angelernte Arbeiterinnen beschäftigt, Männer in beiden Teilen Deutschlands dagegen mehrheitlich als Facharbeiter. Ein Teil des Verdienstabstands zwischen Frauen und Männern lässt sich auf diese unterschiedlichen Tätigkeiten zurückführen. In den einzelnen Leistungsgruppen, in denen vergleichbare Tätigkeiten gebündelt werden, ist der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern niedriger als zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern insgesamt. Innerhalb aller Leistungsgruppen verdienen Frauen jedoch weniger als Männer: In der Leis-

tungsgruppe 1 18 % in Leistungsgruppe 2 20 % und in Leistungsgruppe 3 14 % weniger als Männer.

Weibliche Angestellte verdienen 29 % weniger als männliche

Weibliche Angestellte im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe erhielten im Jahr 2004 Bruttomonatsgehälter von durchschnittlich 2 672 Euro. Männliche Angestellte dieser Wirtschaftsbereiche verdienten dagegen 3 771 Euro. Damit verdienten angestellte Frauen im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe 29 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Im Vergleich zu 1996 war der Verdienstabstand im Jahr 2004 zwischen weiblichen und männlichen Angestellten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe etwas geringer. Seinerzeit hatten angestellte Frauen noch 32 % weniger verdient als ihre männlichen Kollegen.

Die unterschiedlichen Verdienste von angestellten Frauen und Männern lassen sich wie bei den Arbeiterinnen und Arbeitern weitgehend durch Unterschiede in den ausgeübten Tätigkeiten erklären. Bei den Angestellten werden im Gegensatz zu den Arbeitern nicht nur drei, sondern fünf Leistungsgruppen unterschieden:

- Leistungsgruppe I umfasst leitende Angestellte mit voller Aufsichts- und Anordnungsbefugnis.
- Leistungsgruppe II umfasst Angestellte, die Tätigkeiten mit beschränkten Anordnungsbefugnissen ausüben.
- Zur Leistungsgruppe III gehören diejenigen Angestellten, die selbstständig arbeiten und eine mehrjährige Berufserfahrung oder besondere Fach- bzw. Spezialkenntnisse aufweisen.

- Leistungsgruppe IV fasst diejenigen Angestellten zusammen, deren Tätigkeiten das Fachwissen einer Berufsausbildung erfordern.
- Leistungsgruppe V gruppiert Angestellte mit Tätigkeiten, für die ein Ausbildungsabschluss nicht erforderlich ist.

Weibliche Angestellte gehörten 2004 überwiegend den Leistungsgruppen III und IV an, männliche Angestellte dagegen überwiegend den Leistungsgruppen II und III. Angestellte Frauen üben somit stärker als ihre männlichen Kollegen Tätigkeiten mit niedrigerem Qualifikationsniveau aus. Innerhalb der Leistungsgruppen ist – wie bei den Arbeiterinnen und Arbeitern – der geschlechtsspezifische Verdienstabstand zwischen angestellten Frauen und Männern geringer. Jedoch verdienen auch angestellte Frauen innerhalb aller Leistungsgruppen weniger als angestellte Männer. Dieser geschlechtsspezifische Verdienstabstand bedeutet jedoch nicht, dass Frauen, die im selben Unternehmen die gleiche Tätigkeit wie Männer ausüben, anders bezahlt werden.

Der Verdienstabstand zwischen angestellten Frauen und Männern im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe streut in den einzelnen Leistungsgruppen zwischen 11 % und 22 %. Er war bei den leitenden Angestellten (Leistungsgruppe III) mit 22 % am höchsten.

Frauen verdienen als Verkäuferin am wenigsten

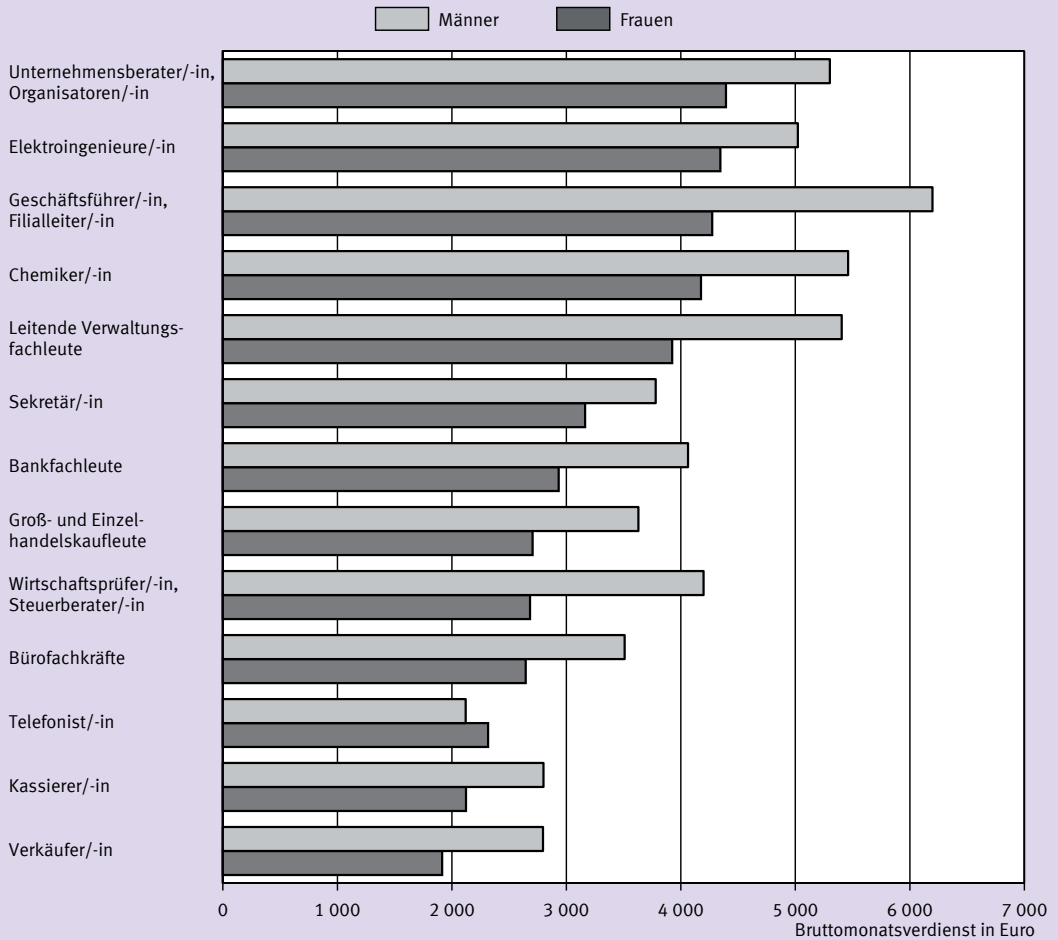
Die Verdienstunterschiede zwischen angestellten Frauen und Männern lassen sich zum Teil auch durch unterschiedliche Berufe der beiden Geschlechter erklären. Was Frauen und Männer als Angestellte in ausgewählten Berufen im Jahr 2004 verdienten, zeigt Abbildung 5.2 auf der nächsten Seite. Die Berufsgliederung in dieser Grafik richtet sich nach der Berufssystematik der Bundesagentur für Arbeit (BA). Sie differenziert i. d. R. nicht nach der Qualifikation.

So wird zwar z. B. zwischen Bürokräften und Bürohilfskräften unterschieden, andere Berufe wie z. B. sonstige Techniker sind jedoch eher Sammelpositionen ohne nähere Qualifikationsbezeichnung. Außerdem unterscheidet die Berufssystematik der BA nicht nach Leistungsmerkmalen, wie sie in der oben erwähnten Leistungsgruppenzuordnung zum Ausdruck kommen. Insofern ergänzen sich die Informationen der Leistungsgruppengliederung des Statistischen Bundesamts und der Berufsgliederung der Verdienste der BA.

Der im Jahr 2001 am häufigsten ausgeübte Beruf sowohl bei weiblichen als auch bei männlichen Angestellten war die Bürofachkraft. Frauen verdienten 2004 in diesem Beruf monatlich 2 646 Euro brutto und damit 25 % weniger als Männer (3 509 Euro). Nach den Bürofachkräften waren angestellte Frauen überwiegend als Verkäuferin (mit einem Bruttomonatsverdienst von 1 914 Euro), als Bankfachfrau (2 933 Euro), als Groß- und Einzelhandelskauffrau (2 705 Euro) und als Sekretärin (3 164 Euro) tätig. In allen hier genannten Berufen verdienten Männer zwischen 16 % und 32 % mehr als Frauen. Männer waren am zweithäufigsten als Geschäftsführer und Filialleiter tätig, wo sie mit 6 197 Euro den höchsten Bruttomonatsverdienst unter den am häufigsten ausgeübten Berufen erzielten. Neben den oben genannten Berufen waren Männer meist als Datenverarbeitungsfachmann (4 546 Euro), Bankfachmann (4 063 Euro) und sonstige Techniker (3 857 Euro) tätig. Frauen verdienten in diesen Berufen zwischen 16 % und 31 % weniger als Männer (siehe Abbildung 5.2 auf der nächsten Seite).

Die Berufe mit den höchsten Verdiensten sind bei Frauen Rechtsvertreter- und -beraterinnen, Physiker-, Physikingenieur- und Mathematikerinnen und Unternehmensberater- und Organisatorinnen und bei Männern Unternehmer, Geschäftsführer und -bereichsleiter, Rechtsvertreter- und -berater und Bergbau-, Hütten- und Gießereingenieure. Als Geschäftsführer/in bzw. Filialleiter/in erhalten Angestellte beider Geschlechter

Abb. 5.2: Verdienste¹⁾ weiblicher und männlicher Angestellter in ausgewählten Berufen 2004



1) Fortgeschätzte Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Statistisches Bundesamt 2005 - 02 - 1115

Spitzenverdienste. Frauen in diesem Beruf verdienen mit 4 274 Euro brutto im Monat 31 % weniger als Männer. Den höchsten Verdienst erzielten die Frauen mit 4 394 Euro als Unternehmensberaterin/Organisatorin. Sie verdienen damit 17 % weniger als Männer in diesem Beruf.

In den Berufen Verkäuferin, Übrige Gästebetreuer und Apothekerhelferin verdienen die Frauen im Jahr 2004

am geringsten. Diese Berufe können als typische Frauenberufe angesehen werden, denn 59 % der Verkäuferinnen und Verkäufer sowie 79 % der Kassiererinnen und Kassierer waren Frauen. Auch Männer verdienen in diesen Berufen schlechter als in anderen.

Die Ausbildung hat auf die Höhe des Verdienstes von Angestellten einen noch größeren Einfluss als bei Arbeitern. Die Verdienste der Angestellten sind ge-

nerell umso höher, je besser die Ausbildung ist. Im Jahr 2004 verdienten angestellte Frauen mit Hochschulstudium im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe durchschnittlich 4 109 Euro. Sie erhielten damit um 16 % höhere Gehälter als ihre Kolleginnen mit Fachhochschulabschluss, 35 % mehr als ihre Kolleginnen mit Abitur und 57 % mehr als ihre Kolleginnen mit Volks-, Haupt- und Realschulabschluss.

Gleichzeitig zeigten sich auch bei gleichem Ausbildungsniveau erhebliche Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern. Angestellte Frauen mit Hochschulstudium verdienten im Jahr 2004 24 % weniger als Männer mit gleichem Ausbildungsniveau. Bei den Abiturientinnen und Abiturienten lag der geschlechtsspezifische Verdienstabstand mit 26 %, bei den Fachhochschulabsolventen mit 28 % und bei den Angestellten mit Volks-, Haupt- und Realschulabschluss mit 30 % noch höher.

Im Bereich Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen verdienten sowohl Frauen als auch Männer mit den höchsten Ausbildungsabschlüssen weniger als im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe. Ihr Anteil an den Beschäftigten insgesamt war in den erstgenannten Dienstleistungsbereichen jedoch höher als in den letztgenannten Wirtschaftsbereichen. Hier hatten 14 % der Frauen und 35 % der Männer im Jahr 2001 einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss, gegenüber 8 % der Frauen und 23 % der Männer, die im

Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe tätig waren.

Trotz der hier beschriebenen Unterschiede ist zu erwarten, dass sich die geschlechtsspezifischen Verdienstunterschiede längerfristig verringern, da sich die Ausbildungsniveaus von Frauen und Männern weiter annähern werden.

Sozialhilfequote der Frauen um so höher, je jünger sie sind

Am Jahresende 2004 erhielten 1,6 Mill. Frauen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, definiert als Sozialhilfe im engeren Sinne. Frauen stellten damit 55 % aller Personen, die Sozialhilfe empfangen haben, während nur 45 % all jener, die Sozialhilfe bezogen, männlich waren. Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt dient der Deckung des Grundbedarfs vor allem an Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Heizung.

Das aus der Armen- und Wohlfahrtspflege entstandene Fürsorgeprinzip findet in der Sozialhilfe seinen Niederschlag. Die Sozialhilfe soll in Not geratenen

Tab. 5.1: Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾

Jahr	Insgesamt		Davon			
			Männer		Frauen	
	1 000	Sozialhilfequote ²⁾	1 000	Sozialhilfequote ²⁾	1 000	Sozialhilfequote ²⁾
1994	2 257,8	2,8	965,9	2,4	1 291,9	3,1
1995	2 515,7	3,1	1 088,0	2,7	1 427,7	3,4
1996	2 695,0	3,3	1 178,3	2,9	1 516,6	3,6
1997	2 893,2	3,5	1 272,3	3,2	1 620,9	3,9
1998	2 879,3	3,5	1 262,3	3,2	1 617,1	3,8
1999	2 792,5	3,4	1 218,2	3,0	1 574,2	3,7
2000	2 677,1	3,3	1 167,2	2,9	1 509,9	3,6
2001	2 698,9	3,3	1 181,6	2,9	1 517,2	3,6
2002	2 757,2	3,3	1 216,2	3,0	1 541,0	3,7
2003	2 816,2	3,4	1 259,4	3,1	1 556,8	3,7
2004	2 910,2	3,5	1 314,4	3,3	1 595,8	3,8

1) Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. – Stand: 31.12. – 2) Prozentualer Anteil der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Finanzielle Situation von Frauen

Bürgerinnen und Bürgern ohne anderweitige Unterstützung eine der Menschenwürde entsprechende Lebensführung ermöglichen. Sie wird nur dann gewährt, wenn die Betroffenen nicht in der Lage sind, sich aus eigener Kraft zu helfen und wenn Angehörige oder Träger anderer Sozialleistungen sie nicht unterstützen können.

Die Sozialhilfequote gibt den prozentualen Anteil der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger an einer bestimmten Bevölkerungsgruppe wieder. Sie lag zum Jahresende 2004 für die Gesamtbevölkerung in Deutschland bei 3,5 %. Frauen beanspruchten mit einer Quote von 3,8 % etwas häufiger Sozialhilfe als Männer (3,3 %). Ausländerinnen haben mit 9,6 % eine deutlich höhere Sozialhilfequote als deutsche Frauen (3,3 %).

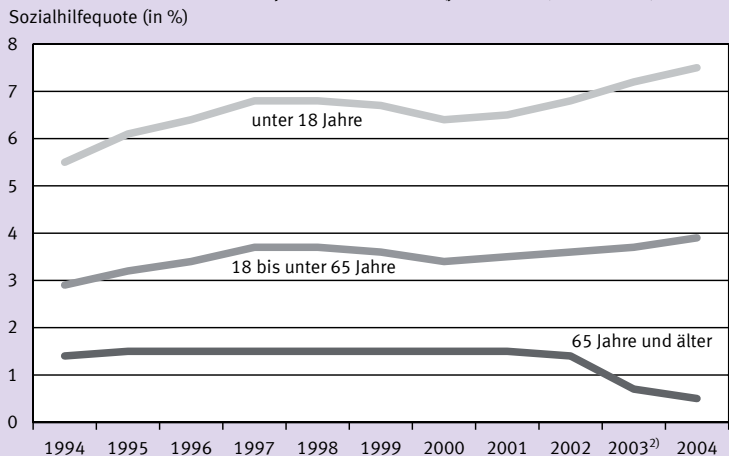
Die Sozialhilfequote der Frauen ist in den vergangenen Jahren weniger stark gestiegen als die der Männer (siehe Tabelle 5.1). Am Jahresende 1994 hatte die Sozialhilfequote der Frauen bei 3,1 % und die der Männer bei 2,4 % gelegen. Insgesamt waren am Jahresende 2004 1,6 Mill. Frauen und 1,3 Mill. Männer auf Sozialhilfe angewiesen. Am höchsten seit 1994 war die Sozialhilfequote für Frauen im Jahr 1997 (3,9 %) und für Männer im Jahr 2004 (3,3 %).

Gegenwärtig ist die Sozialhilfequote der Mädchen und Frauen um so höher, je jünger sie sind. Während die Sozialhilfequote der Frauen – insbesondere bei Minderjährigen – in den letzten zehn Jahren deutlich angestiegen ist, liegt sie bei den älteren Frauen (65 Jahre und

älter) sogar deutlich unter dem Niveau von 1994, wie Abbildung 5.3 veranschaulicht. Die deutliche Verringerung der Sozialhilfequote älterer Frauen ab 2003 hängt insbesondere mit der ab diesem Jahr eingeführten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zusammen.

Allein erziehende Frauen (360 000) sowie allein lebende Frauen (267 000) bildeten am Jahresende 2004 die größten Gruppen unter allen Empfängerinnen und Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne. Ende 2004 bezog in Deutschland jede vierte allein erziehende Frau Sozialhilfe (26 %). Dagegen bezogen nur 7 % aller allein erziehenden Männer derartige Hilfen. Ende 2004 gab es insgesamt 373 000 allein Erziehende in Deutschland, die auf Sozialhilfe im engeren Sinne angewiesen waren. 26 % der Sozialhilfeempfängerinnen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) konnten wegen häuslicher Bindung keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, dies traf jedoch lediglich auf 1 % der männlichen Sozialhilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter zu. Die Mehrzahl der Betroffenen, die bis Ende 2004 Sozialhilfe im engeren Sinne

Abb. 5.3: Sozialhilfequote¹⁾ von Frauen (jeweils am Jahresende)



1) Prozentualer Anteil der Sozialhilfeempfängerinnen an der jeweiligen Altersgruppe der Frauen. – 2) Einführung des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 1.1.2003.

erhalten, erhält ab 2005 aufgrund ihrer Erwerbsfähigkeit bzw. der Erwerbsfähigkeit ihrer mit ihnen zusammen lebenden Angehörigen diese Leistung nicht mehr, sondern kann Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende) beanspruchen.

1,6 Mill. Frauen bezogen 2004 Arbeitslosengeld oder -hilfe

Knapp 41 % aller Personen, die im Jahr 2004 Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezogen, waren Frauen (1,6 Mill.). Gegenüber 1992 (51 %) war das zwar ein erheblicher Rückgang des Anteils. Die Zahl der auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe angewiesenen Frauen ist im gleichen Zeitraum aber erheblich gestiegen, weil die Gesamtzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe gestiegen ist: Im Durchschnitt des Jahres 2004 bezogen in Deutschland rund 4 Mill. Personen Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, 1992 waren es noch deutlich weniger gewesen (2,2 Mill. Personen).

In Deutschland ist die Arbeitslosenversicherung ein Teil der Sozialversicherung. Zu den Leistungen der Arbeitslosenversicherung zählen die Zahlung von Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit und von Kurzausfallgeld bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld richtet sich nach der Dauer sowohl der Arbeitslosigkeit als auch der vorherigen Beschäftigung, während für den Bezug von Arbeitslosenhilfe vor allem die Bedürftigkeit eine Rolle spielt.

Frauenanteil unter den Arbeitslosengeldempfängern liegt bei 43 %

Mehr als 792 000 Frauen bezogen im Jahr 2004 Arbeitslosengeld. Das waren knapp 43 % der insgesamt 1,8 Mill. Arbeitslosengeldempfängerinnen und -empfänger. Mit einem Anteil von 56 % hatten die Frauen 1992 noch mehr als die Hälfte aller Personen gestellt, die auf Arbeitslosengeld angewiesen waren

(936 000 Frauen). Dies zeigt, dass zu Beginn des strukturellen Umbruchs im Osten Deutschlands Anfang der 1990er-Jahre Frauen im besonderen Maße von Arbeitslosigkeit betroffen waren.

Maßgeblich für den Rückgang des Frauenanteils ist die Entwicklung in den neuen Ländern (einschl. Berlin). Dort erfüllen aufgrund der anhaltend schwierigen Arbeitsmarktsituation viele längerfristig arbeitslose Frauen inzwischen nicht mehr die Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld. Dies zeigen die Daten für 1992 und 2004. Der Frauenanteil an den Empfängern von Arbeitslosengeld in den neuen Ländern (einschl. Berlin) lag 1992 mit 67 % erheblich über dem von 2004 (41 %).

Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) lag der Frauenanteil an den Arbeitslosengeldempfängern mit zuletzt 44 % über dem Wert in den neuen Ländern (einschl. Berlin) mit 41%. 1992 hatte er bei 45 % gelegen und war 1997 auf 40 % gesunken. Der Anstieg des Frauenanteils an den Arbeitslosengeldempfängern zwischen 1997 und 2004 weist darauf hin, dass im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) zunehmend stärker Frauen von den Arbeitsmarktproblemen betroffen sind.

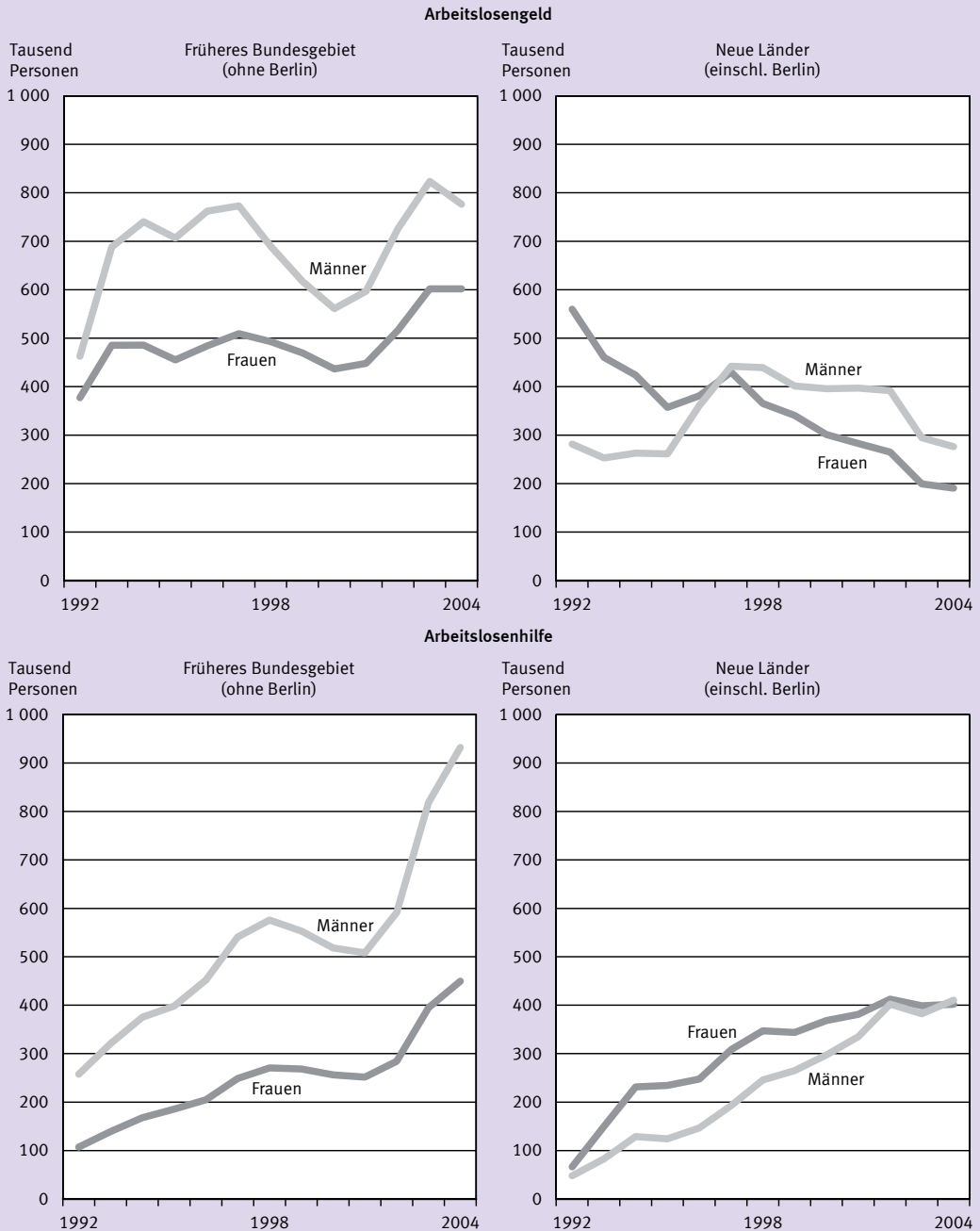
Seit 1992 ist also der Anteil der Frauen an den Arbeitslosengeldempfängerinnen und -empfängern insgesamt zurückgegangen, wobei auch die Zahl der Frau-

Tab. 5.2: Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe

Jahr	Insgesamt		Frauen	
	Anzahl		%	
Arbeitslosengeld				
1992	1 681 155	936 889	55,7	
1997	2 154 561	939 250	43,6	
2004	1 845 012	792 384	42,9	
Arbeitslosenhilfe				
1992	478 916	173 422	36,2	
1997	1 290 587	557 128	43,2	
2004	2 193 878	851 510	38,8	

Finanzielle Situation von Frauen

Abb. 5.4: Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Statistisches Bundesamt 2005 - 02 - 1117

en, die Arbeitslosengeld bezogen, gegenüber 1992 zurückgegangen ist (siehe Tabelle 5.2).

Mehr als 4,5-mal so viele Empfängerinnen von Arbeitslosenhilfe wie 1992

Der zunehmend größer werdende Kreis von Personen, die Arbeitslosenhilfe beziehen, ist ein Indiz für die anhaltenden Arbeitsmarktprobleme. Im Durchschnitt des Jahres 2004 gab es mit 852 000 Frauen mehr als 4,5-mal so viele Empfängerinnen von Arbeitslosenhilfe als 1992 (173 000 Frauen). Betrachtet man Frauen und Männer zusammen, gab es mit knapp 2,2 Mill. ebenfalls mehr als 4,5 mal so viele Empfänger von Arbeitslosenhilfe wie vor zwölf Jahren (siehe Tabelle 5.2). Arbeitslosenhilfe wird im Anschluss an eine ausgelaufene Arbeitslosengeldzahlung oder dann gewährt, wenn eine Person die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld nicht erfüllt.

Auch lag der Frauenanteil 2004 mit 39 % über dem von 1992 (36 %), seit 1997 (43%) ist er aber leicht gesunken. Ein Grund für den sinkenden Frauenanteil seit 1997 ist, dass die Anzahl der auf Arbeitslosenhilfe angewiesenen Männer stärker steigt als die der Frauen.

Seit 1992 erhöhte sich auch die Zahl der Frauen, die in den neuen Ländern (einschl. Berlin) Arbeitslosenhilfe bezogen. 1992 gab es im Osten Deutschlands rund 66 000 Empfängerinnen von Arbeitslosenhilfe, 2004 lag die Zahl bereits bei 402 000. Auch im früheren Bundesgebiet stieg die Zahl der auf Arbeitslosenhilfe angewiesenen Frauen, und zwar um mehr als das 4-fache von 107 000 Frauen 1992 auf 450 000 Frauen im Jahr 2004. Die Zahl der Frauen, die Arbeitslosenhilfe bezogen haben, ist in den letzten zwölf Jahren gestiegen, weil immer mehr Frauen die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld nicht mehr erfüllen und dann Arbeitslosenhilfe erhalten.

Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) waren 33 % der im Jahresdurchschnitt 2004 insgesamt

1 382 000 Personen mit Anspruch auf Arbeitslosenhilfe weiblichen Geschlechts, in den neuen Ländern (einschl. Berlin) stellten die Frauen im selben Jahr knapp die Hälfte (49,5 %) der insgesamt 812 000 Arbeitslosenhilfe empfangenden Personen (Abbildung 5.4). Diese unterschiedlichen Frauenanteile können auf die unterschiedliche Erwerbsbeteiligung zwischen Frauen im früheren Bundesgebiet und denen in den neuen Ländern (einschl. Berlin) zurückgeführt werden.

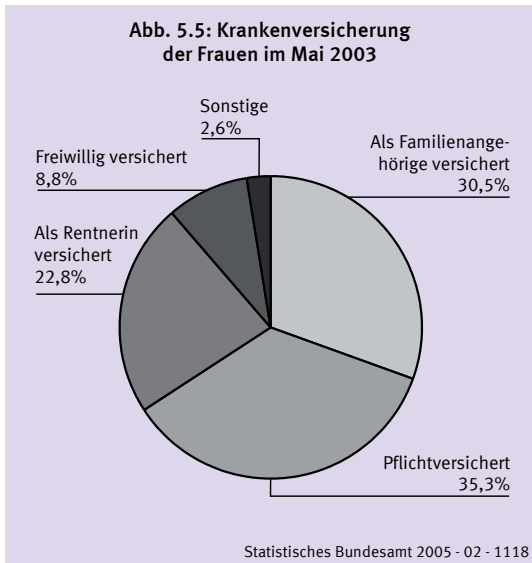
Jede dritte Frau als Familienangehörige krankenversichert

Die zu den Sozialversicherungen zählende gesetzliche Krankenversicherung basiert auf dem Gedanken gegenseitiger Hilfe durch Beitragszahlungen und durch kollektiven Risikoausgleich (Versicherungsprinzip). Den Leistungen stehen also eigene Beiträge des Versicherten gegenüber. Darin unterscheidet sich die zu den Sozialversicherungen gehörende Krankenversicherung von der Versorgung (ohne selbstentrichtete Beiträge werden Leistungen aus Ansprüchen gegenüber dem Staat gezahlt, z. B. Beamtenversorgung) und der Fürsorge (in finanzielle Not geratene Personen erhalten Leistungen für eine menschenwürdige Lebensführung, z. B. Sozialhilfe).

In der Sozialversicherung besteht weitgehend Versicherungspflicht. Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung ist es demzufolge, denjenigen Personenkreis zu versichern, der dieser Versicherungspflicht unterliegt. Je nach Alter oder sozialen Rahmenbedingungen haben die versicherten Personen unterschiedliche Arten des Versicherungsschutzes. So sind Kinder normalerweise über ihre Familien versichert. Im erwerbsfähigen Alter sind Personen meistens pflichtversichert. Personen, die älter als 65 Jahre sind, versichern sich üblicherweise als Rentner.

Im Mai 2003 waren knapp ein Drittel (31 %) der insgesamt 42,1 Mill. Frauen in Deutschland als Familienangehörige versichert, bei den Männern waren es deutlich weniger (20 % der 40,3 Mill. Männer). Ein

Abb. 5.5: Krankenversicherung der Frauen im Mai 2003



etwas geringerer Anteil (35 %) der Frauen war selbst pflichtversichert (Männer: 41 %), gefolgt von den als Rentnerin versicherten Frauen (23 %). Bei den Männern waren 18 % als Rentner versichert. Freiwillig versichert waren bei den Frauen 9 %, bei den Männern waren es mit 16 % dagegen deutlich mehr. Keine Krankenversicherung hatten 0,2 % der Frauen und bei den Männern 0,3 %. Abbildung 5.5 – Krankenversicherung der Frauen im Mai 2003 – veranschaulicht die hier genannten Daten. Frauen sind damit häufiger als Männer als Familienangehörige mitversichert. Sie sind aber weniger häufig freiwillig versichert. Um sich freiwillig versichern zu können, müssen Personen eine Beitragsbemessungsgrenze überschreiten. Offenbar erreichen Frauen mit ihrem Einkommen diese Beitragsbemessungsgrenze seltener als Männer.

Dies wird auch durch folgende Krankenversicherungsdaten der Frauen bestätigt: 53 % der Frauen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren waren 2003 pflichtversichert (Männer: 58 %), während der Anteil der freiwillig versicherten Frauen im erwerbsfähigen Alter bei 11 % lag (Männer: 21 %). Der geringere Anteil der freiwillig versicherten Frauen resultiert aus ihrer weniger starken Erwerbsbeteiligung. Von den freiwil-

lig versicherten Frauen im erwerbsfähigen Alter waren knapp drei Viertel (73 %) erwerbstätig.

Der größere Teil (61 %) der freiwillig versicherten Frauen im erwerbsfähigen Alter befand sich in einer privaten Krankenversicherung, am zweithäufigsten wurden die Ersatzkassen von diesen Frauen ausgewählt (19 %). 24 % der freiwillig versicherten Frauen im erwerbsfähigen Alter waren Beamtinnen.

Als Familienangehörige versichert und somit ohne eigene Krankenversicherung waren 25 % der Frauen im erwerbsfähigen Alter, bei den Männern waren es dagegen sehr viel weniger (9 %). Die Mehrheit dieser Frauen ohne eigene Krankenversicherung war nicht erwerbstätig (81 %).

Am häufigsten versicherten sich Frauen in Orts- und Ersatzkrankenkassen (67 %). Erwerbstätige Frauen waren häufiger – vor allem als Pflichtversicherte – in Ersatzkassen (36 %). Nicht erwerbstätige Frauen waren – vor allem als Rentnerinnen und Familienangehörige versichert – eher in Ortskrankenkassen (41 %).

Rund 62 % aller in Ortskrankenkassen krankenversicherten Frauen waren als Rentnerinnen oder als Familienangehörige versichert. Für die Ersatzkrankenkassen errechnete sich dagegen ein Anteil von 50 %.

Frauen erhalten niedrigere Versichertenrenten, aber höhere Witwenrenten als Männer

Die Alterssicherung der meisten Menschen in Deutschland besteht aus Ansprüchen an die gesetzliche Rentenversicherung, die sie durch ihre Erwerbstätigkeit und durch freiwillige Leistungen für sich selbst und ihre Hinterbliebenen erworben haben. Zum Personenkreis der Versicherten gehören Arbeiter und Angestellte unabhängig von der Höhe ihres Verdienstes sowie – überwiegend auf freiwilliger Basis – u. a. Selbststän-

dige und Hausfrauen. Zum Personenkreis der Hinterbliebenen gehören Witwen, Witwer und Waisen.

Renten werden geleistet wegen Alters, wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder wegen Todes. Die Renten wegen Alters oder wegen verminderter Erwerbsfähigkeit erhalten die Versicherten selbst, dies sind die so genannten Versichertenrenten. Renten wegen Todes werden an die Hinterbliebenen gezahlt.

Deutlich mehr Versichertenrenten wurden 2004 an Frauen (10,1 Mill.) als an Männer (8,1 Mill.) gezahlt. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die höhere Lebenserwartung der Frauen. Mitte des Jahres 2004 sind insgesamt rund 18,2 Mill. Versichertenrenten gezahlt worden.

Nach dem Tod des Versicherten hat der Ehegatte Anspruch auf Hinterbliebenenrente, wenn er bis zum Tod des Versicherten mit diesem verheiratet war und bestimmte Zahlungsvoraussetzungen erfüllt. 2004 erhielten 5,0 Mill. Frauen, aber nur 430 000 Männer eine solche Witwen- bzw. Witwerrente. Eine Waisenrente erhielten 403 000 Menschen.

Die Gesamtzahl der Renten (24,1 Mill.) liegt somit höher als die Zahl der Rentner, da z. B. eine Hinterbliebenenrente und eine Versichertenrente zugleich an eine Person gezahlt werden können. Typischerweise erhalten hauptsächlich Frauen mehr als eine Rente. Die Zahl der Rentnerinnen betrug rund 11,6 Mill., die der Rentner rund 8,2 Mill. im Jahr 2004.

Die durchschnittlichen monatlichen Rentenzahlbeträge der Versichertenrenten in der Rentenversicherung der Angestellten lagen für

Frauen im früheren Bundesgebiet Mitte des Jahres 2004 bei 591 Euro und für Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 712 Euro. Die monatliche Versichertenrente für Männer im früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag mit 1 153 Euro bzw. 1 157 Euro wesentlich höher als die für Frauen (siehe Tabelle 5.3).

Die monatlichen Rentenzahlbeträge der Versichertenrenten in der Rentenversicherung der Arbeiter waren im Durchschnitt niedriger als die Versichertenrenten für Angestellte. Sie betragen für Frauen im früheren Bundesgebiet 382 Euro, für Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost 598 Euro. Die durchschnittliche monatliche Versichertenrente für Männer im früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag auch hier mit 831 Euro bzw. 895 Euro deutlich höher als die für Frauen.

Die monatlichen Rentenzahlbeträge der Witwenrenten beliefen sich in der Rentenversicherung der Angestellten im früheren Bundesgebiet auf 651 Euro, in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf 598 Euro. In der Rentenversicherung der Arbeiter lagen die monatlichen Rentenzahlbeträge der Witwenrenten im Durchschnitt im früheren Bundesgebiet bei 477 Euro, in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 501 Euro. Die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge der Witwerrenten sind in beiden Zweigen der Rentenversi-

Tab. 5.3: Durchschnittliche Rentenzahlbeträge am 1.7.2004

Gegenstand der Nachweisung	Versichertenrenten		Renten wegen Todes	
	Männer	Frauen	darunter	
			Witwerrenten	Witwenrenten
Euro/Monat				
Rentenversicherung der Arbeiter				
Früheres Bundesgebiet	831	382	176	477
Neue Länder und Berlin-Ost . .	895	598	221	501
Rentenversicherung der Angestellten				
Früheres Bundesgebiet	1 153	591	254	651
Neue Länder und Berlin-Ost . .	1 157	712	257	598

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.

Finanzielle Situation von Frauen

cherung sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost deutlich niedriger als die der Witwenrenten.

Wie hoch die Rente ist, richtet sich in erster Linie nach der Höhe und Anzahl der Beiträge, die eine Person im Laufe ihres Berufslebens in die Rentenkasse eingezahlt hat. Deshalb können Versicherte, die lange gearbeitet und gut verdient haben, höhere Renten erwarten als andere, die bei geringem Verdienst weniger lange berufstätig waren. Das ist auch der Grund dafür, dass die Renten der Frauen zumeist erheblich geringer ausfallen als die der Männer. Denn Frauen kommen – unter anderem wegen ihrer familiären Einbindung – vielfach nicht auf die gleiche Anzahl von Berufsjahren wie Männer, zudem verdienen sie oft auch weniger bzw. gehen häufiger als Männer einer Teilzeitbeschäftigung nach. Allerdings sind viele Rentnerinnen nicht allein auf ihre eigene Rente angewiesen, da sie zusätzlich noch eine Witwenrente beziehen: Gut ein Viertel (30 %) aller Rentnerinnen in Deutschland sind Mehrfachrentnerinnen, beziehen also mindestens zwei Renten. Bei den Rentnern beträgt der Anteil lediglich 4 %.

Die Versichertenrenten für Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost sind wegen der regelmäßig längeren Erwerbstätigkeit deutlich höher als für Frauen im früheren Bundesgebiet. So haben Frauen im früheren Bundesgebiet durchschnittlich 25 Versicherungsjahre vorzuweisen, Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost dagegen 41 Versicherungsjahre.

Die Rentenzahlbeträge zeigen allerdings nur zum Teil die Versorgungssituation der Rentnerinnen und Rentner, da hierzu weitere Einkommen (wie z. B. Betriebsrenten, Einkommen aus Vermögen) zu berücksichtigen sind.

6 Frauen und Gesundheit

6 Frauen und Gesundheit

Gesundheit wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Vereinten Nationen definiert als „Zustand eines vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein das Fehlen von Krankheiten und Gebrechen“. In dieser weitgefassten Definition kann Gesundheit zwar nicht durch amtliche Statistiken ausgedrückt werden, gleichwohl wird eine Vielzahl von Informationen zum Gesundheitszustand und Krankheitsgeschehen der Bevölkerung in Deutschland durch die amtliche Statistik bereitgestellt.

Frauen sind häufiger krank als Männer

In mehrjährigen Abständen, zuletzt im Mai 2003, werden im Rahmen des Mikrozensus Fragen zur Gesundheit gestellt. Bei dieser Befragung gilt eine Person dann als krank oder unfallverletzt, wenn sie sich zum Zeitpunkt der Befragung oder in einem vierwöchigen Berichtszeitraum davor so in ihrem Gesundheitszustand beeinträchtigt fühlte, dass sie ihre übliche Beschäftigung (Schulbesuch, Berufstätigkeit, Hausarbeit etc.) nicht voll ausüben konnte.

Im Mai 2003 beantworteten die Fragen zur Gesundheit 86 % der Frauen und ein genauso hoher Teil der Männer. Von ihnen bezeichneten sich gut 12 % der Frauen und 11 % der Männer als krank oder unfallverletzt. Insgesamt waren weniger Frauen unfallverletzt (0,6 %) als Männer (0,8 %), aber mehr Frauen krank (11 % gegenüber 10 %).

Am niedrigsten war die Krankenquote in der Gruppe der unter 15-Jährigen, in der sie für weibliche Jugendliche 4,2 % und für männliche 4,8 % betrug. Mit zunehmendem Alter erhöht sich die Quote: Bei den 40- bis unter 65-jährigen Frauen lag sie bei 11 %, bei den gleichaltrigen Männern war sie ebenso hoch (11 %). In der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren bezeichneten sich 23 % der Frauen und 21 % der Männer als krank.

Die Quote der Unfallverletzten war ebenfalls am niedrigsten bei den unter 15-Jährigen (0,3 % bei Mädchen und 0,4 % Jungen), am höchsten bei den 15- bis unter 40-jährigen Männern (1,1 %) sowie bei den 65-jährigen und älteren Frauen (1,0 %).

Brustkrebs häufigster Grund für stationäre Behandlung

Im Jahr 2003 wurden 9,4 Mill. Frauen in deutschen Krankenhäusern stationär behandelt, das entspricht 54 % der insgesamt 17,3 Mill. Krankenhauspatientinnen und -patienten dieses Jahres. Diese Zahl schließt auch Sterbe- und sogenannte Stundenfälle ein, bei denen der stationäre Krankenhausaufenthalt am Tag der Aufnahme endet.

Je 100 000 Einwohnerinnen wurden im Jahr 2003 rund 22 304 Frauen in ein Krankenhaus stationär aufgenommen, für die Bevölkerung insgesamt betrug die Behandlungshäufigkeit 20 981 je 100 000 Einwohner. Frauen wurden also insgesamt häufiger als Männer vollstationär behandelt. In der Gruppe der älteren Menschen (60 Jahre und älter) lag die Krankenhaus-häufigkeit je 100 000 Einwohner bei Frauen niedriger (38 818) als bei Männern (43 206).

Der häufigste Grund für einen stationären Klinikaufenthalt war für Frauen die normale Entbindung (also ohne Kaiserschnitt und andere geburtshilfliche Maßnahmen) mit 169 000 stationär behandelten Patientinnen im Jahr 2003. Ohne diese normalen Entbindungen einzubeziehen, waren Frauen aufgrund von Krebs der Brustdrüse (156 000 Patientinnen) am häufigsten im Krankenhaus. An zweiter Stelle liegt die Herzinsuffizienz (Herzmuskelschwäche) mit 151 000 Fällen und an dritter Gallensteine (147 000). Männer wurden im Jahr 2003 hauptsächlich im Zusammenhang mit einer chronisch ischämischen Herzkrankheit, d.h. die verminderte Durchblutung des Herzens, stationär behandelt (246 000 Patienten), gefolgt von psychischen und Verhaltensstörungen durch Alkohol (216 000). Der Leistenbruch war die dritthäufigste Di-

agnose bei Männern (175 000), die in Krankenhäusern stationär behandelt wurden.

Jede vierte Entbindung durch Kaiserschnitt

Im Jahr 2003 gab es in deutschen Krankenhäusern insgesamt 688 000 Entbindungen, bei denen 697 000 Kinder lebend zur Welt kamen. 175 000 dieser Entbindungen erfolgten durch einen Kaiserschnitt. Dies entspricht einem Anteil von 26 %. 1993 lag der Anteil der Entbindungen durch Kaiserschnitt an allen Geburten im Krankenhaus noch bei 17 %.

Während der Anteil der Kaiserschnitte an allen Entbindungen von 1993 bis 2003 kontinuierlich gestiegen ist, nahm der Anteil anderer geburtshilflicher Maßnahmen im gleichen Zeitraum stetig ab. Im Jahr 2003 lag der Anteil der durch Vakuumextraktion entbundenen Frauen bei 4 % (1993: 6 %) und der durch Zangengeburt entbundenen Frauen bei 1,1 % (1993: 2 %).

Wegen einer Fehlgeburt wurden im Jahr 1993 84 000 Frauen im Krankenhaus behandelt. 2003 waren es 61 000 und damit 27 % weniger als 1993.

40 % der Frauen, die ihre Schwangerschaft abbrechen, waren kinderlos

1996 wurden rund 131 000 Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt, seitdem ist die Zahl der Abbrüche relativ konstant geblieben. Im früheren Bundesgebiet ist die Anzahl der Abbrüche seit 1996 um 6 % gestie-

gen, während im gleichen Zeitraum in den neuen Ländern 19 % weniger und in Berlin 6 % weniger Abbrüche zu verzeichnen waren.

Im Jahr 2004 wurden in Deutschland knapp 130 000 Schwangerschaftsabbrüche von Krankenhäusern und sonstigen Einrichtungen, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden, gemeldet. 94 000 Schwangerschaftsabbrüche wurden im früheren Bundesgebiet, 24 000 in den neuen Ländern und 12 000 in Berlin durchgeführt.

Zum Zeitpunkt des Eingriffs waren 50 % der Frauen ledig, 44 % waren verheiratet. 7 900 Schwangere (6 %) waren minderjährig. Der Anteil der Frauen, die als Minderjährige einen Schwangerschaftsabbruch

Tab. 6.1: Schwangerschaftsabbrüche nach vorangegangenen Lebendgeborenen 2004

Vorangegangene Lebendgeborene	Deutschland	Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	Neue Länder (ohne Berlin)	Berlin
	Anzahl			
Keine	52 334	39 604	7 813	4 917
1	34 030	22 865	7 872	3 293
2	30 330	21 816	6 160	2 354
3	9 434	7 307	1 440	687
4	2 382	1 817	373	192
5 und mehr	1 140	892	154	94
Insgesamt . . .	129 650	94 301	23 812	11 537
	%			
Keine	40,4	42,0	32,8	42,6
1	26,2	24,3	33,1	28,5
2	23,4	23,1	25,9	20,4
3	7,3	7,8	6,0	6,0
4	1,8	1,9	1,6	1,7
5 und mehr	0,9	0,9	0,6	0,8
Insgesamt . . .	100	100	100	100

durchführen ließen, lag in den neuen Ländern bei 8 %, im früheren Bundesgebiet bei 6 % und in Berlin bei 5 %.

Rund 40 % der schwangeren Frauen hatten zum Zeitpunkt des Schwangerschaftsabbruchs noch keine Kinder geboren. Jeweils ein Viertel (26 % bzw. 23 %) hatte bislang eine bzw. zwei Lebendgeburten. Dabei

liegt in den neuen Ländern (ohne Berlin) der Anteil derer, die zum Zeitpunkt des Schwangerschaftsabbruchs bereits ein oder zwei Kinder hatten, höher als im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin). Tabelle 6.1 enthält Angaben dazu, wie viele Kinder Schwangere zum Zeitpunkt ihres Schwangerschaftsabbruchs bereits geboren hatten.

Jede fünfte der Frauen, die sich 2004 zum Abbruch der Schwangerschaft entschlossen hatte, suchte ein Krankenhaus auf (22 %). Die meisten entschieden sich für eine gynäkologische Praxis (78 %). Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) wurden überwiegend gynäkologische Praxen aufgesucht (86 %), um einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, in den neuen Ländern (ohne Berlin) eher Krankenhäuser (54 %).

Rund 5 % aller betroffenen Frauen ließen den Schwangerschaftsabbruch in einer Einrichtung außerhalb des Bundeslandes, in dem sie wohnen, vornehmen.

97 % der gemeldeten Abbrüche wurden nach der Beratungsregelung in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen vorgenommen.

Die häufigste Abbruchmethode (rund 105 000 Fälle) war im Jahr 2004 mit 81 % die Vakuumaspiration (Absaugmethode). 7 % aller Abbrüche wurden mit dem Ende 1999 eingeführten Medikament Mifegyne durchgeführt (9 100 Fälle).

Weniger weibliche als männliche Schwerbehinderte

Etwas weniger als die Hälfte (48 %) der insgesamt 6,6 Mill. von den Versorgungsämtern anerkannten schwerbehinderten Menschen in Deutschland waren Ende 2003 weiblich (3,2 Mill.). Im früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin) wurden Ende 2003 insgesamt 2,7 Mill. schwerbehinderte Frauen gezählt, der Frauenanteil betrug somit dort 47 %. In den neuen Ländern

(ohne Berlin) war die Hälfte (50 %) der Schwerbehinderten weiblich (492 957).

Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht und sie daher nur beeinträchtigt am Leben in der Gesellschaft teilnehmen können. Ausgedrückt wird die Schwere der Einschränkung im Grad der Behinderung (GdB), und zwar in Zehnergraden von 20 bis 100. Als schwerbehindert gelten Personen, denen ein Grad der Behinderung von 50 und mehr zuerkannt wurde.

Die Schwerbehindertenquote gibt den Anteil der schwerbehinderten Menschen an der Bevölkerung des jeweiligen Alters und Geschlechts an. In Deutschland waren Ende 2003 rund 8 % der Frauen und fast 9 % der Männer schwerbehindert. Tabelle 6.2 enthält die entsprechenden Angaben für das frühere Bundesgebiet (einschl. Berlin) und die neuen Länder (ohne Berlin).

Tab. 6.2: Schwerbehindertenquote am 31.12.2003

Geschlecht	Deutschland	Früheres Bundesgebiet (einschl. Berlin)	Neue Länder (ohne Berlin)
Männlich	8,6	8,9	7,5
Weiblich	7,5	7,5	7,2
Insgesamt . . .	8,0	8,2	7,3

Die Schwerbehindertenquote steigt mit zunehmendem Alter an, denn eine Behinderung kommt bei Personen im fortgeschrittenen Alter naturgemäß häufiger vor als bei jüngeren Menschen. Während bei den 25- bis 35-Jährigen 1,8 % der Frauen und 2,2 % der Männer schwerbehindert sind, hat bei den 55- bis 65-Jährigen jede achte Frau (12 %) und jeder sechste Mann (18 %) einen Schwerbehindertenausweis. Abbildung 6.1 veranschaulicht die Schwerbehindertenquote für Frauen und Männer in Abhängigkeit ihres Alters.

Die weitaus meisten Schwerbehinderungen waren im Jahr 2003 krankheitsbedingt. Bei den Frauen war eine Krankheit häufiger Ursache der Behinderung (86 % der Fälle) als bei den Männern (81 %). Aufgrund von Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigungen, eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit haben dagegen 5 % der männlichen, aber nur 0,6 % der weiblichen Schwerbehinderten dauerhafte Schäden davon getragen. 0,4 % der weiblichen und 0,9 % der männlichen Schwerbehinderten waren 2003 aufgrund eines Verkehrsunfalls schwerbehindert. Angeboren war die Behinderung bei 4,5 % der weiblichen und 4,9 % der männlichen Schwerbehinderten.

Eine Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen war bei den 3,2 Mill. weiblichen Schwerbehinderten mit einem Anteil von 23 % die häufigste Behinderungsart. Darunter befanden sich allein rund 270 000 Herz- und Kreislaufkranke, das ist jede zwölfte schwerbehinderte Frau. Am zweithäufigsten waren die Fälle mit einer Funktionseinschränkung der Gliedmaßen (15 %), und zwar insbesondere der Beine (11 %). Bei weiteren 14 % der schwerbehinderten Frauen waren Wirbelsäule und Rumpf in ihrer Funktion eingeschränkt.

Weniger Frauen als Männer übergewichtig

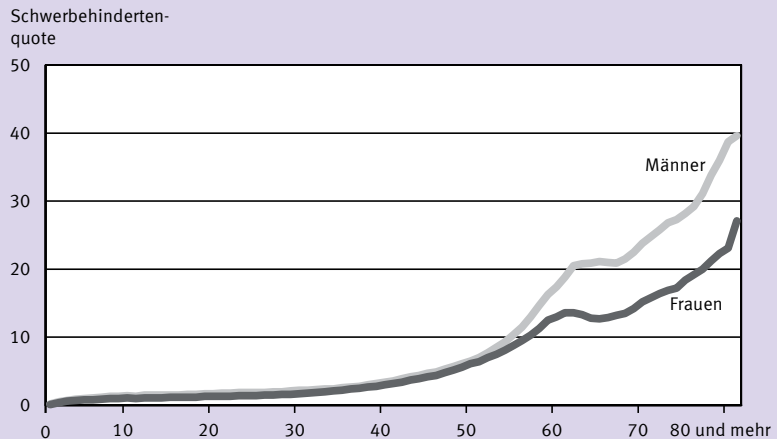
Die Befragten des Mikrozensus wurden 2003 nach Körpergewicht und Körpergröße gefragt. Von Interesse ist hier das Verhältnis von Körpergröße und Körperge-

wicht. Daraus kann ermittelt werden, ob eine Person Unter-, Über- oder Normalgewicht besitzt. Das Verhältnis wird im so genannten Body-Mass-Index (BMI) ausgedrückt. Dieser wird berechnet, indem man das Körpergewicht (in Kilogramm) durch die quadrierte Körpergröße (in Metern) teilt; das Geschlecht und das Alter der Person bleiben dabei unberücksichtigt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft Erwachsene mit einem BMI von über 25 als übergewichtig ein, mit einem Wert von 30 als stark übergewichtig. 41 % der Frauen und 58 % der Männer, die 18 Jahre und älter waren, hatten demnach im Jahr 2003 Übergewicht. Stark übergewichtig waren 12 % der Frauen und 14 % der Männer.

In allen Altersklassen gab es weniger übergewichtige Frauen als Männer. Schon bei den 18- bis 20-Jährigen war nur jede achte weibliche, aber fast jeder sechste männliche Jugendliche übergewichtig (siehe Tabelle 6.3 auf der nächsten Seite).

Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der Übergewichtigen sowohl bei Frauen als auch bei Männern

Abb. 6.1: Schwerbehindertenquote¹⁾ am 31.12.2003



1) Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %.

Statistisches Bundesamt 2005 - 02 - 1119

an. Den höchsten durchschnittlichen BMI hatten 2003 die 70- bis 75-jährigen Frauen und die 65- bis 70-jährigen Männer. In diesen Altersklassen waren 62 % der Frauen und 74 % der Männer übergewichtig. Tabelle 6.3 veranschaulicht diese Daten für verschiedene Altersklassen.

Tab. 6.3: Body-Mass-Index der Bevölkerung 2003

Alter von ... bis unter ... Jahren	Durchschnittlicher Body-Mass-Index		Darunter Übergewicht		Darunter mit starkem Übergewicht ¹⁾	
	kg/m ²		% ²⁾			
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
18 - 20	22,6	21,5	14,4	10,1	2,9	2,3
20 - 25	23,4	22,0	20,5	12,3	4,2	3,7
25 - 30	24,7	22,8	32,6	16,4	7,1	6,2
30 - 35	25,4	23,4	39,3	19,3	9,0	7,1
35 - 40	25,7	23,7	41,6	20,4	11,2	8,3
40 - 45	26,1	24,2	44,6	24,2	13,2	10,1
45 - 50	26,6	24,9	48,4	27,9	16,0	13,0
50 - 55	26,9	25,5	50,8	33,7	17,5	15,1
55 - 60	27,1	25,8	52,0	36,0	18,5	16,1
60 - 65	27,1	26,1	52,5	37,8	19,1	17,6
65 - 70	27,3	26,5	53,3	41,2	20,4	19,9
70 - 75	27,0	26,5	51,6	42,1	18,7	19,6
75 und mehr	25,9	25,2	48,9	35,4	11,1	12,4
Zusammen	26,0	24,7	44,1	28,9	13,6	12,3

1) Lt. WHO bedeutet ein Body-Mass-Index von 25 und mehr Übergewicht, von 30 und mehr starkes Übergewicht. –
2) Anteil an der Bevölkerung mit Angaben zu Körpergewicht und Körpergröße.

Untergewicht (BMI kleiner als 18,5) wurde bei 4 % der erwachsenen Frauen, aber nur bei 1 % der Männer, ermittelt. Besonders häufig tritt Untergewicht bei den 18- bis unter 20-jährigen Frauen auf (13 %).

Jede fünfte Frau ist Raucherin

Trotz der bekannten Gesundheitsgefahren des Rauchens verzichten viele Menschen in Deutschland nicht darauf. Im Mai 2003 stuften sich 7,0 Mill. Frauen (die älter als 15 Jahre waren) in Deutschland als Raucherinnen ein. Das entsprach einem Anteil der Raucherinnen an allen Frauen von 22 %. Der Anteil der Raucherinnen an allen rauchenden Personen in Deutschland betrug 41 %.

Der Anteil der regelmäßig rauchenden Frauen war nicht nur insgesamt, sondern auch in allen Altersklas-

sen geringer als jener der Männer. Unter den 40- bis 45-Jährigen gab es sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern den höchsten Raucherinnen- und Raucheranteil (33 % bzw. 43 %). Der niedrigste Anteil an Raucherinnen und Rauchern an allen Befragten ab 15 Jahren war unter den 75-jährigen und Älteren zu fin-

den. Tabelle 6.4 zeigt den Anteil der Raucherinnen und Raucher an der Bevölkerung insgesamt in Abhängigkeit vom Alter.

Der Anteil der Raucherinnen und Raucher an der Bevölkerung in Deutschland ist in den vergangenen Jahren gesunken. Gleich geblieben ist der Anteil der jungen Raucherinnen und Raucher im Alter von 15 – 20 Jahren, von denen 1999 sowie 2003 25 % zum Glimmstängel griffen. Allerdings ist der Anteil der

jungen Frauen um 2 Prozentpunkte gestiegen (1999: 21%, 2003: 23%), während der Anteil der gleichaltrigen jungen Männer um einen Prozentpunkt gesunken ist (1999:28%, 2003: 27%).

Hinsichtlich der Höhe des täglichen Zigarettenkonsums gab es ebenfalls geschlechtsspezifische Unterschiede. So war 2003 bei den regelmäßigen Raucherinnen nur etwa jede siebente Frau als starke Raucherin einzustufen, bei den männlichen regelmäßigen Rauchern jedoch etwa jeder Dritte. Als starke Raucherin bzw. starker Raucher gilt eine Person, die mehr als 20 Zigaretten am Tag raucht. Den höchsten Anteil an starken Raucherinnen gab es in der Altersgruppe der 45- bis 50-jährigen Frauen (5 %), die meisten starken Raucher in der Altersgruppe der 50- bis 55-jährigen Männer (15 %).

Geringeres Unfallrisiko von Frauen

Im Jahr 2004 verunglückten insgesamt 192 000 Mädchen und Frauen im Straßenverkehr. 161 000 Mädchen und Frauen wurden leicht und 30 000 wurden schwer verletzt, 1 600 Mädchen und Frauen verstarben an den Unfallfolgen innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfalldatum. Insgesamt wurden im Jahr 2004 mehr als 5 800 Unfalldote auf öffentlichen Wegen und Plätzen gezählt sowie über 359 000 leicht und etwas mehr als 80 000 schwer Verletzte.

Das Risiko von Frauen, im Straßenverkehr zu verunglücken, ist deutlich niedriger als das von Männern. So waren 43 % aller Verunglückten, 43 % aller Verletzten und 27 % aller im Straßenverkehr Getöteten im Jahr 2004 weiblich. Werden die Verunglücktenzahlen auf die Einwohnerzahlen des jeweiligen Geschlechts bezogen, wird das geringere Unfallrisiko von Frauen noch deutlicher: Im Jahr 2004 verunglückten je 1 Mill. Einwohner 456 Frauen, aber 626 Männer im Straßenverkehr. Betrachtet man die Zahlen für die im Straßenverkehr getöteten Personen, sind die Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern noch

ausgeprägter: Je 1 Mill. Einwohner starben 37 Frauen und 106 Männer bei Straßenverkehrsunfällen. Damit wurden fast dreimal so viele Männer wie Frauen im Straßenverkehr getötet.

Frauen haben in allen Altersgruppen ein geringeres Unfallrisiko als Männer. Am geringsten war die Unfallhäufigkeit im Jahr 2004 bei Seniorinnen über 65 Jahren, so verunglückten 234 Seniorinnen je 100 000 Einwohner. Ein Grund hierfür dürfte die geringere Verkehrsteilnahme der älteren Frauen sein. Hinsichtlich des Risikos, im Straßenverkehr getötet zu werden, befand sich diese Altersgruppe mit 6 Getöteten je 100 000 Einwohner an 4. Stelle. Diese Zahlen spiegeln zum einen die mit zunehmendem Alter nachlassende körperliche Widerstandskraft und damit möglicherweise schwerwiegendere Folgen von Körperverletzungen wieder, zum anderen nehmen ältere Frauen sehr häufig als Fußgängerinnen am Verkehr teil und sind somit einem größeren Risiko als Pkw-Fahrerinnen ausgesetzt, schwerwiegende Verletzungen zu erleiden. Am häufigsten verunglückten im Jahr 2004 Frauen der Altersgruppe von 18 bis 21 Jahren. Je 100 000 Einwohner kamen 1 462 Frauen dieser Altersgruppe zu Schaden.

Diese Altersgruppe war auch am stärksten von tödlichen Verkehrsunfällen betroffen. So kamen im Jahr 2004 je 1 Mill. Einwohner im Alter von 18 bis 21 Jahren 124 Frauen bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Bei den Männern waren es allerdings fast dreimal so viele (337 Tote). Abbildung 6.2 zeigt die Zahl der Verunglückten bzw. Getöteten nach dem Geschlecht bezogen auf einzelne Altersjahre.

Die überwiegende Mehrheit der verunglückten Frauen aller Altersgruppen (69 %) kam als Fahrerin oder Mitfahrerin eines Pkw zu Schaden. 968 dieser 133 000 weiblichen Unfallbeteiligten wurden getötet. Die 18- bis 40-jährigen Frauen waren besonders häufig in einen Unfall mit einem Pkw verwickelt: Ihr Anteil betrug zwischen 78 % und 84 % an allen 18- bis 40-jährigen verunglückten Frauen. Von den bei einem Unfall

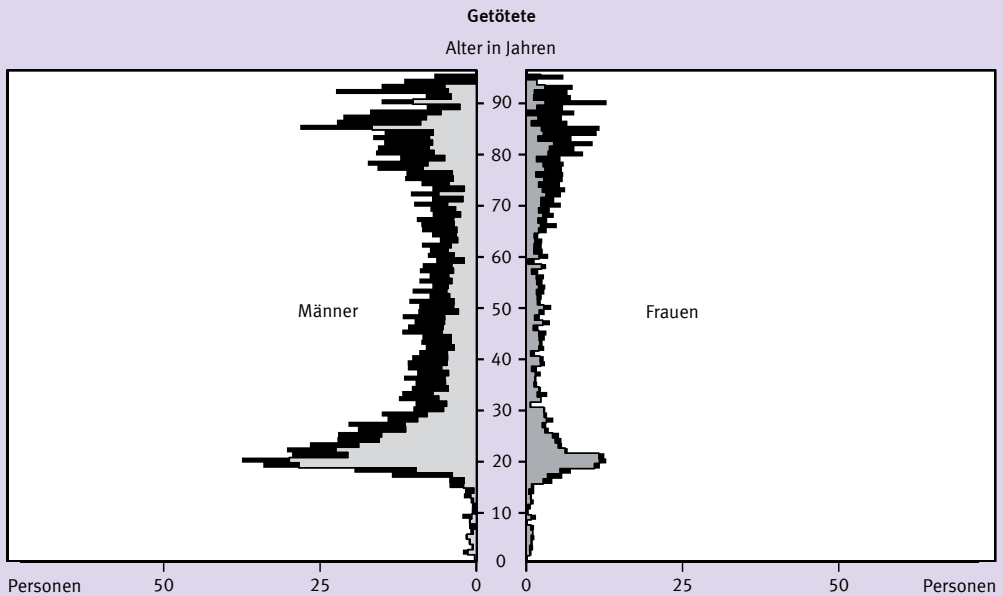
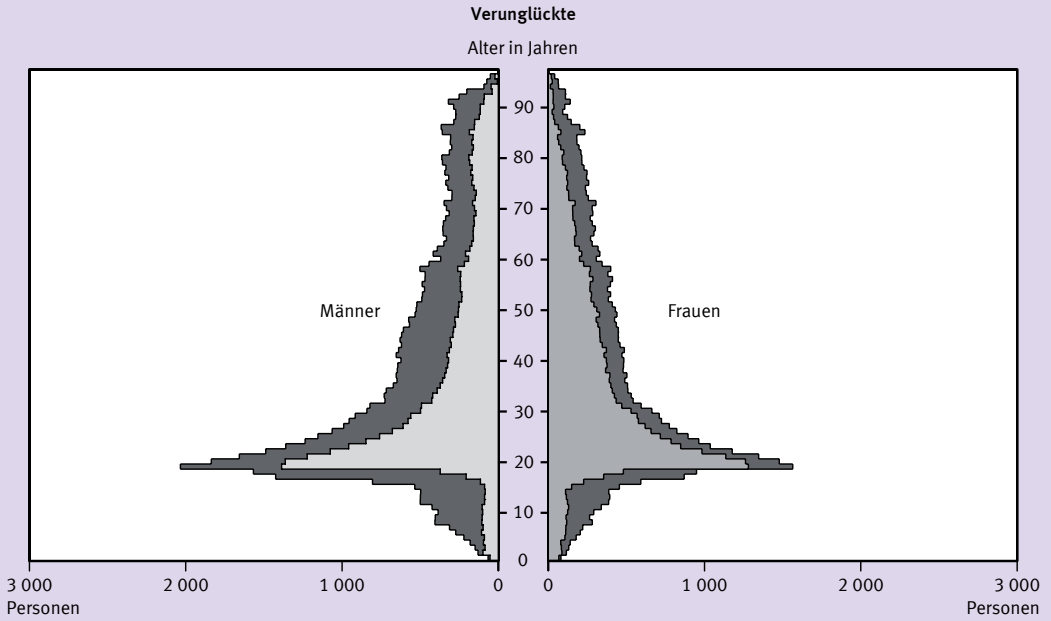
Tab. 6.4: Regelmäßige Raucherinnen und Raucher 2003

Alter von ... bis unter ... Jahren	Raucher/-innen		Darunter	
	männlich	weiblich	starke Raucher/-innen ¹⁾	
			männlich	weiblich
%				
15-20	27,3	23,2	1,2	0,8
20-25	45,6	35,4	4,2	2,0
25-30	43,5	31,0	6,5	3,3
30-35	43,0	31,6	9,3	3,9
35-40	42,1	32,6	10,8	4,8
40-45	42,5	33,4	12,9	5,1
45-50	40,4	30,9	14,3	5,4
50-55	35,4	25,0	14,5	4,8
55-60	30,5	19,3	13,8	4,2
60-65	23,4	12,9	12,5	2,2
65-70	17,5	8,5	10,3	1,6
70-75	15,7	6,5	8,1	1,2
75 und mehr . . .	11,1	4,0	6,7	0,6
Insgesamt . . .	33,2	22,1	10,0	3,1

1) Lt. WHO mit einem täglichen Zigarettenkonsum von mehr als 20 Stück.

Abb. 6.2: Verunglückte und Getötete im Straßenverkehr je 100 000 Einwohner 2004

□ Pkw-Benutzer/-innen ■ übrige Verkehrsteilnehmer/-innen



Statistisches Bundesamt 2005 - 02 - 1120

getöteten 18- bis 24-jährigen Frauen kamen sogar 90 % in einem Pkw ums Leben.

Während 39 % aller verunglückten Pkw-Insassinnen als Mitfahrerin bei einem Verkehrsunfall zu Schaden kamen, saß nur etwa jeder vierte verunglückte männliche Pkw-Insasse nicht selbst am Steuer (23 %). Von den getöteten Frauen hatten 46 % den Wagen nicht selbst gefahren.

27 689 Frauen verunglückten im Jahr 2004 als Fahrradfahrerinnen (14 % aller verunglückten Mädchen und Frauen), 145 von ihnen wurden getötet. Mit dem Fahrrad verunglückten relativ häufig Mädchen zwischen 10 und 15 Jahren (39 % aller verunglückten Mädchen dieser Altersgruppe) und ältere Frauen über 60 Jahre (23 %).

Als Fußgängerinnen kamen im Jahr 2004 insgesamt rund 17 000 Frauen zu Schaden (9 % aller verunglückten Frauen). Auch hier waren Mädchen und ältere Frauen besonders betroffen: Mehr als jedes vierte Mädchen unter 15 Jahren (25 %) und jede vierte Seniorin über 70 Jahre (26 %), die im Jahr 2004 bei Unfällen zu Schaden kamen, verunglückten als Fußgängerinnen. Bei den Getöteten kamen fast jedes fünfte Mädchen (19 %) und nahezu die Hälfte der Seniorinnen als Fußgängerinnen ums Leben (48 %).

Frauen fahren seltener mit motorisierten Zweirädern und verunglücken folglich auch deutlich seltener als Männer mit diesem Verkehrsmittel. Nur 5 % der verunglückten Frauen hatten einen Unfall mit einem Mofa, Moped oder Motorrad. Dagegen waren es bei den Männern 18 %.

Frauen seltener schuld an Unfällen als Männer

Im Jahr 2004 wurden 37 % der 416 000 an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligten

Pkw von Frauen gesteuert. Während in den Altersgruppen ab 35 Jahren der Anteil der Frauen als Hauptverursacher von Pkw-Unfällen mit Personenschaden mit zunehmendem Alter abnimmt (von 40 % auf 25 %), steigt er bei den Männern an (von 60 % auf 75 %). Ein Grund hierfür dürfte sein, dass in höheren Altersgruppen weniger Frauen als Männer einen Pkw führen.

Zur Beurteilung der Fahrqualität dienen Analysen zum Unfallhergang. Danach waren die an Unfällen beteiligten Pkw-Fahrerinnen etwas seltener schuld an den Unfällen als Pkw-Fahrer. 52 % der 152 000 im Jahr 2004 unfallbeteiligten Frauen waren Hauptverursacher eines Unfalls mit Personenschaden (80 000 Frauen), aber 56 % der insgesamt 263 000 unfallbeteiligten Männer (147 000 Männer). In allen Altersgruppen bis 55 Jahre wurden für Frauen günstigere Werte ermittelt als für Männer. Nur bei den Altersgruppen über 60 Jahre wurden für Männer geringere Werte festgestellt als für Frauen. Unfälle, die von Pkw-Fahrerinnen bewirkt wurden, waren zudem meist weniger folgenreicher als solche, die Pkw-Fahrer verursachten.

Auch als Fahrradfahrerin oder Fußgängerin waren Frauen seltener schuld an Verkehrsunfällen als Männer. 34 % der 28 700 an einem Unfall beteiligten Fahrradfahrerinnen (9 700), aber 45 % der beteiligten Fahrradfahrer (22 200) sowie 25 % der beteiligten Fußgängerinnen (4 400), aber 34 % der beteiligten Fußgänger (6 500) galten 2004 als Verursacher eines Unfalls. Nur als Fahrerinnen eines Motorrads, Omnibusses oder Güterkraftfahrzeugs sind Frauen im Falle eines Unfalls häufiger schuld als Männer.

Bei der Analyse der Unfallursachen ergeben sich ebenfalls deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede: Während bei Männern die Unfallursache „nicht angepasste Geschwindigkeit“ das häufigste Fehlverhalten (14% gegenüber 11%) darstellte waren dies bei den Frauen „Vorfahrts- bzw. Vorrangfehler“ (12% gegenüber 11%). Frauen fielen im Vergleich zu Männern seltener durch „Alkoholeinfluss“ (2% zu 5%) sowie durch „Fehler beim Überholen“ (2% zu 3%) auf.

Jede zweite Frau stirbt an einer Kreislauferkrankung

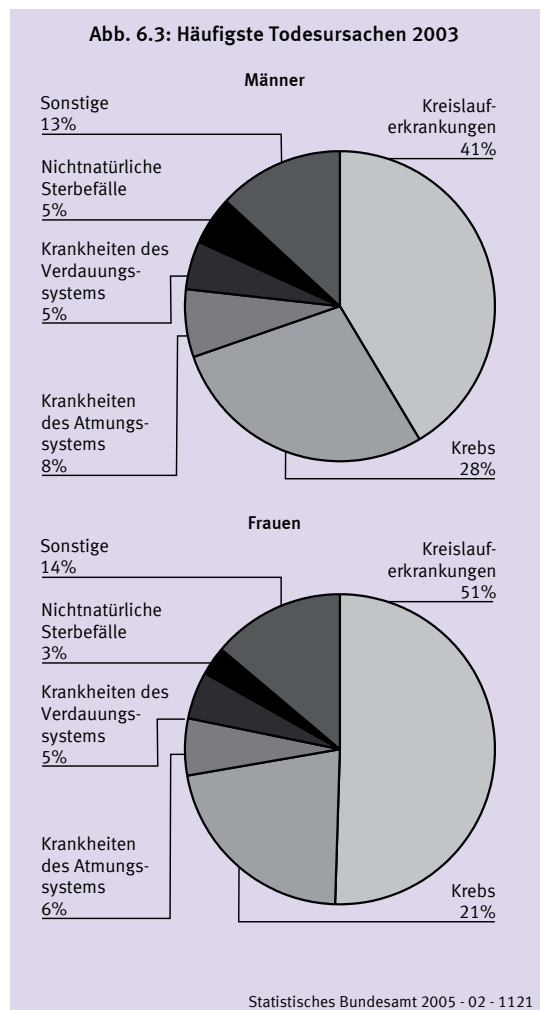
Im Jahr 2003 starben insgesamt 458 000 Frauen und 396 000 Männer. Ihre Todesursachen waren zumeist Krankheiten (96 %). Bei den Frauen lag mit 97 % der Anteil der aufgrund von Krankheiten Gestorbenen etwas höher als bei den Männern (94 %).

Für jeden Sterbefall wird in der Todesbescheinigung das so genannte Grundleiden der/des Gestorbenen erfasst. Dies ist diejenige Krankheit oder Verletzung, die den Ablauf der zum Tode führenden Ereignisse ausgelöst hat. Ist z. B. eine Frau an Lungenversagen gestorben, weil sie Lungenkrebs hatte, so wird Lungenkrebs als Todesursache statistisch erfasst und nicht das Versagen ihrer Lungen.

Sterbeziffern geben Aufschluss darüber, wie viele Personen einer bestimmten Altersgruppe bezogen auf die Einwohnerzahl derselben Altersgruppe verstorben sind. Sie sind insbesondere bei einer geschlechtsspezifischen Betrachtung der Sterbefälle sinnvoll, da derzeit die Frauen in den höheren Altersgruppen überwiegen, in denen naturgemäß die meisten Sterbefälle auftreten.

Frauen und Männer starben 2003 überwiegend an Krankheiten des Kreislaufsystems. Mit 51 % lag der Anteil dieser Todesursache an den Todesursachen insgesamt bei den Frauen um 10 Prozentpunkte höher als bei den Männern (41 %). Für Kreislauferkrankungen lag die Sterbeziffer je 100 000 Einwohner für Frauen bei 556, für Männer nur bei 402. Nahezu jede sechste Kreislauftote starb an einem Herzinfarkt, bei den männlichen Kreislauftoten war es jeder vierte. Der Anteil der durch eine Kreislauferkrankung Gestorbenen ist bei den Frauen höher als bei den Männern, da aufgrund der höheren Lebenserwartung bei Frauen das Kreislaufsystem altersbedingt häufiger versagt als bei Männern.

Eine weitere häufige Todesursache für Frauen waren mit 22 % die bösartigen Neubildungen (Krebserkrankungen). Diejenige Krebsart, die bei Frauen am häufigsten zum Tode führte, war Brustkrebs. 17 % von allen an Krebserkrankungen gestorbenen Frauen erlagen diesem Krebsleiden (17 200 Gestorbene). Von den an Krebs gestorbenen Frauen sind darüber hinaus 11 % an Krebs der Atmungsorgane gestorben. Krebserkrankungen führten bei 28 % der Männer zum Tode. Bei ihnen waren Krebserkrankungen der Lunge und Bronchien die häufigste Krebsart (28 700 Gestorbene).



Krankheiten des Atmungssystems waren bei mehr als 6 % der Frauen und Krankheiten des Verdauungssystems bei knapp 5 % der Frauen die Ursache für ihr Ableben. Abbildung 6.3 veranschaulicht die häufigsten Todesursachen für Frauen und Männer im Jahr 2003.

Auf nichtnatürliche Weise, d. h. durch Verletzungen, Vergiftung oder Suizid, starben 13 000 Frauen und 21 600 Männer im Jahr 2003. Der Anteil der an nichtnatürlichen Todesursachen Gestorbenen liegt mit 3 % bei den Frauen deutlich niedriger als bei den Männern (5 %).

Von den im Jahr 2003 auf nichtnatürliche Weise Gestorbenen waren 6 800 Menschen Opfer eines Kraftfahrzeugunfalls, knapp 26 % von ihnen waren Frauen (1 800 Frauen). Mehr als die Hälfte (56 %) der 7 900 durch einen Sturz verunglückten Menschen waren Frauen (4 400 Frauen). Durch Suizid schieden im Jahr 2003 insgesamt 11 200 Menschen aus dem Leben, von ihnen waren 3 000 Frauen.

Im Jahr 2003 starben 30 Mütter an Komplikationen im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft, bei einer Entbindung und während der 6 bis 8 Wochen danach (Wochenbett). Das waren 4 Mütter je 100 000 Lebendgeborene. Die Müttersterblichkeit ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gesunken, 1960 starben je 100 000 Lebendgeborene noch 106 Mütter (insgesamt 1 030 Mütter). Dies ist zum einen auf eine verbesserte medizinische und hygienische Versorgung sowie auch auf den Rückgang der Geburten seit 1960 um fast die Hälfte zurückzuführen. Im Jahr 1960 gab es noch 1,3 Mill. Geburten, während im Jahr 2003 nur noch 706 700 Geburten zu verzeichnen waren.

Auch die Säuglingssterblichkeit ist in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich zurückgegangen. Im Jahr 2003 starben fast 422 Säuglinge je 100 000 Lebendgeborene im ersten Lebensjahr, 1960 waren es dagegen noch 3 500 Säuglinge je 100 000 Lebendgeborene.

13 % aller AIDS-Kranken sind Frauen

An der seit Anfang der 1980er-Jahre erstmals aufgetretenen Immunschwächekrankheit AIDS sind laut Angaben des Robert-Koch-Institutes zwischen 1982 bis Ende 2003 etwa 28 000 Personen in Deutschland erkrankt, von ihnen sind 13 % Frauen (3 600). In Deutschland sind über 3 000 Frauen und fast 13 900 Männer seit 1982 an AIDS gestorben.

Die Zahl der von 1993 bis Ende 2003 neu mit HIV Diagnostizierten beträgt 4 581 Frauen und 15 862 Männer. Dabei war die Zahl der neu mit HIV diagnostizierten Frauen mit zwischen minimal 380 und maximal 443 Fällen pro Jahr nahezu gleich bleibend. Insgesamt wird die Zahl der Ende 2003 in Deutschland lebenden HIV-Infizierten auf mindestens 42 000 geschätzt, darunter sind etwa 9 000 Frauen.

7 Frauen im öffentlichen Leben

7 Frauen im öffentlichen Leben

Frauen und Männer nehmen in vielfältiger Weise am öffentlichen Leben teil und gestalten so Politik, Wirtschaft und Kultur in Deutschland mit. Sei es, dass sie durch politische Beteiligung die Ausgestaltung demokratischer Strukturen beeinflussen, im Rahmen einer Mitgliedschaft in Gewerkschaften ihre Interessen wahrnehmen oder sich aktiv in Sport- oder kulturellen Vereinen und Verbänden beteiligen – das gesellschaftliche Leben in Deutschland bietet eine Vielzahl von Mitwirkungsmöglichkeiten und wird wiederum durch das Engagement jedes Einzelnen geprägt.

Vier von fünf Frauen beteiligten sich an der Bundestagswahl 2005

Die Ausübung des Wahlrechts spielt für das Funktionieren unserer parlamentarischen Demokratie eine bedeutende Rolle. 78 % der wahlberechtigten Frauen beteiligten sich als Urnen- oder Briefwählerinnen an der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag im September 2005. Die Wahlbeteiligung der Männer lag mit rund 79 % nur unwesentlich höher.

In der Tendenz zeigt die Statistik fast durchgängig, je älter die Bevölkerungsgruppe ist, desto mehr Interesse besteht für die Wahlen, wobei zwischen Frauen und Männern in fast allen Altersgruppen nur geringfügige Unterschiede in der Wahlbeteiligung zu verzeichnen waren (siehe Abbildung 7.1).

Die älteren Bürgerinnen und Bürger stellen aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands ein bedeutendes Wählerpotential dar. So gehören von den rund 61,9 Mill. Wahlberechtigten 32 % der Gruppe der ab 60-Jährigen an. Sie sind seit Jahren die tragenden Säulen der Wahlbeteiligung. Die Wahlbeteiligung dieser Altersgruppe lag mit rund 81 % um 2,4 Prozentpunkte über der durchschnittlichen Wahlbeteiligung aller Altersgruppen.

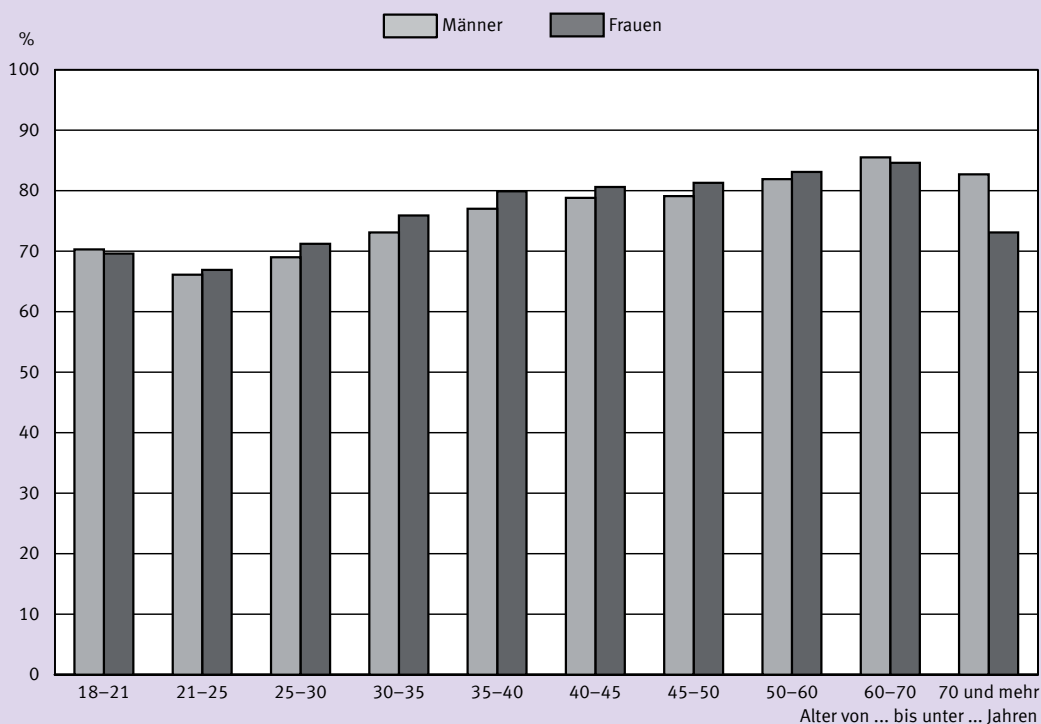
Insgesamt zeigten die 60- bis 69-Jährigen die höchste Wahlbeteiligung: 85 % der Frauen und 86 % der Männer dieser Altersgruppe beteiligten sich an der Bundestagswahl im September 2005. Die Gruppe der 70-Jährigen und Älteren zeigte dagegen eine geringere Wahlbeteiligung gegenüber den 60- bis 69-Jährigen: Die Wahlbeteiligung war bei den Frauen deutlich niedriger, bei den Männern jedoch nur leicht. Die vergleichsweise niedrige Wahlbeteiligung der Frauen in der Altersgruppe der ab 70-Jährigen (73 %) dürfte mit der Tatsache zusammenhängen, dass sich in der betreffenden Altersgruppe deutlich mehr ältere Frauen befinden, denen eine Wahlbeteiligung mit zunehmendem Alter immer schwerer fallen dürfte: In dieser Altersgruppe stehen 6,5 Mill. Frauen mit einem Durchschnittsalter von 82 Jahren 3,9 Mill. Männern (Durchschnittsalter 76 Jahre) gegenüber.

In der Gruppe der 21- bis 24-Jährigen lag die Wahlbeteiligung am niedrigsten: nur 67 % der Frauen und 66 % der Männer beteiligten sich an der Bundestagswahl 2005 (dabei lag die Wahlbeteiligung der Frauen dieser Altersgruppe in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 64 % noch niedriger). Die Wahlbeteiligung weiblicher und männlicher Jungwähler lag mit 70 %

Tab. 7.1: Stimmabgabe von Frauen und Männern bei der Bundestagswahl 2005

Partei	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
	%		
	Männer		
SPD	32,8	33,9	28,4
CDU/CSU	34,8	37,0	25,2
GRÜNE	7,4	8,0	4,7
Die Linke.	9,9	6,1	26,2
FDP	10,7	11,3	8,4
Sonstige	4,4	3,8	7,0
	Frauen		
SPD	35,5	36,3	32,3
CDU/CSU	35,5	37,9	25,4
GRÜNE	8,8	9,5	5,6
Die Linke.	7,6	3,8	24,4
FDP	9,0	9,3	7,7
Sonstige	3,5	3,3	4,6

Abb. 7.1: Wahlbeteiligung¹⁾ bei der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag 2005



1) Anteil der Urnen- und Briefwähler/-innen an den Wahlberechtigten.

Statistisches Bundesamt 2005 - 02 - 1122

deutlich unter der bundesdurchschnittlichen Wahlbeteiligung von knapp 78 %.

SPD vorn bei ostdeutschen Wählerinnen

Während bei den Frauen die SPD und CDU/CSU beide fast 36 % erzielten, lagen bei den Männern die Unionsparteien mit knapp 35 % um 2 Prozentpunkte vor der SPD (siehe Tabelle 7.1). Die SPD erzielte ihr bestes Ergebnis mit fast 39 % bei den jüngsten Wählerinnen zwischen 18 und 24 Jahren. Für das beste Ergebnis für die Unionsparteien (rund 44 %) sorgten die über 60-jährigen Frauen.

Betrachtet man die Angaben für das frühere Bundesgebiet sowie für die neuen Länder und Berlin-Ost ge-

trennt, zeigt sich ein unterschiedliches Wahlverhalten. Während im früheren Bundesgebiet die Unionsparteien bei beiden Geschlechtern vorn lagen (Frauen 1,6 Prozentpunkte vor der SPD, Männer dagegen 3,1 Prozentpunkte), war die Unterstützung der SPD in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei beiden Geschlechtern besonders hoch (Frauen wählten die SPD mit 6,9 Prozentpunkten vor der CDU/CSU, Männer mit knapp 3,2 Prozentpunkten).

Ein Drittel der Bundestagsabgeordneten sind Frauen

Die politische Repräsentanz der Frauen entspricht trotz deutlicher Verbesserungen in den vergangenen 20 Jahren noch immer bei weitem nicht ihrem Anteil an der wählbaren Bevölkerung. In den seit 1949 gewähl-

Tab. 7.2: Frauenanteil im Deutschen Bundestag 1)

Jahr	Abgeordnete im Deutschen Bundestag	Frauen
	Anzahl	%
1949	410	7,1
1953	509	8,8
1957	519	9,2
1961	521	8,3
1965	518	6,9
1969	518	6,6
1972	518	5,8
1976	518	7,3
1980	519	8,5
1983	520	9,8
1987	519	15,4
1990	662	20,5
1994	672	26,3
1998	669	30,8
2002	603	32,2
2005	614	31,8

1) Jeweils nach dem Stand bei der Wahl; einschl. der bis 1987 durch das Abgeordnetenhaus von Berlin gewählten Abgeordneten.

ten Bundestagen waren bis 1983 zunächst weniger als 10 % der Abgeordneten weiblich. Ein Frauenanteil von mehr als 15 % der Abgeordneten wurde erstmals bei dem im Januar 1987 gewählten 11. Deutschen Bundestag erreicht. Von 1987 bis 2002 stieg der Anteil der Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag kontinuierlich auf mehr als 32 % an. Seit der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag im September 2005 sind die Frauen mit einem Anteil von etwas unter 32 % vertreten (siehe Tabelle 7.2).

Deutschland steht mit diesem Anteil weiblicher Abgeordneter im Parlament innerhalb der EU-Mitgliedstaaten an siebter Stelle. Am höchsten ist der Frauenanteil zurzeit im schwedischen (45 %) und im dänischen Parlament (38 %). Auch in der finnischen (38 %) und der niederländischen Volksvertretung (37 %) ist der Frauenanteil höher als im 16. Deutschen Bundestag. Am niedrigsten unter

den EU-Staaten ist der Frauenanteil gegenwärtig mit 8 % im maltesischen und mit 9 % im griechischen Parlament.

Der Anteil der weiblichen Abgeordneten ist bei den im Bundestag vertretenen Parteien unterschiedlich hoch. 36 % der SPD-Abgeordneten und 48 % der von der Partei „Die Linke“ gestellten Abgeordneten sind Frauen und bei den GRÜNEN stellen sie mit knapp 57 % sogar die Mehrheit. In der CDU/CSU liegt der Frauenanteil bei 20 % und in der FDP bei knapp 25 %.

Der Frauenanteil der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament beträgt derzeit etwas über 31 %.

Frauen sind in den Landtagen Bremens, Brandenburgs und Niedersachsens am stärksten vertreten

In den Länderparlamenten waren Ende September 2005 durchschnittlich 31 % der Landtagsabgeordneten weiblich. Damit lag der Frauenanteil in allen Länderparlamenten Deutschlands zusammen fast genauso hoch wie im 16. Deutschen Bundestag. In der Bürgerschaft Bremens sowie in den Landtagen Brandenburgs und Niedersachsens waren Frauen – gemessen am Bundesdurchschnitt – am stärksten vertreten. So waren zwei von fünf Abgeordneten in der Bürgerschaft Bremens und im Landtag Brandenburgs Frauen (41 %). In den Landtagen von Niedersachsen, Thür-

Tab. 7.3: Anteil der Frauen in den DGB-Gewerkschaften am 31.12.2004

Gewerkschaften	Mitglieder	Frauen
	1 000	%
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	255	68,4
Ver.di (Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft) . . .	2 465	49,7
Gewerkschaft Nahrung- Genuss- Gaststätten	225	39,9
TRANSNET	270	20,7
IG Bergbau, Chemie, Energie	771	19,1
IG Metall	2 425	18,3
Gewerkschaft der Polizei	178	20,6
IG Bauen - Agrar - Umwelt	425	15,0
DGB insgesamt	7 013	31,9

Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund.

ringen und Hamburg (rund 34 %) stellten sie mehr als ein Drittel der Abgeordneten. Dagegen waren weibliche Abgeordnete in den Landtagen Baden-Württembergs mit gut einem Fünftel (22 %) und Bayerns mit gut einem Viertel der Abgeordneten (27 %) deutlich in der Minderheit.

Der Anteil der Frauen an den Abgeordneten der einzelnen Parteien bzw. politischen Vereinigungen, die in den deutschen Landtagen vertreten sind, weist große Unterschiede auf. Die Spannweite reicht von keinen weiblichen Abgeordneten bei der FDP in Bremen, im Saarland und in Schleswig-Holstein und bei der DVU in Bremen bis 67 % bei den GRÜNEN im Saarland.

Knapp ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder sind Frauen.

In Deutschland gibt es im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern nur wenige, aber dafür mitgliederstarke Gewerkschaftsorganisationen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) als größter Dachverband zahlreicher Einzelgewerkschaften zählte Ende 2004 rund 7,0 Mill. Mitglieder. Ein knappes Drittel (32 %) von ihnen waren Frauen.

Die DGB-Gewerkschaften sind nach dem Prinzip der Industriegewerkschaft aufgebaut, d. h. in ihnen sind Arbeiter und Angestellte eines Industriezweigs unabhängig von ihrem Beruf zusammengeschlossen. So ist der DGB der Dachverband von acht Einzelgewerkschaften (siehe Tabelle 7.3). Frauen sind in diesen Einzelgewerkschaften unterschiedlich stark vertreten. Dies liegt daran, dass der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen unterschiedlich stark ist. In der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft lag der Frauenanteil Ende 2004 mit 68 % und in der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) mit fast 50 % sehr hoch. Ver.di ist mit gut 2,5 Mill. Mitgliedern Ende 2004 zugleich die mitgliederstärkste Einzelgewerkschaft des DGB. Sie entstand im Juli 2001 durch den Zusammenschluss von vier Einzelgewerkschaften

(Deutsche Postgewerkschaft; Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen; IG Medien sowie die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr) und der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG). Am schwächsten vertreten waren Frauen mit knapp 15 % in der IG Bauen-Agrar-Umwelt und mit fast 18 % in der IG Metall.

Weitere mitgliederstarke Arbeitnehmerorganisationen neben den Gewerkschaften des DGB sind der Deutsche Beamtenbund (DBB) und der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB). Von den 1,3 Mill. Mitgliedern des DBB waren im Jahr 2004 31% Frauen. Im CGB waren 32 % der 298 000 Mitglieder Frauen.

In Sportvereinen bevorzugen Frauen Turnen und Fußball

39 % der 23,6 Mill. Mitglieder der im Deutschen Sportbund zusammengeschlossenen Spitzenverbände waren im Jahr 2004 Mädchen und Frauen (9,3 Mill.). Gegenüber 1994 hat die Zahl der weiblichen Mitglieder im Deutschen Sportbund um 13 Prozentpunkte zugenommen.

Die Beteiligung von Frauen in Sportvereinen des Deutschen Sportbundes ist von den jeweiligen Sportarten abhängig. Dies hat teils traditionelle Gründe bzw. ist durch spezielle körperliche Anforderungen bedingt. In fünf Sportarten erreichte der Anteil der Frauen an den Vereinsmitgliedern im Jahr 2004 mehr als fünfzig Prozent: im Reiten mit 71 %, im Turnen mit 70 %, im Tanzsport mit 65 %, im Volleyball und Schwimmen mit jeweils 52 % (siehe Tabelle 7.4). Der Deutsche Turnerbund stellte mit rund 5,1 Mill. Mitgliedern im Jahr 2004 den zweitstärksten Verband hinter den Fußballern. Bei den weiblichen Mitgliedern (rund 3,6 Mill.) lag das Turnen vor Fußball (857 000) und Tennis (718 000) weit an der Spitze.

Das Interesse von Frauen am Fußballsport hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Im Jahr 2004 hatte der Deutsche Fußball-Bund 284 000 aktive und pas-

Frauen im öffentlichen Leben

sive weibliche Mitglieder mehr als zehn Jahr zuvor (1994: 573 000 Frauen). Ihr Anteil stieg im gleichen Zeitraum um 3,3 Prozentpunkte. Im Jahr 2004 waren damit knapp 14 % der 6,3 Mill. Mitglieder des Deutschen Fußball-Bundes, welcher innerhalb des Deutschen Sportbundes der mitgliedersstärkste Verein ist, Frauen. Dass Frauen mittlerweile erfolgreich Fußball spielen, zeigt das Ergebnis der Fußball-Europameisterschaft 2005. Die deutschen Fußballerinnen haben mit einem 3:1 Sieg gegen die norwegischen Fußball-Frauen diese Europameisterschaft gewonnen. Die Erfolgsbilanz der deutschen Fußballfrauen kann sich

der Frauen von allen im Deutschen Sportbund zusammengeschlossenen Vereinen am niedrigsten.

Zwei von fünf aktiven Mitgliedern im Deutschen Sängerbund sind Frauen

42 % der 570 000 in Männer- und Frauenchören sowie in gemischten Chören Singenden waren im Jahr 2003 Frauen (238 000). Damit hat sich der Anteil der Frauen unter den aktiven Mitgliedern im Deutschen Sängerbund seit 1993 um 6 Prozentpunkte erhöht, verringerte sich die Gesamtzahl der singenden Mitglieder

im gleichen Zeitraum um rund 45 000 Personen. Nicht inbegriffen sind hier die Kinder- und Jugendchöre, deren Mitgliederzahlen wachsen.

Der Deutsche Sängerbund hatte im Jahr 2003 mehr als 1,7 Mill. aktive und nichtaktive Mitglieder, die in 22 000 Chören zusammengeschlossen waren. Nur jeder zehnte dieser Chöre war ein reiner Frauenchor (10 %), während es im gleichen Jahr über 8 400 Männerchöre, das waren 38 % aller Chöre, gab. Gemischte Chöre hatten mit 36 % einen etwas geringeren Anteil, während Kinder- und Jugendchöre knapp 15 % ausmachten.

Tab. 7.4: Aktive und passive Mitglieder in den 25 mitgliederstärksten Verbänden des Deutschen Sportbundes 2004

Spitzenverband	Insgesamt	Frauen	
		Anzahl	%
Turnen	5 084 612	3 562 904	70,1
Fußball	6 272 804	857 220	13,7
Tennis	1 767 226	718 436	40,7
Reiten	761 294	539 023	70,8
Leichtathletik	885 335	433 217	48,9
Schützen	1 529 542	348 202	22,8
Schwimmen	610 110	315 638	51,7
Handball	826 615	310 190	37,5
Ski	660 381	287 652	43,6
Alpenverein	686 472	259 627	37,8
Volleyball	501 683	259 259	51,7
Lebensrettungsgesellschaft . .	562 912	255 698	45,4
Golf	456 799	178 980	39,2
Behindertensport	341 916	168 244	49,2
Tischtennis	665 140	153 365	23,1
Tanzsport	206 596	135 010	65,3
Badminton	217 717	89 214	41,0
Judo	200 302	60 281	30,1
Basketball	199 026	52 098	26,2
Segeln	189 533	46 952	24,8
Kanu	113 429	39 354	34,7
Eisssport	161 491	38 393	23,8
Kegeln	143 464	38 216	26,6
Karate	106 458	36 299	34,1
Motoryacht	113 300	31 414	27,7

Quelle: Deutscher Sportbund.

wahrlich sehen lasse: Sechs Europa- und ein Weltmeistertitel konnten in den letzten Jahren errungen werden.

Im Luftfahrtverband (10 %), unter den Schachspielern (6 %) und unter den Sportfischern (4 %) war der Anteil

Nach der Vereinigung des Deutschen Sängerbundes und des Allgemeinen Deutschen Sängerbundes gehörten im Herbst 2005 insgesamt 720 000 Sängerinnen und Sänger aller Altersgruppen, darunter 240 000 Frauen, zum neuen Deutschen Chorverband.

Auskünfte zu methodischen und fachlichen Fragen der einzelnen Kapitel erhalten Sie über die folgenden E-Mail-Adressen und Telefonnummern.

1 Mädchen und Frauen in der Bevölkerung

Gesamtbevölkerung, Wanderungen, Altersstruktur	Fr. Dr. Grobecker	+49 (0) 611 / 75 48 65	fortschreibung@destatis.de
Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung, Geburten und Sterbefälle	Fr. Sommer	+49 (0) 611 / 75 48 66	naturliche-bevoelkerungsbewegung@destatis.de

2 Bildung und Ausbildung

Bildungsnavivau der Bevölkerung	Hr. Kleinegees	+49 (0) 611 / 75 28 57	bildungsstatistik@destatis.de
Allgemeine Schulausbildung, Berufliche Bildung	Fr. Renz	+49 (0) 611 / 75 41 41	schulstatistik@destatis.de berufsbildungsstatistik@destatis.de
Hochschulausbildung	Hr. Beck	+49 (0) 611 / 75 41 40	hochschulstatistik@destatis.de

3 Frauen im Erwerbsleben

Erwerbsbeteiligung, Erwerbstätigkeit	Mikrozensus	+49 (0) 18 88 / 644 89 55	mikrozensus@destatis.de
Öffentlicher Dienst Arbeitslosigkeit	Hr. Windgätter Fr. Thiele	+49 (0) 611 / 75 41 11 +49 (0) 611 / 75 26 73	personalstatistiken.oeffentlicher-dienst@destatis.de erwerbstaetigkeit@destatis.de

4 Wie Frauen leben

Familienstand Ehepaare, nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebens- gemeinschaften	Fr. Dr. Grobecker Mikrozensus	+49 (0) 611 / 75 48 65 +49 (0) 18 88 / 644 89 55	fortschreibung@destatis.de mikrozensus@destatis.de
Allein erziehende Mütter, Allein lebende Frauen	Mikrozensus	+49 (0) 611 / 75 89 55	mikrozensus@destatis.de
Mutterschaft, Kinderbetreuung Zeitverwendung	Fr. Sommer/ Mikrozensus Hr. Holz	+49 (0) 611 / 75 48 66 +49 (0) 18 88 / 644 89 55 +49 (0) 18 88 / 644 88 02	naturliche-bevoelkerungsbewegung @destatis.de mikrozensus@destatis.de erlend.holz@destatis.de

5 Finanzielle Situation von Frauen

Lebensunterhalt	Mikrozensus	+49 (0) 18 88 / 644 89 55	mikrozensus@destatis.de
Löhne und Gehälter	Fr. Weiser	+49 (0) 611 / 75 20 94	gruppe-vd@destatis.de
Sozialhilfe	Fr. Wolff	+49 (0) 18 88 / 644 81 64	gruppe-viiiib@destatis.de
Arbeitslosengeld und -hilfe	Fr. Thiele	+49 (0) 611 / 75 26 73	erwerbstaetigkeit@destatis.de
Krankenversicherung	Mikrozensus	+49 (0) 18 88 / 644 89 55	mikrozensus@destatis.de
Renten	Fr. Kriescher	+49 (0) 18 88 / 644 81 39	sozialleistungen@destatis.de

6 Frauen und Gesundheit

Schwangerschaftsabbrüche, Gesundheitszustand, Übergewicht, Rauchgewohnheiten, Krankenhausaufenthalte, Entbindungen, AIDS	Hr. Heilmann Hr. Heilmann Hr. Graf	+49 (0) 18 88 / 644 81 45 +49 (0) 18 88 / 644 81 45 +49 (0) 18 88 / 644 81 69	schwangerschaftsabbrueche@destatis.de mz-gesundheit@destatis.de gesundheitsstatistiken@destatis.de
Schwerbehinderte	Fr. Marten	+49 (0) 18 88 / 644 81 47	schwerbehinderte@destatis.de
Verkehrsunfälle	Hr. Kraski	+49 (0) 611 / 75 26 87	verkehrsunfaelle@destatis.de
Todesursachen	Hr. Schelhase	+49 (0) 18 88 / 644 81 09	gesundheitsstatistiken@destatis.de

7 Frauen im öffentlichen Leben

Wahlbeteiligung, Gewählte Abgeordnete	Fr. Schömel	+49 (0) 611 / 75 32 89	bundeswahlleiter@destatis.de
Frauen in Gewerkschaften	Fr. Krings	+49 (0) 611 / 75 22 25	silvia.krings@destatis.de
Frauen in Vereinen	Hr. Kleinegees	+49 (0) 611 / 75 28 57	kulturstatistik@destatis.de

In Deutschland sind Frauen in wichtigen gesellschaftlichen Lebensbereichen noch immer nicht entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vertreten. Frauen haben oft eine andere Lebensplanung als Männer. Sie wählen vielfach andere Berufe und Studienfächer als ihre männlichen Altersgenossen. Sind Kinder zu betreuen, schränken insbesondere Mütter ihre Erwerbstätigkeit ein, um Familie und Beruf vereinbaren zu können.

Staat und Gesellschaft unternehmen – über die Verbürgung der Gleichberechtigung und Förderung der tatsächlichen Gleichstellung im Grundgesetz hinaus – vieles, um Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts zu beseitigen.

Der Anfang 2006 aktualisierte Blickpunktband „Frauen in Deutschland“ soll einen umfassenden Überblick über die Situation von Mädchen und Frauen in Deutschland bieten und ist sowohl für Experten und Entscheidungsträger in Politik und Wissenschaft als auch für die interessierte Öffentlichkeit geschrieben.

In welchen Altersgruppen sind Frauen in der Bevölkerung Deutschlands unter- bzw. überrepräsentiert? Wie wird sich die Lebenserwartung der Frauen in den nächsten Jahrzehnten entwickeln? Welche Berufe bzw. Studienfächer wählen Frauen im Unterschied zu Männern? Ist Teilzeitarbeit wirklich reine Frauensache? Verdienen Frauen im gleichen Beruf weniger als Männer und wenn ja, worin könnten die Gründe dafür liegen? Frauen beteiligen sich weniger als Männer am Erwerbsleben, wie stellt sich dann die finanzielle Situation der Frauen dar? Sind Frauen häufiger krank als Männer? Wie nehmen Frauen am öffentlichen Leben teil? Dies sind nur einige Aspekte des Themenspektrums dieses Buches, das zu einem umfassenden Bild der aktuellen Lebensumstände von Frauen in Deutschland beitragen soll.